



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesversammlung in Ingolstadt:

Stefan Rößle bleibt Vorsitzender

Stefan Rößle bleibt Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung. Der 50-jährige Landrat aus dem schwäbischen Landkreis Donau-Ries steht damit weitere zwei Jahre an der Spitze der über 15.000 Mitglieder starken CSU-Arbeitsgemeinschaft. Dies ergaben die turnusgemäßen Neuwahlen im Rahmen der Landesversammlung, die im vollbesetzten Audi-Konferenzcenter im oberbayerischen Ingolstadt stattfand.

„Ich bedanke mich für das großartige Vertrauen der Delegierten und freue mich auf die kommenden Aufgaben“, so Rößle kurz nach seiner Wiederwahl, bei der er 94 Prozent der Stimmen erhielt. Die gesamte Neuwahl der KPV stand ohnehin im Zeichen großer Kontinuität. Sowohl die drei Stellvertreter Rößles, Landrat Georg Huber (Landkreis Mühldorf), Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer (Stadt Rosenheim) sowie MdB und Gemeinderat Alois Rainer (Gemeinde Haibach) als auch der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Josef Mederer (Bezirk Oberbayern) als der Vertreter der Bezirksebene bleiben im Amt. Auch die beiden Schriftführer wurden bestätigt und heißen auch künftig Bürgermeister Dr. Klemens Gsell (Stadt Nürnberg) und Landrat Christoph Göbel (Landkreis München).

Neue Beisitzer

Als Beisitzer arbeiten zukünftig mit: Alois Scherer (Oberpfalz), Anja Burkhardt (München), Dr. Ulrich Reuter (Unterfranken), Hans Loy (Oberbayern), Gerhard Preß (Oberfranken), Heinrich Bachmann (Augsburg), Matthias Dießl (Mittelfranken), Siegfried Lösch (Niederbayern), Michael Kießling (Oberbayern), Johann Stadler (München).

In den Hauptausschuss wurden gewählt: Kaspar Rager (Schwaben), Aloisia Hausberger (Niederbayern), Horst Kratzer (Oberpfalz), Andreas Zenglein (Unterfranken), Gerhard Weber (Oberpfalz), Roswitha Nöbauer (Nie-

derbayern), Andreas Bauer (München), Stephan Gawlik (Niederbayern), Cornelia Trinkl (Mittelfranken), Josef Bauer (Oberpfalz).

„Den Kommunen in Bayern geht es im Großen und Ganzen gut, auch dank unserer vielen engagierten Mandatsträger in den Bezirken, Landkreisen, Städten und Gemeinden. Ich möchte aber auch die kommunalfreundliche Einstellung der CSU in Bund und Land als weiteren Grund hervorheben“, führte Stefan Rößle aus.

Dennoch gibt es laut Rößle für die über 12.000 kommunalen CSU-Mandatsträger noch eine Vielzahl von Herausforderungen. Er benannte dabei die gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land mit flächendeckendem schnellem Internet



Der wiedergewählte KPV-Landesvorsitzende Stefan Rößle (2. v. r.) mit seinen Stellvertretern Landrat Georg Huber (l.) und MdB Alois Rainer (r.) sowie der Präsident des Bayerischen Bezirkstags Josef Mederer (Oberbayern) als der Vertreter der Bezirksebene. Nicht auf dem Bild ist Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, die ebenfalls weiterhin als Stellvertreterin fungiert.

und guter Infrastruktur, eine stabile Finanzausstattung mit Gestaltungsspielräumen, das Schultern des demographischen Wandels und der Migrationsbewegungen sowie die Umsetzung der Energiewende vor Ort. Auch der Abbau bürokratischer Hemmnisse bleibe eine wichtige Zielsetzung, um die kommunale Selbstverwaltung in Bayern leistungsfähig und bürgerfreundlich zu erhalten.

Beispiellose Erfolge

Als große Erfolge der Kommunalpolitiker in der CSU wertete Landrat Rößle

- dass die Abschaffung der Gewerbesteuer verhindert wurde,

- dass die Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand bleibt,
 - die schrittweise Übernahme der Grundsicherung und der Eingliederungshilfe durch den Bund,
 - die großartige Unterstützung beim Kita-Ausbau
 - und die flächendeckende Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsinternet.
 - Die Grundsichuldgarantie habe für viel Ruhe gesorgt.
 - Der kommunale Finanzausgleich mit über acht Milliarden Euro sei beispiellos hervorragend.
- Staatssekretär Albert Füracker, MdL, stellte in seiner Rede an (Fortsetzung auf Seite 4)

Neuer Verbandsvorsitzender beim BKPV:

Auf Preß folgt Jauernig

Verabschiedung weiterer verdienstvoller Mitglieder

In einer gemeinsamen Sitzung des Vorstands und des Landesausschusses des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes (BKPV) in München wurde der Günzburger Oberbürgermeister Gerhard Jauernig einstimmig für die Dauer der laufenden Kommunalwahlperiode zum Verbandsvorsitzenden des Prüfungsverbandes gewählt. Er löst den früheren Bürgermeister der Stadt Rödental Gerhard Preß ab, der das Amt des Verbandsvorsitzenden von 2008 bis 2014 wahrnahm.

Wie Innenstaatssekretär Gerhard Eck in seiner Laudatio hervorhob, habe sich Gerhard Preß neben seinem Amt als Erster Bürgermeister der Stadt Rödental, das er seit 1984 bekleidete, bereits lange Zeit vor seiner Wahl zum Verbandsvorsitzenden erfolgreich für den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) engagiert. Ab 1991 war er zunächst stellvertretendes und ab 1994 ordentliches Mitglied des Vorstands.

Neues Dienstrecht

Seit Oktober 2008 habe Preß schließlich als Verbandsvorsitzender die Sitzungen des Vorstands und des Landesausschusses geleitet. „In diese Periode fielen grundlegende Entscheidungen wie zum Beispiel zur Umsetzung des neuen Dienstrechts für alle Beamten und Angestellten. Zuletzt hatte der BKPV auch eine deutlich anwachsende Mitgliederzahl zu verzeichnen, für deren Betreuung Vorsorge zu

treffen war“, so Eck.

Wie der Innenstaatssekretär weiter ausführte, wurde Gerhard Preß aber auch außerhalb der Sitzungen (z. B. in Vorgesprächen zur Gebührengestaltung in den jeweiligen Haushaltssatzungen oder

auch bei schwierigen Personalentscheidungen) nicht nur als „Chef“, sondern auch als kompetenter Berater und Ansprechpartner der Geschäftsleitung geschätzt. „Dabei konnte die Geschäftsleitung nicht nur von Ihrer langjährigen persönlichen Kontinuität, sondern vor allem auch von Ihrem guten Gedächtnis erheblich profitieren“, machte Eck deutlich.

Engagement

Das sei umso wichtiger gewesen, als die Geschäftsleitung in den vergangenen Jahren selbst (Fortsetzung auf Seite 4)



Von rechts: Staatssekretär Gerhard Eck, Bürgermeister a.D. Gerhard Preß, Ilse Preß, Verbandsvorsitzender Oberbürgermeister Gerhard Jauernig und Geschäftsführender Direktor Günter Heimrath.

Landräteseminar in Rain am Lech:

Zahlreiche Brennpunkte

Aktuell brisante Themen wie der kommunale Finanzausgleich, die Ausstattung der Landkreise mit Personal sowie allen voran die Asylpolitik standen auf der Tagesordnung des Landräteseminars in Rain, Landkreis Donau-Ries.

Beim Thema kommunaler Finanzausgleich kritisierte der Gastgeber, Donau-Ries' Landrat Stefan Rößle, vor allem die Schlüsselzuweisungen an die Großstädte. So bekommt München jedes Jahr 100 Millionen Euro an Schlüsselzuweisungen, obwohl die Steuereinnahmen in der Landeshauptstadt sprudeln. Grund dafür ist der komplizierte Verteilungsschlüssel.

Verteilungsmodus

Landkreistagspräsident Christian Bernreiter verwies in diesem Zusammenhang auf das Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich, das beim Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Kölner Universität in Auftrag gegeben wurde, um den derzeitigen Verteilungsmodus der Gemeindeschlüsselzuweisungen zu überprüfen. Bernreiter: „Die Bedarfe und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden unterschiedlicher Größe, Lage und Entwicklung müssen verstärkt mit dem Ziel überprüft werden, allen Gemeinden eine Perspektive zu geben, die demografischen Herausforderungen zu bewältigen. Die finanzstarken Gemeinden müssen Solidarität mit den bedürftigeren Geschwistern üben, denn wir sitzen letztlich im gleichen kommunalen Boot.“ Bernreiter äußerte die Hoffnung, dass alsbald Berechnungsergebnisse aus dem Gutachten vorgelegt und besprochen werden können.

Der Landkreistagspräsident drängte auch darauf, dass die Vereinbarung der Großen Koalition in Berlin zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung umgesetzt wird: „Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass die beste Lösung in einer prozentualen Kostenbeteiligung von Bund und Land zu je einem Drittel liegt.“

Um gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern zu erreichen, sind auch Weichenstellungen beim Landesentwicklungsprogramm notwendig. Landkreise mit besonderem Handlungsbedarf

brauchen zusätzliche Unterstützung. „Die Ansiedlung von Gewerbegebieten und Tourismuseinrichtungen müssen durch weitere Lockerungen des Anbindegebotes auch im ländlichen Raum erleichtert werden“, forderte Bernreiter. Die Entscheidungsbefugnisse müssten vor Ort gestärkt werden. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags hält auch eine bessere Mittelausstattung beim Regionalmanagement für dringend notwendig, damit die Stärken der ländlichen Räume gezielt vorangebracht werden können.

Herausforderung

Mit Blick auf die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sprach der Verbandspräsident von einer besonders herausfordernden Aufgabe, der sich die Gesamtgesellschaft nicht entziehen dürfe. Alle 71 Landkreise erarbeiteten für den Freistaat Bayern Notfallkonzepte, um den täglichen Ansturm auf die Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in München und Zirndorf (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Der 9. November ist ein guter Anlass zum Reflektieren über die wechselvolle Geschichte Deutschlands. Man denke an dunkle Momente wie die Reichskristallnacht, die Gründung der Weimarer Republik oder aber auch an glückliche Stunden wie den Mauerfall. Der Philosoph Kierkegaard meinte hierzu: „Geschichte wird nach vorne gelebt und nach hinten verstanden.“ Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Regierungserklärung: Energiewende nur im Dialog	 2
Einheimischenmodell: Kommunen brauchen Rechtssicherheit	 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Gesundheit und Pflege politisch zukunftssicher gestalten	... 3
Miteinanderpreis: Vorbilder für inklusives Bayern	 3
GZ-Fachthemen:	
EDV · IT · Behördenausstattung	 5-8
Kommunaler Bau	 9-11
GaLaBau	 12
Kommunalfahrzeuge	 12-13
Aus den bayerischen Kommunen	 14-16

Regierungserklärung im Landtag:

Energiewende nur im Dialog

Wirtschaftsministerin Aigner erläutert Eckpunkte ihrer künftigen Politik

„Bayern ist Vorreiter bei der Energiewende. Eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung ist Kernaufgabe des modernen Staates“ - dies ist der Tenor der ersten Regierungserklärung im Landtag von Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner (CSU) in der letzten Plenarsitzung im Oktober. Die Opposition übte Kritik, weil in Bayern schon länger Stillstand bei der Energiewende herrsche. Es gebe kein vernünftiges Konzept und verlässliche Rahmenbedingungen für die Energiewende.

In ihrer Rede verwies Aigner auf den im Juni 2001 von Deutschland beschlossenen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser solle unter nach wie vor breiter Zustimmung der Bevölkerung bis 2022 über die Bühne gehen. Für den Umbau des Versorgungssystems hin zu erneuerbaren Energien wolle Bayern konsensuale Lösungen erarbeiten. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stünden vor erheblichen Herausforderungen. Wichtig sei hierfür auch ein Energiedialog mit Vertretern von Wirtschaft, Kommunen und Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften sowie Bürgerinitiativen und Wissenschaftlern. Offizieller Start des ergebnisoffenen und transparenten Dialogs ist Anfang November, erklärte die Wirtschaftsministerin. Am Ende im Februar 2015 stehe dann ein neues Energieprogramm für Bayern.

Versorgungssicherheit

Ganz wichtig bei der Energiewende ist für Aigner die Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Süddeutschland. Der Süden dürfe kein „weißer Fleck“ bei der gesicherten Stromerzeugung sein. Das sei eine nationale Aufgabe. Hinzu komme der Kostenfaktor, der Umbau des Versorgungssystems müsse bezahlbar bleiben. Die Energie-Ministerin verwies darauf, dass zur Energie u. a. der Strom gehöre. Hier habe sich der Markt in letz-

ter Zeit weiterentwickelt, Strom allein aus Gaskraftwerken reche ne sich nicht. Strom aus subventionierten Erneuerbare-Energien-Anlagen sei ebenso wie Kohlestrom konkurrenzlos billig. Erneuerbare Energien deckten bereits rund 35% des bayerischen Stromverbrauchs. Benötigt werde auch ein neues Strommarktdesign. Dabei müsse die Bereitstellung von jederzeit verfügbarer Kraftwerksleistung honoriert werden. Hinsichtlich Wärme und Mobilität seien Mineralöl und Gas unerlässlich, so Aigner.

Start der neuen EFRE-Förderperiode 2014-2020:

Ein starkes Signal

495 Millionen Euro für alle Regierungsbezirke

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer gab in Kloster Irsee den Startschuss für die neue Förderperiode des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

„Heute ist ein guter Tag für Bayern: Mit knapp einer halbe Milliarde Euro EU-Mitteln werden wir in allen bayerischen Regierungsbezirken kräftig Investitionen anschieben. Damit können wir in ganz Bayern die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessern“, so Pschierer.

Besonderer Erfolg

Als besonderen Erfolg wertet der Staatssekretär, dass der Anteil Bayerns an den regulären EFRE-Mitteln für die stärker entwickelten Regionen in Deutschland in der neuen Förderperiode von 10,5 auf 12,2 Prozent gesteigert werden konnten. Obwohl deutschlandweit insgesamt weniger EFRE-Mittel zur Verfügung stehen, erhält der Freistaat damit bis 2020 494,7 Millionen Euro. Das bayerische EFRE-Programm wurde zudem als eines der ersten in Europa genehmigt. Bei der Ver-

Abschließend betonte die Ministerin, dass bei der Energiewende die Staatsregierung auch weiterhin Antriebskraft für Ideen und Lösungen sei. Dieses komplexe und anspruchsvolle Problem könne man nur kompromissbereit und zusammen mit den Menschen im Lande lösen.

Die Opposition bemängelte das Fehlen eines Energiekonzepts, das einen Stillstand der Energiewende zur Folge habe. Die SPD-Energieexpertin Natascha Kohnen forderte einen konkreten Projektplan von der Staatsregierung und die Abkehr Aigners von Seehofers Kurswechseln in der Energiepolitik. Thorsten Glauber (FW) mahnte, Bayern brauche verlässliche Rahmenbedingungen für eine dezentrale Energiewende. Seine Partei wolle keine „Strom-Autobahnen“, setze vielmehr auf örtli-

teilung innerhalb Bayerns gibt es Neuerungen. Die Schwerpunktgebiete, in denen vorrangig gefördert wird, sind neu zugeschnitten worden. Pschierer: „Erstmals gibt es in allen bayerischen Regierungsbezirken Schwerpunktgebiete. Auf diese Gebiete wollen wir 60 Prozent der EU-Mittel konzentrieren.“

Das EFRE-Programm soll durch gezielte Unterstützung von Investitionen die Lebensverhältnisse in den verschiedenen europäischen Regionen verbessern. Die inhaltliche Aufteilung der Mittel konzentriert sich nach EU-Vorgaben auf fünf Förderbereiche (Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, Klimaschutz, Hochwasserschutz und nachhaltige Entwicklung funktionaler Räume).

Weitere Informationen unter: www.efre-bayern.de

Bayern gut auf möglichen Ebola-Fall vorbereitet

Der Aufbau einer neuen Anti-Ebola-Einheit am Münchner Großflughafen geht zügig voran. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml berichtete in der Sitzung des Ministerrats über den aktuellen Stand der Schutzmaßnahmen gegen die Infektionskrankheit. Die ersten Personalentscheidungen für die künftige Task-Force Infektiologie mit ständiger Dienstbereitschaft sind bereits getroffen worden. Noch im Oktober konnte die Arbeit aufgenommen werden.

Die vom Ministerrat beschlossene mobile Krisenreaktionseinheit soll bei schwerwiegenden Infektionsausbrüchen auch die Gesundheitsämter in ganz Bayern unterstützen. Ministerin Huml betonte: „Für die anspruchsvollen Aufgaben der Task-Force brauchen wir natürlich Fachleute. Ich freue mich, dass wir schon die ersten Mitglieder gefunden haben. Klar ist auch: Bayern ist bereits jetzt gut auf einen möglichen Ebola-Fall vorbereitet. Dies betrifft sowohl die Isolierung und Versorgung von Erkrankten als auch den Umgang mit möglichen Kontaktpersonen.“

Sonderisolationstation

Für lebensbedrohliche Infekti-

che Stromerzeugung mit regionalen Verteilernetzen. Der von der Ministerin geplante Bürger-Dialog sei nur eine Ausflucht. Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann konstatierte, der Staatsregierung fehlten Entschlossenheit, Verlässlichkeit und Mut. Er forderte einen Wettkampf der Ideen. Durch das Abrücken Seehofers von Windkraft, Pumpspeicherkraftwerken und Netzausbau werde die Energiewende blockiert.

Belastbares Konzept

Kritik kam auch aus der Wirtschaft, insbesondere von den Industrie- und Handelskammern. Hauptgeschäftsführer Peter Driesen sprach von einer mangelhaften Umsetzung der Energiewende. Aufgrund drohender Versorgungsengpässe und hoher Stromkosten erwogen mehrere Industriebetriebe eine Abwanderung aus Bayern. Jetzt müsse die Staatsregierung ein belastbares Konzept für die Wende vorlegen.

In dem Zusammenhang hat das Wirtschaftsministerium den „Energie-Atlas Bayern“ als zentrale Internet-Plattform der Staatsregierung zur Energiewende Ende Oktober erneuert. Nach der Veröffentlichung des neuen Windatlas und der Analyse von Windenergieanlagen im Mai sind jetzt vor allem Inhalte und Bedienungs-elemente optimiert worden. Ministerin Aigner erklärte, der Energie-Atlas informiere umfangreich über die Umsetzung der Energiewende vor Ort und leiste somit einen entscheidenden Beitrag zur Einbeziehung der Bürger bei diesem Megaprojekt. **rm**

Erhalt der Einheimischen-Modelle

Kommunen brauchen Rechtssicherheit

Die CSU will Einheimischen-Modelle weiterhin kommunalfreundlich gestalten. Dafür benötigen Bayerns Kommunen schnellstmögliche Rechtssicherheit. Dies ist vor allem auch im Interesse der jungen Menschen, die in ihren Heimatgemeinden ein Eigenheim erwerben möchten.

In diesem Zusammenhang hatte die CSU in der letzten Plenarsitzung einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, in dem sich die Staatsregierung gegenüber dem Bund und der Europäischen Kommission bei den Verhandlungen mit der EU für den Erhalt der Ortsansässigkeit als Auswahlkriterium einsetzen soll. Im Vorfeld hatte die Europäische Kommission die Einheimischen-Modelle der Gemeinden Seeshaupt, Bernried, Weilheim und Vohburg beanstandet und die Ortsansässigkeit als nachrangiges Kriterium eingestuft. Dem zugrunde lag ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Mai letzten Jahres zu flämisches Einheimischen-Modellen, wonach Einschränkungen für den Immobilienerwerb zur Sicherung eines ausreichenden Wohn-Angebots für Einkommensschwache oder andere benachteiligte Gruppen grundsätzlich zulässig sind.

Soziale Kriterien

Daran anknüpfend hat das Bayerische Innenministerium zusammen mit dem Städte- und Gemeindetag sowie dem Bund ein

Gesamtkonzept entwickelt und der Europäischen Kommission im Juli vorgelegt. Dieses berücksichtigt u. a. die ortsspezifischen Besonderheiten in den jeweiligen Städten und Gemeinden. Innen- und Baustaatssekretär Gerhard Eck sprach von einem objektiven, nicht diskriminierenden Konzept mit im Voraus bekannten Kriterien, das „europarechtskonform“ sei. Neben den zwingenden Voraussetzungen für einen Grundstückserwerb, wie Vermögen, Einkommen und Kinder können auch sonstige soziale Kriterien eine Rolle spielen.

Schnelle Entscheidung

Innenminister Joachim Herrmann will für die Einheimischenmodelle eine schnellstmögliche Entscheidung der Europäischen Kommission im laufenden Vertragsverletzungsverfahren und hat daher Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) sowie die Europaabgeordnete Angelika Niebler (CSU) gebeten, sich für einen baldigen Gesprächstermin mit der Kommission einzusetzen. **rm**

Georg Schlagbauer neuer BHT-Präsident

Bayerischer Handwerkstag wählt neues Präsidium

Der Bayerische Handwerkstag (BHT) hat eine neue Führungsspitze: die Mitgliederversammlung der Dachorganisation des bayerischen Handwerks wählte in Schweinfurt Georg Schlagbauer zum Präsidenten. Schlagbauer tritt damit die Nachfolge von Heinrich Traublinger, MdL a. D. an, der dem BHT seit 2002 vorstand. Traublinger wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Zu Vizepräsidenten wählte die Vollversammlung Dr. Georg Haber, Präsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz und Konrad Steininger, Landesinnungsmeister des bayerischen Schreinerhandwerks sowie Bundesinnungsmeister. Das sechsköpfige Präsidium runden ab Heinrich Mosler, Präsident der Handwerkskammer für Mittelfranken, Hans Auracher, Landesinnungsmeister des bayerischen Elektrohandwerks und Michael Hilpert, Landesinnungsmeister des bayerischen Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerks.

Der 42-jährige Metzgermeister und Betriebswirt (HwO) Georg Schlagbauer ist Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Landesinnungsmeister des bayerischen Fleischerhandwerks und stellvertretender Bundesinnungsmeister. Schlagbauer ist als Stadtrat der Landeshauptstadt auch kommunalpolitisch engagiert. Vor der Vollversammlung in Schweinfurt skizzierte Schlagbauer die Prioritäten seines künftigen Engagements als Bayerns oberster Handwerker.

„Auch wenn der Bayerische Handwerkstag (BHT) seinen Sitz in München hat, vertritt er das gesamte bayerische Handwerk von Fladungen im Landkreis Rhön-Grabfeld bis nach Sonthofen im Oberallgäu. Mein Ziel ist es, Kammern und Verbände umfangreich in die Arbeit einzubinden. Der große Wissens- und Erfahrungsschatz in den Handwerksorganisationen ist eine der besonderen Stärken unseres Wirtschaftsbereichs“, betonte der neu gewählte BHT-Präsident Georg Schlagbauer vor der Presse in Schweinfurt.

Aktuell präsentiert sich das bayerische Handwerk in robuster Fassung: Für das Gesamtjahr 2014 wird beim Umsatz mit einem nominalen Plus von 2,3 Prozent auf rund 98 Mrd. Euro gerechnet. Die Zahl der Beschäftigten dürfte im Jahresdurchschnitt um 0,7 Prozent auf

Verbraucherschutzinstrument.“

Zum Bürokratieabbau sagte der BHT-Präsident: „Ob Vertrags- und Kaufrecht oder Öko-Design-Richtlinie, ob Lebensmittelkontrollverordnung, Verbraucherinformationsgesetz oder viele weitere Bereiche eines vorgeblichen Verbraucherschutzes – es muss wieder Augenmaß einkehren in die EU-Politik. Zudem müssen die Belange unserer Handwerksunternehmen als gleichwertig neben denen der Industrie und der Verbraucher gelten.“ Bundespolitisch steht für den BHT-Präsidenten die Entlastung des Handwerks von Steuern und Lohnzusatzkosten ganz oben auf der Agenda. Auch die Erbschaftsteuer werde man genau im Auge behalten. Das in Kürze erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichts dürfe nicht zu einer Mehrbelastung bei der Vererbung von Betriebsvermögen führen.

Schlagbauer: „Bei der Energiewende müssen wir dafür sorgen, dass die Handwerksbetriebe nicht deren Zahlmeister bleiben. Auch bei der energetischen Gebäudesanierung muss noch viel mehr passieren.“ Dazu fordert das bayerische Handwerk, endlich ein maßgeschneidertes Förderpaket auf den Weg zu bringen, das die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung beinhaltet. „In der Landespolitik müssen wir stärker ins Bewusstsein der Politik rücken, dass das Handwerk ein unverzichtbarer Faktor für die bayerische Lebensqualität in den Städten und auf dem Land ist. Zentraler Punkt ist deshalb eine Stärkung der wohnortnahen Versorgung mit lebendigen Innenstädten. Wir fordern deshalb die Wiederaufnahme des Novellierungsprozesses beim Landesentwicklungsprogramm. Den Entwicklungsmöglichkeiten von Handwerk und Mittelstand muss dabei ein zentraler Stellenwert eingeräumt werden“, betonte der BHT-Präsident. **□**



Georg Schlagbauer.

betriebe dürfte um ein Prozent auf etwa 204.000 steigen.

Schlagbauer stellte in Schweinfurt auch seine Themenschwerpunkte vor. „Nur wenn wir es schaffen, genügend Berufsnachwuchs für das Handwerk zu gewinnen, sie zu qualifizierten Fachkräften auszubilden und sie auch im Handwerk zu halten, können wir die Basis für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe sichern.“, erklärte der BHT-Präsident. Den Meisterbrief erklärte Schlagbauer zum Dreh- und Angelpunkt im Qualifikationssystem des Handwerks: „Der Meisterbrief ist Qualitätszertifikat und

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gregor Bayrthof
87659 Hopferau
am 7.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Zisl
85625 Baiern
am 13.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Waas
94559 Niederwinkling
am 6.11.

Bürgermeister Manfred Rodde
92521 Schwarzenfeld
am 10.11.

Bürgermeister Hans Wojta
85276 Hettenshausen
am 13.11.

Bürgermeister Alois Böhm
92548 Schwarzach b. Nabburg
am 15.11.

Bürgermeister Hans Beck
96178 Pommersfelden
am 17.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reiner Gäbl
92693 Eslarn
am 6.11.

Bürgermeister Walter Nirschl
94253 Bischofsmais
am 16.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Susanne Hoyer
85416 Langenbach
am 8.11.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Die Preisträger des Regierungsbezirks Niederbayern mit Laudatorin Beate Schaffelhuber (2. v. l., in Vertretung ihrer Tochter, Schirmherrin Anna Schaffelhuber), Karin Seehofer (Mitte), Bildungsstaatssekretär Georg Eisenreich (3. v. r.) und Staatsministerin Emilia Müller (r.). Foto: StMAS

Bayerischer Miteinander-Preis 2014:

Vorbilder für ein inklusives Bayern

Im Rahmen einer Festveranstaltung im Schloss Nymphenburg hat Sozialministerin Emilia Müller besonders gelungene Projekte zur Inklusion von Menschen mit Behinderung mit dem Bayerischen Miteinander-Preis 2014 ausgezeichnet. Mit dem Ziel, Barrieren in den Köpfen abzubauen und ein positives Signal zu setzen, hatte das Bayerische Sozialministerium gemeinsam mit dem Radiosender ANTENNE BAYERN den Miteinander-Preis initiiert. Seitdem reichten über 270 Inklusionsprojekte ihre Bewerbungen ein. Aus jedem Regierungsbezirk ging ein Inklusionsprojekt als Gewinner hervor und wurde mit 2.000 Euro prämiert.

Als Preisträger des Regierungsbezirks Oberbayern wurde das Modellprojekt „Inklusive Nachmittagsbetreuung“ der Grund- und Mittelschule an der Schrobenauser Straße in Kooperation mit der Otto-Steiner Schule (privates Förderzentrum für geistige Entwicklung) ausgezeichnet. Eine gemeinsame Nachmittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung hat die Grund- und Mittelschule an der Schrobenauser Straße, München, in Kooperation mit der Otto-Steiner Schule (privates Förderzentrum für geistige Entwicklung) geschaffen.

Gemeinsam besuchen Kinder mit und ohne Behinderung nicht nur den Unterricht in inklusiven Partner- und Tandemklassen, sondern werden im Anschluss an die reguläre Unterrichtszeit auch gemeinsam am Nachmittag betreut. Dabei stehen den Schülern mit Behinderung je ein Heilpädagoge und ein Kinderpfleger zur Verfügung. Das Ziel, miteinander und voneinander auch außerhalb der Schule zu lernen, wird durch die gemeinsamen Aktivitäten wie Mittagessen, Hausaufgaben Erledigen und Spielen gefördert.

Einbindung

Unter dem Motto „Mittendrin statt nur dabei – weil in Pfarrkirchen do bin i dahoam“ verfolgt die Kindertagesstätte Maria Ward in Pfarrkirchen (Niederbayern) das Ziel, Inklusion im Alltag nicht mehr als etwas Außergewöhnliches zu sehen: Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen werden hier sowohl durch Einzelinklusion (Einbindung in die Alltagssituation einer Gruppe) als auch durch Angebote der Frühförderung (individuelle Entwicklungsförderung) unterstützt und in den Alltag der Kindertagesstätte eingebunden. Neben der inklusiv arbeitenden Kindertagesstätte soll künftig ein Familienzentrum entstehen, das Angebote für Menschen mit Behinderung gestaltet und generationsübergreifende Begegnungsmöglichkeiten bietet. Im Büro der Kita arbeitet seit 2007 zudem eine schwerstbehinderte Mitarbeiterin.

Eine weitere Auszeichnung ging für die Oberpfalz an das Ju-

gendorchester „Klangbrücken“ in Chamünster. Hierbei handelt es sich um ein Jugendorchester mit geistig behinderten Kindern und Jugendlichen. Eine Kooperation zwischen der Förderschule Cabrin-Schule Offenstetten und dem Ostbayerischen Jugendorchester ermöglicht dies. 28 Schülerinnen und Schüler musizieren zu verschiedenen Gelegenheiten mit Musikern des Orchesters und werden entsprechend ihrer individuellen Kompetenzen und Fähigkeiten eingebunden.

Arbeitstherapie-Angebot für psychisch Kranke

1997 hat das Agnes Neuhaus Heim, eine Einrichtung des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V., mit dem Café Villa Remeis in Bamberg (Oberfranken) ein Arbeitstherapie-Angebot für psychisch kranke Menschen geschaffen. Insgesamt 14 Arbeitstrainingsplätze – zwölf für Heimbewohner, zwei für externe, Psychiatrie erfahrene Menschen – bieten den Betroffenen die Möglichkeit, ihren Gesundheitszustand durch einen geregelten Arbeitsalltag zu stabilisieren. Gemeinsam mit Betreuern, ehrenamtlichen Mitarbeitern und studentischen Aushilfen sorgen sie dafür, dass sich die vielen Stamm- und Ausflugs Gäste bei Kuchen und selbst zubereiteten Gerichten wohlfühlen.

Nicht nur mit einem rollstuhlgerechten Teilabschnitt schafft der Waldseilpark Rummelsberg in Schwarzenbruck (Mittelfranken) neben seinen unterschiedlich hohen Parcours und Stationen ein einmaliges Erlebnis für Menschen mit und ohne Behinderung. Das Thema Inklusion wird dort auch abseits des Kletterns groß geschrieben: Im angrenzenden Hotel- und Restaurantbetrieb arbeiten Menschen mit Behinderung in allen Betriebsteilen mit. Der Waldseilpark wird so zu einer Begegnungsstätte, in dem Inklusion für die Besucher zur Selbstverständlichkeit wird.

Geehrt wurden auch Kooperationsklassen des Berufsbildungszentrums in Münnerstadt und der Heinrich-Thein-Schule in Haßfurt (Unterfranken). Um Jugendlichen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf ei-

ne gemeinsame Ausbildung zu ermöglichen, kooperieren zwei Regelberufsschulen im Rahmen eines dualen Systems mit der Adolph-Kolping-Schule (Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung) in Schweinfurt: Im Berufsbildungszentrum in Münnerstadt absolvieren Schüler der Regelberufsschulen gemeinsam mit den kognitiv schwächeren Schülern in Kooperationsklassen eine Ausbildung als Sozialbetreuer.

Unter dem gleichen Konzept bildet die Heinrich-Thein-Schule in Haßfurt in dem Beruf Fachverkäufer Lebensmittelhandel, Schwerpunkt Fleischerei, aus. In beiden Schulen arbeiten die Klassen in allen Bereichen gemeinschaftlich zusammen. Jugendlichen mit Beeinträchtigungen wird so der Einstieg in diese Berufsbilder ermöglicht und die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit maßgeblich gestärkt.

Im Mehrgenerationenhaus im Zentrum von Königsbrunn (Schwaben) finden seit dem Erstbezug im März des vergangenen Jahres Menschen mit und ohne körperliche/geistige Beeinträchtigung, verschiedener Nationalitäten sowie verschiedener Einkommensgruppen ein Zuhause. Es gibt dort 57 unterschiedlich große Wohnungen, die allesamt barrierefrei zu erreichen sind. Behindertengerecht gestaltete Wohnungen sind ebenfalls vorhanden. Auch Gemeinschaftsräume und ein Café befinden sich auf dem Gelände des Generationenparks und fördern das Zusammenleben.

Selbstverständlichkeit

Ministerin Müller gratulierte den Preisträgern und dankte ihnen für ihr herausragendes Engagement auf dem Gebiet der Inklusion. „Bayern treibt die Verwirklichung des Inklusionsgedankens im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention kräftig voran. Dafür braucht es die Anstrengungen aller gesellschaftlichen Akteure. Denn eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung ganz selbstverständlich gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können, betrifft die unterschiedlichsten Lebensbereiche: Arbeit, Wohnen, Bildung, Sport, Kultur, Ehrenamt und viele mehr. Die Preisträger beeindrucken mit ihren innovativen Lösungsansätzen und mit ihrem herausragenden Engagement. Sie sind leuchtende Vorbilder und zeigen, dass in Bayern die ‘Zukunft Inklusion’ auf einem guten Weg ist. Ich hoffe, dass die Preisträger viele Nachahmer finden“, stellte Emilia Müller fest. **DK**

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

„Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen.“ Diese alte Volksweisheit trifft nach wie vor zu und gilt deshalb auch für die Politik als Dauerauftrag und Verpflichtung zugleich.

Eines ist klar: Wollen wir unser bestehendes, auf hohem Niveau befindliches Gesundheits- und Pflegesystem ohne Einschränkungen für die kommenden Generationen erhalten, stehen wir vor großen Herausforderungen, die auch die kommunale Ebene mit voller Wirkungskraft treffen.

Als Kommunalpolitische Vereinigung setzen wir uns seit jeher mit Nachdruck für eine wohnortnahe und flächendeckende stationäre Patien-



ger. In unterversorgten Regionen, dort wo die Kassenärztliche Vereinigung den Sicherstellungsauftrag nicht flächendeckend gewährleisten kann, sollte diese Aufgabe unter die Hoheit der Länder gestellt werden. Als zusätzliche Anreize für eine ärztliche Tätigkeit stellen wir uns die Einführung des „Landarztzuschlags“, die gezielte Förderung des Fachs Allgemeinmedizin sowie familienkompatible Arbeitszeiten und Arbeitsformen vor. Auch die Zugangsvoraussetzungen

zum Medizinstudium müssen weiter sinnvoll gelockert werden.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich zugleich auf eine weitere Baustelle unseres sozialen Sicherungssystems hinzuweisen und zu fragen: Wie schaffen wir es, die unaufhaltsam steigende Anzahl der Pflegebedürftigen zu schultern?

Alle Experten sind sich darin einig, dass ein ganzes Bündel an Maßnahmen erforderlich sein wird, damit in Zukunft die Versorgung in der Pflege ohne gravierende Qualitätseinbußen gelingen kann. Unbedingt notwendig ist vor allem eine bessere finanzielle Ausstattung, um eine leistungsfähige Unterstützungs- und Vernetzungsstruktur vor Ort aufbauen zu können.

Schon heute besteht im Pflegebereich ein unübersehbarer Fachkräftemangel, der sich weiter verschärfen wird. Wir fordern deshalb die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Altenpflege durch konkrete Maßnahmen attraktiver zu gestalten: Bessere Bezahlung, Einführung einer Ausbildungsumlage, flexible Arbeitszeiten, Kinderbetreuung und interessante Weiterbildungsmöglichkeiten – um nur einige Punkte zu nennen. Auch die gesellschaftliche Wertschätzung der Pflegeberufe muss durch gezielte Imagekampagnen weiter gesteigert werden.

Die Qualität der Pflege hängt aber insgesamt nicht nur von der reinen Anzahl des Personals ab, sondern in hohem Maße auch an der für jeden zu pflegenden Menschen zur Verfügung stehenden Zeit. Wir fordern deshalb eine spürbare Reduzierung der bestehenden Dokumentationspflichten auf das Nötigste, damit die Pflegekräfte ihren Fokus wieder mehr auf ihre eigentliche Aufgabe hinsichtlich der Fürsorge der Menschen legen können.

Gesundheit und Pflege – diese beiden sensiblen Bereiche gehören zu den aussagekräftigsten Indikatoren für das gesamte Wohlstandsniveau einer Gesellschaft. Demnach sollten die Anstrengungen derer, die die politischen Rahmenbedingungen setzen, stets darauf ausgelegt sein, dass jedem kranken oder pflegebedürftigen Menschen auch zukünftig geholfen werden kann – unabhängig von seinem Wohnort, seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und mit vergleichbarer Qualität.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV

Grünes Licht für Winternotfallplan Asyl

Notwendige Finanzmittel für Aufnahme von Asylbewerbern werden bereitgestellt

Der Ministerrat hat in seiner jüngsten Sitzung nach Berichten von Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber und Sozialministerin Emilia Müller aus dem Krisenstab Asyl grünes Licht gegeben für den dreistufigen Winternotfallplan Asyl, und darüber hinaus Entscheidungen zur Bewältigung der finanziellen Herausforderungen durch die Aufnahme von Asylbewerbern getroffen.

In allen 96 Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns sollen kurzfristige Unterbringungskapazitäten (Hallen, o.ä.) für je 200 - 300 Personen benannt werden, einschließlich der Sicherstellung der hierzu notwendigen verpflegungs- und medizinischen Versorgungskapazitäten.

Zusätzliche Kapazität

Damit wird kurzfristig eine zusätzliche Kapazität für die Unterbringung von 20.000-30.000 Personen gewährleistet. Die Koordinierung der Planung wird zentral durch die Regierung von Schwaben sichergestellt.

In einer zweiten Stufe sollen die Landkreise und kreisfreien Städte jeweils Grundstücke benennen, die innerhalb kurzer Frist im Notfall mit Containern bebaut werden könnten (Unterbringung dort für 2-3 Monate). Hierzu soll eine zentrale Con-

tainerdrehschreibe eingerichtet werden.

Temporärbauten

Die 3. Stufe beinhaltet die Planung von Temporärbauten, die in einigen Wochen aufbaubar sind (Unterbringung dort für einige Jahre).

Bewältigung der finanziellen Herausforderungen

Bayern wird für die Bewältigung der finanziellen Herausforderungen für die Aufnahme von Flüchtlingen erforderliche Landesmittel bereitstellen und sich beim Asylgipfel Bund für ein deutliches finanzielles Engagement des Bundes einsetzen. Im nächsten Doppelhaushalt

2015/2016 sind für Asyl allein im Haushaltsplan des Sozialministeriums jährlich 460 Millio-

nen Euro, also insgesamt 920 Millionen Euro im Haushaltsentwurf eingestellt (zum Vergleich Aufwand für Asyl im Jahr 2013: 224 Millionen Euro).

Entschädigung für ehrenamtliche Helfer

Zur Bewältigung der Situation bei der Aufnahme von Asylbewerbern haben in den vergangenen Monaten ehrenamtliche Helfer von Hilfsorganisationen ein aufopferungsvolles und unverzichtbares Engagement erbracht.

Verdienstausfall

Auf Vorschlag von Sozialministerin Emilia Müller hat der Ministerrat Eckpunkte für die ausnahmsweise finanzielle Entschädigung solcher Helferleistungen durch den Staat gebilligt. Für Verdienstaufwandsentschädigungen soll daher noch im Verfahren zur Ausstellung des nächsten Doppelhaushalts 2015/2016 beim Sozialministerium ein Haushaltstitel für die freiwillige Leistung von Verdienstaufwandsentschädigungen geschaffen werden. □

Kosten der bayerischen Krankenhäuser auch 2013 weiter gestiegen

Die Gesamtkosten der bayerischen Krankenhäuser lagen 2013 bei rund 13,9 Milliarden Euro, was einer Zunahme um 4,7 Prozent gegenüber dem Jahr 2012 entspricht. Größter Ausgabeposten waren dabei die Personalkosten mit gut 8,3 Milliarden Euro. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, betrugen die Kosten für die rein stationäre Krankenversorgung rund 12,1 Milliarden Euro. Jeder Behandlungsfall kostete 2013 durchschnittlich nahezu 4 200 Euro, der Berechnungs- bzw. Behandlungstag im Durchschnitt 569 Euro.

Die Gesamtkosten der Krankenhäuser in Bayern betrugen im Jahr 2013 insgesamt 13,9 Milliarden Euro. Das waren rund 630 Millionen Euro oder 4,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Den mit Abstand größten Ausgabeposten - 59,9 Prozent der Gesamtausgaben - stellten dabei nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung die Personalkosten mit gut 8,3 Milliarden Euro dar. Die Sachkosten betrugen knapp 5,2 Milliarden Euro und damit 37,4 Prozent der Ausgaben der bayerischen Krankenhäuser.

In den Gesamtkosten der Krankenhäuser sind auch Ausgaben für nichtstationäre Leistungen wie z.B. Ambulanzen und die wissenschaftliche Forschung und Lehre enthalten. Die Kosten der rein stationären Krankenhausversorgung (bereinigte Kosten), die sich aus der Differenz zwischen den Gesamtkosten und den Kosten für nichtstationäre Leistungen ergeben, lagen bei nahezu 12,1 Milliarden Euro. Je Behandlungsfall betrugen die durchschnittlichen stationären Krankenhauskosten (bezogen auf die bereinigten Kosten) 4 189 Euro, ein Berechnungs- bzw. Behandlungstag kostete durchschnittlich 569 Euro. □

Stefan Rößle...

(Fortsetzung von Seite 1) die CSU-Kommunalpolitiker die richtungsweisende Bedeutung des neu geschaffenen Heimatministeriums für die Landesentwicklung im Freistaat Bayern heraus. Als zentrale Aufgaben nannte er die Koordination von Förderprogrammen, die Unterstützung von Kommunen und den kommunalen Finanzausgleich sowie den Ausbau der Digitalisierung. „Der kommunale Finanzausgleich wird maßvoll aufgestockt und der Freistaat wird auch 2015 die strukturschwachen Kommunen unterstützen“, so Füracker.

Den kommunalen Finanzausgleich 2014 wertete der Staatssekretär als enormen Kraftakt. „Die bayerischen Kommunen haben vom Freistaat Bayern noch nie so viel bekommen wie in diesem Jahr“, versicherte er. Jeder vierte Euro aus dem Staatshaushalt lande in irgendeiner Weise bei den Kommunen. Gerade soll es dabei natürlich zugehen. Aber die unterschiedliche Interessenlage von Stadt- und Landregionen bereite dabei naturgemäß Schwierigkeiten, denn jede Region hat ihre eigenen Argumente. Mit den kommunalen Spitzenverbänden konnte man sich inzwischen darauf verständigen, dass Begutachtung und Neuberechnung des Verteilerschlüssels noch etwas Zeit beanspruchen und erst beim Finanzausgleich 2016 „an den Stellschrauben gedreht wird“.

Die Breitbandförderung im Freistaat sei spitzenmäßig und gewinne inzwischen an Fahrt. Als das Heimatministerium am 10. Oktober 2013 das Thema übertragen bekam, informierte Füracker, waren 260 bayerische Kommunen im Verfahren. Heute seien es 60 Prozent aller Kommunen im Freistaat. „Wir haben Landkreise, da sind 100 Prozent der Gemeinden dabei und Regierungsbezirke mit 78 bis 85 Prozent.“ Weil der Breitbandausbau nach dem Telekommunikationsgesetz eigentlich eine Bundesaufgabe ist, bat der Heimatstaatssekretär MdB Alois Rainer, sich mit dafür stark zu machen, dass der Bund für dieses wichtige Aufgabenfeld mehr Finanzmittel ausschüttet.

Das sei nur möglich gewesen, weil man das Breitbandprogramm drastisch entbürokratisiert habe, lobte der Politiker, der bei dieser Gelegenheit den Paragraphenstopp von Ministerpräsident Horst Seehofer rühmte. Danach müsse jedes Gesetz, das in Bayern erlassen wird, die Streichung eines alten Gesetzes zur Folge haben.

Die zahlreichen Flüchtlinge, die inzwischen in Bayern ankommen, stellen den Freistaat und die Kommunen vor gleichermaßen große Probleme. Dass die Menschen hier gut behandelt werden, sei eine Selbstverständlichkeit. Aber dafür brauche man dringend mehr Personal, das der Bund zu stellen

habe. In diesem Zusammenhang forderte Füracker auch die Solidarität aller in Europa, im Bund, in Bayern und auch der Kommunen untereinander. Ein kraftvolles Maßnahmenpaket garantiere den Kommunen für die Spitzabrechnung eine Erstattung von 100 Prozent der Kosten. Im Jahr 2013 waren im bayerischen Staatshaushalt für diesen Posten 224 Mio. Euro eingeplant, in 2014 waren es 346 Mio. Euro und für 2015 und 2016 sind jeweils 470 Mio. Euro vorgesehen.

Dialogverfahren in der Energiewendediskussion

Das von Wirtschaftsministerin Ilse Aigner initiierte Dialogverfahren in der Energiewendediskussion lobte Füracker ausdrücklich. Es gelte, letztlich einen Energiemix zu konstruieren, „der unabhängig vom Ausland macht, bezahlbar bleibt, regenerativ und verfügbar ist“. Das Problem sei das Wort bilanziell. „Bilanziell“ sei zwar genügend Strom vorhanden; das bedeute aber nicht, dass dieser Strom jederzeit in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung steht.

In ihren Grußworten sprachen sich der Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel und der Leiter der Politikabteilung der Audi AG, Dr. Brian Rammpp, für ein wirtschaftsfreundliches Klima in der Kommunalpolitik aus. Am Audi-Standort beträgt das Bruttosozialprodukt pro Einwohner über 100.000 Euro und ist damit etwa drei Mal so hoch wie im vergleichbaren Bundesdurchschnitt. Kein Wunder, dass die Arbeitslo-

senquote die niedrigste in ganz Deutschland ist. Deshalb könne sich die Stadt an der Donau auch weitere kostspielige Wirtschaftsimpulse leisten.

- 100 Mio. Euro investiert die Stadt in ein neues Güterverkehrszentrum, das den Audi-Zulieferbetrieben eine Produktion „just in time“ und „just in sequence“ ermöglicht.
- 30 Mio. Euro werden investiert in ein modernes Hotel- und Kongresszentrum in der Altstadt.
- Ebenfalls 30 Mio. Euro soll ein neues Museum für konkrete Kunst kosten.
- Und für eine Theaterersatzspielstätte sind nochmals 20 Mio. Euro vorgesehen.

Weil Wirtschaft nach den Worten von Oberbürgermeister Lösel aber nicht nur eine Frage der Investitionen, sondern auch eine Frage der Investitionsfreundlichkeit sei, wurde in Ingolstadt seit 1993 der Gewerbebesteuerungsatz nicht erhöht. Damit habe man die Ansiedlung zahlreicher neuer Unternehmen erreicht. Die Stadt prosperiert also. Seit zehn Jahren werden substanzielle Tilgungen von Kommunalkrediten vorgenommen; seit acht Jahren entlasten zusätzliche Sondertilgungen den Kommunalhaushalt. Seit drei Jahren sind die Rücklagen, die die Stadt gebildet hat, höher als die noch vorhandenen Kredite. Diese werden aber nicht abgelöst, weil die Stadtväter knausrig sind und keine Vorfälligkeitsentschädigungen an die eigene Bank, die Sparkasse Ingolstadt, zahlen möchten. So schließen sie im Jahr 2016 die letzte Kreditlinie und sind damit komplett schuldenfrei. □

Audi in Ingolstadt: Bestes Image

Dr. Rammpp stellte die Audi AG als Teil des VW-Konzerns dar. Das Ingolstädter Unternehmen steuert die Hälfte des Konzerngewinns bei. Ziel ist es, Audi für die Kunden weltweit zu begeistern. Man sieht sich in einer starken Verantwortung für die Umwelt und die Standorte. Kontinuierliches Wachstum, bestes Image, Innovationsführerschaft sowie Vorsprung durch Technik sind Ziele des Unternehmens, das weltweit ein attraktiver Arbeitgeber sein möchte.

Die „Audianer“ werden mehr. Über 37.000 Mitarbeiter gibt es allein in Ingolstadt, weltweit sind es 74.000. Vor 25 Jahren gab es lediglich die beiden Werke in Ingolstadt und Neckarsulm. Das Werk Ingolstadt wurde im Jahr 1949 von Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) in der damaligen DDR nach Bayern transferiert.

Heute gibt es 17 Werke und zwei weitere sind im Bau. Das Werk in Brasilien geht im kommenden Jahr in Betrieb und 2016 folgt das neue Werk in Mexiko. Damit ist Audi in vier Kontinenten der Welt präsent.

Insgesamt gibt es derzeit 12 Modellreihen mit 53 Modellen. Der Absatz im Jahr 2013 betrug fast 1,6 Mio. Autos, wobei der Absatzzuwachs vor allem aus dem Ausland kommt. China ist der größte Markt. 2014 werden 1,7 Mio. Autos produziert. Die Umsatzerlöse belaufen sich derzeit auf über 50 Mrd. Euro; im Ergebnis bleiben davon über fünf Mrd. Euro. Am Standort Ingolstadt verfügt das Unternehmen über zwei Mio. qm Fläche und ist damit etwa gleich groß wie das Fürstentum Monaco. Hier werden derzeit pro Jahr 576.000 Autos hergestellt. Damit verlässt alle 30 Sekunden ein Fahrzeug das Werk. Audi ist selbstverständlich der größte Investor in Ingolstadt: Eine Milliarde Euro jährlich steckt das Unternehmen in den Sitz seiner Konzernzentrale, die im Übrigen das zweitgrößte Werk in Europa ist. Größer ist nur noch die Konzernmutter VW in Wolfsburg. □

Auf Preß folgt...

(Fortsetzung von Seite 1) mehrfachen Änderungen unterlag: „Während Sie den Wechsel von Geschäftsführendem Direktor Zwick zu Geschäftsführendem Direktor Stanglmayr im Frühjahr 2007 noch aus dem Vorstand heraus begleitet haben, hatten Sie den letzten Wechsel – von Geschäftsführendem Direktor Stanglmayr zu Geschäftsführendem Direktor Heimrath im Frühjahr 2012 – als Verbandsvorsitzender selbst federführend vorzubereiten und umzusetzen“, betonte Eck und ergänzte: „Für dieses langjährige, erfolgreiche Engagement beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband danke ich Ihnen auch namens der Staatsregierung herzlich und wünsche Ihnen für die nun vor Ihnen liegenden Jahre alles Gute, Gottes Segen und ebenso viele Erfolge wie in Ihrer beruflichen Laufbahn.“ Seinem Nachfolger Gerhard Jauernig wünschte Eck Glück und unterstrich die bewährte Zusammenarbeit von Prüfungsverband und Innenministerium.

Abschied nehmen hieß es im Anschluss auch von weiteren langjährigen und verdienten BK-PV-Mitgliedern. Als Mitglied des Verbandsvorstands wurde Alfred Reisinger, Landrat a. D. (Straubing-Bogen) gewürdigt und als scheidendes Mitglied des Landesausschusses und scheidende Vorsitzende des Ausschusses für die örtliche Rechnungsprüfung Dr. Birgit Seelbinder, Oberbürgermeisterin a. D. (Marktreudwitz). Weiter wurden die Landesausschussmitglieder Landrat a. D. Hermann Steinmaßl (Traunstein), Altbürgermeister Helmut Hey (Schwandorf), Oberbürgermeister a. D. Josef Kellerer (Fürstenfeldbruck), Fritz Wittmann, Bürgermeister a. D. (Markt Essenbach) und Vizelandrat (Landshut) sowie Oberbürgermeister a. D. Wolfgang Dandorfer (Amberg) feierlich verabschiedet. Ihnen allen dankte Staatssekretär Eck „für ihre Verdienste rund um die Finanz- und Organisationshoheit unserer Kommunen“. „Sie alle haben sich mit Sachverstand und Überzeu-

gungskraft in den BKPV eingebracht.“

Beratung und Prüfung

Eck wies darauf hin, dass der Bayerische Kommunale Prüfungsverband das Gegenstück zum Bayerischen Obersten Rechnungshof auf der kommunalen Ebene darstelle. Als „Rechnungshof der Kommunen“ sei er eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit aktuell über 1.900 kommunalen Mitgliedern (kreisfreie Städte, Große Kreisstädte, Gemeinden mit in der Regel über 5.000 Einwohner, Landkreise, Bezirke, kommunale Zusammenschlüsse). Als von Gesetzes wegen unabhängige Einrichtung der kommunalen Finanzkontrolle führe er bei seinen Mitgliedern die überörtliche Rechnungsprüfung durch und berate sie in kommunalrelevanten Fragen. Seine Konstruktion als unabhängige Selbstverwaltungskörperschaft sei einzigartig in Deutschland und mache den hohen Rang deutlich, den der bayerische Gesetzgeber der kommunalen Selbstverwaltung beimisst. **DK**

Zahlreiche Brennpunkte...

(Fortsetzung von Seite 1) zu bewältigen. „Dafür stellen wir dem Staat unsere vielfältigen praktischen Erfahrungen aus dem Katastrophenmanagement zur Verfügung. In jedem Landratsamt bündeln die Mitarbeiter ressortübergreifend ihre Kompetenzen. Stellvertretend für alle Landräte bedanke ich mich bereits im Vorfeld für dieses außerordentliche Engagement. Meine besondere Wertschätzung gilt vor allem auch unseren Ehrenamtlichen in den Landkreisen, die mit ihrem selbstlosen und tatkräftigen Einsatz einen wesentlichen Beitrag für das menschenwürdige Ankommen von Flüchtlingen in den Landkreisen leisten“, führte Bernreiter weiter aus.

Verantwortung

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags stellte gegenüber dem anwesenden Finanzminister Dr. Markus Söder unmissverständlich klar, dass der Staat zu seiner Verantwortung stehen muss und forderte ausreichende finanzielle Mittel zur eigenen Bewirtschaftung für die Landratsämter. „Wenn wir diese staatliche Aufgabe erledigen, dürfen wir nicht auf den Kosten sitzen bleiben!“ Staatsminister Söder sicherte daraufhin für seinen Zuständigkeitsbereich der Finanzen „volle Rückendeckung“ zu.

In einer auf der Landrätetagung beschlossenen „Resolution des Bayerischen Landkreistags zur Unterbringung von Flüchtlingen“ heißt es: „Der Zustrom von erwachsenen Asylbewerbern wie auch von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verstärkt sich seit Monaten zusehends. Das ist eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten gerade mit Blick auf den bevorstehenden Winter. Der Bayerische Landkreistag hat bereits in den vergangenen Jahren notwendige Maßnahmen eingefordert, um eine Zuspitzung der Situation zu vermeiden. Die Landräte sind weiterhin bereit, ihre Erfahrungen und Kompetenzen bei der Krisenbewältigung unterstützend einzubringen, insbesondere Konzepte zur notfallmäßigen Unterbringung von Flüchtlingen aufzustellen.“

Mit Blick auf die Zuständigkeit des Freistaates zur Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern fordern die bayerischen Landräte als Sofortmaßnahmen:

1. Bereitstellung aller verfügbaren Liegenschaften von Bund und Freistaat, insbesondere Kasernen.

2. Ausreichende staatliche Personalausstattung der

Landratsämter bzw. Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur eigenen Bewirtschaftung durch die Landratsämter, sowohl zur Finanzierung des für den Verwaltungsvollzug notwendigen Personals als auch für die Schaffung notwendiger Einrichtungen.

3. Abbau bürokratischer Hemmnisse und Überprüfung von Standards zur Erleichterung der Akquise und Ausstattung geeigneter Einrichtungen sowie zur Sicherstellung der medizinischen Betreuung.

4. Übertragung der Zuständigkeit für die Asylsozialberatung auf die Landkreise, um vor Ort im Zusammenwirken mit den örtlichen Trägern der freien Wohlfahrtsverbände ein praxisgerechtes Betreuungsangebot sicherzustellen.

5. Fördermittel für die vollständig vom Staat zu finanzierende Asylsozialberatung zur Erreichung realistischer Betreuungsschlüssel in allen Unterbringungsobjekten.

Angesichts der europäischen Dimension des Flüchtlingsstroms könnten die bayerischen Landkreise und der Freistaat die Aufgabe nicht allein stemmen. Gefordert sei daher auch:

6. Einsatz des Freistaates für eine Erneuerung der EU-Flüchtlingsstrategie und gerechte Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten der EU.

7. Bundesweite Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und Kostenübernahme durch den Bund.

8. Abbau des Antragsstaus beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch deutliche personelle Aufstockung; durchgängige EDV-Erreichbarkeit des BAMF für Asylanträge auch an Wochenenden und an Feiertagen.

9. Beschleunigte Rückführung abgelehnter Asylantragsteller.

10. Zeitnahe Umsetzung der schon in die Wege geleiteten gesetzlichen Änderungen im Baurecht, um erleichtert neue Unterkünfte schaffen zu können.

Bei aller Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Maßnahmen dürfe nicht vergessen werden, dass die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern nach allen Prognosen eine längerfristige Herausforderung bleiben wird. Dies erfordere dauerhafte Lösungsansätze, u.a. für die Unterbringung von Menschen, denen ein Bleiberecht zugesprochen wird.

Landkreistagschef Bernreiter appellierte: „Wir müssen die Flüchtlingsbewegungen endlich

als dauerhafte Herausforderung des Staates begreifen, damit vom Modus der Krisenbewältigung bald wieder auf gestaltende Maßnahmen gewechselt werden kann. Erst dann liegt in den Wanderungsbewegungen auch eine Chance für unsere Gesellschaft.“

Wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann betonte, „leisten die Landkreise und Gemeinden hervorragende und vorbildliche Arbeit bei der Bewältigung des aktuellen Flüchtlingsnotstandes. Die Unterbringung der Asylbewerber in den Landkreisen läuft auf Hochtouren, gerade auch dank Ihrer Flexibilität und Ihres Engagements.“

Schaffung weiterer Unterbringungsplätze

Entlastungen versprach Herrmann den Landräten neben der Schaffung weiterer staatlicher Unterbringungsplätze auch bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber. So soll künftig jeder neuen Aufnahmeeinrichtung eine zentrale Rückführungsstelle angegliedert und die bestehenden Rückführungsstellen verstärkt werden. Nur durch eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber werde schließlich auch die Situation bei der Unterbringung weiter entschärft.

Freilich hätten die Landratsämter außerdem noch eine Vielzahl an weiteren Aufgaben zu bewältigen. Herrmann denkt deshalb auch über neue Aufgabenzuschüsse nach. „Eine Möglichkeit könnte beispielsweise darin bestehen, die Fachkompetenz zu Erfüllung einiger staatlicher Aufgaben bei bestimmten Landratsämtern schwerpunktmäßig zu bündeln. Das wäre ein neuer Ansatz der Zusammenarbeit.“ Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden will der Innenminister die Realisierungschancen dazu ausloten.

Aktuell gibt es bei den Landratsämtern rund 4.360 staatliche Personalstellen. Der Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2015/2016 sieht 50 neue Stellen für die Landratsämter vor, insbesondere für den Vollzug des Immigrationschutzrechtes wie für die örtlichen Gutachterausschüsse. Ebenso sollen die Mittel für den flexiblen Personaleinsatz über die Fachbereiche hinweg mehr als verdreifacht werden, auf eine Million Euro. „Auch der Wegfall dreimonatiger Sperrn bei der Wiederbesetzung von Stellen müsste den Landratsämtern einen Kapazitätsgewinn bringen, der sich durchaus sehen lassen kann“, erklärte Herrmann. **DK**

Nationaler IT-Gipfel in Hamburg:

Im Zeichen der Digitalen Agenda

Unter dem Motto „Arbeiten und Leben im digitalen Wandel“ trafen sich in Hamburg rund 800 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zum 8. Nationalen IT-Gipfel. Das Spitzentreffen für die Digitalisierung in Deutschland stand ganz im Zeichen der im August verabschiedeten Digitalen Agenda der Bundesregierung.

Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte mehr Risikobereitschaft, um Innovationen im IT-Sektor durchzusetzen. Zwar werde die Bundesregierung die Finanzierungsbedingungen für Start-ups verbessern. „Aber es kann sein, dass all das, was der Staat an Anreizen setzt, nicht ausreicht.“ Man müsse auch bereit sein, Misserfolge hinzunehmen. Gleichzeitig forderte Merkel die Jungunternehmer auf, selbst ein Wagnis einzugehen – selbst im Silicon Valley gehe es nicht ohne Risiko.

In der Chipherstellung sei der Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz aber kaum noch einzuholen. Deshalb müsse man sich auf Geschäftsfelder konzentrieren, die auf der Nutzung dieser Chips aufbauten. „Hier hat Europa eine Chance, muss sich aber anstrengen“, mahnte die Kanzlerin. Für Deutschland sei entscheidend, dass die Verknüpfung digitaler Technik mit industrieller Produktion und Logistik gelinge.

Merkel sprach sich ausdrücklich für eine Auswertung riesiger Datenmengen („Big Data“) aus – allerdings unter bestimmten Rahmenbedingungen. Eine Anonymisierung müsse deutsches Markenzeichen werden.

Wie Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hervorhob, habe

die Regierung mit der Digitalen Agenda politische Leitlinien für die Digitalisierung formuliert. Ihm sei wichtig, dass sich IKT-Branche, Anwender und gesellschaftliche Gruppen wie die Netzgemeinde künftig auf Augenhöhe begegnen, „deshalb öffnen wir den IT-Gipfel-Prozess“.

In drei hochrangigen Foren wurden zentrale Themen der „Digitalen Agenda 2014-2017“ diskutiert. In einer Podiumsdiskussion mit dem Thema IT-Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit von IT wies Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf die De-Mail, die er als gutes und einfach zu bedienendes System mit hohen Sicherheitsstandards bezeichnete. Mit Blick auf die Anwendungsmöglichkeiten meinte de Maizière: „Dem Auftrag der Digitalen Agenda zur flächendeckenden Einführung von De-Mail folgend, werden wir als Bundesregierung unseren Beitrag leisten. Bis Ende 2015 werden weit über 200 Behörden und Einrichtungen des Bundes über De-Mail kommunizieren können.“

Die De-Mail ist eine E-Mail-Variante, die für elektronische Nachrichten an Behörden oder Unternehmen gedacht ist. Nutzer müssen ihre Identität mit dem Personalausweis bestätigen. Die De-Mail wird von der Deutschen Te-

lekom, United Internet mit GMX und Web.de und Francotyp-Postalia angeboten. Bei der Telekom hätten 2.000 Städte und Gemeinden das System eingerichtet, monatlich kämen 200 dazu.

Der Innenminister äußerte sich auf dem IT-Gipfel auch zur Bedeutung des in Abstimmung befindlichen IT-Sicherheitsgesetzes. Damit wolle die Bundesregierung dazu beitragen, dass die IT-Systeme und digitalen Infrastrukturen Deutschlands zu den sichersten weltweit werden. De Maizière: „Hierfür wollen wir nicht nur die Betreiber Kritischer Infrastrukturen, sondern auch die Telekommunikations- und Telemedienanbieter, die eine Schlüsselrolle für die Sicherheit des Cyberraums haben, verpflichten, IT-Sicherheit nach dem Stand der Technik zu gewährleisten.“

Prof. Dieter Kempf, BITKOM-Präsident und Vorsitzender des Vorstands DATEV eG, unterstrich: „Mit der Digitalen Agenda ist Deutschland weitergekommen auf dem Weg in die digitale Zukunft.“ Kempf empfiehlt, das Land solle seine Stärken in der industriellen Produktion nutzen und mit Innovationen im Bereich „Embedded Systems“ verknüpfen.

Um die Sicherheit von E-Government-Diensten zu erhöhen, werde der Bund zum 1. November 2014 eine neue Ausweis-App zur Verfügung stellen, kündigte die IT-Beauftragte der Bundesregierung, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, an: „Der Online-Ausweis

muss einfach und schnell sein, damit er im Alltag genutzt wird. Die neue Ausweis-App ist unabhängig vom eingesetzten Webbrowser und eignet sich hervorragend für den schnellen und leistungsfähigen elektronischen Identitätsnachweis.“ Zunächst werde die App für die Betriebssysteme Windows 7 und 8 sowie OS X 10.9 zur Verfügung gestellt. 2015 folgten Versionen für die mobile Anwendung mit iOS- und Android-Betriebssystemen.

Wie Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt im Rahmen eines weiteren Forums deutlich machte, müssten Wirtschaft und Politik zusammenarbeiten, um alle Menschen in Deutschland mit optimaler digitaler Infrastruktur zu versorgen. Gut ausgebaute Netze seien auch notwendig, um intelligente Mobilität, also z. B. selbstfahrende Autos, zu ermöglichen.

In der „Hamburger Erklärung“ verständigten sich die Gipfelteilnehmer auf die entschlossene und verantwortungsvolle Fortsetzung der Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den kommenden Jahren. Zudem wurden neben dem Maßnahmenpaket „Innovative Digitalisierung der Deutschen Wirtschaft 2014/2015“ und der „Neuausrichtung des Nationalen IT-Gipfels der Bundesregierung“ erste Ergebnisse des Monitoring-Reports Digitale Wirtschaft 2014 präsentiert.

Danach konnte die Digitale Wirtschaft Deutschlands im 15-Länder-Vergleich einen guten fünften Platz behaupten: Bei den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)-Umsätzen erreicht Deutschland mit einem Anteil von 4,3 Prozent an den weltweiten Umsätzen Platz fünf. Bei der Nutzung von neuen Technologien in Unternehmen liegt



Gruppenbild: Bundeskanzlerin Angela Merkel (1. Reihe, 3. v. l.) und Bundesminister Sigmar Gabriel (1. Reihe, 3. v. r.) mit den AG-Vorsitzenden.

Deutschland auf Rang vier. Nachholbedarf hat Deutschland beim Export von IKT. So liegt der Anteil an allen Exporten nur bei knapp neun Prozent. Das entspricht dem zwölften Rang im internationalen Vergleich.

Die Digitale Wirtschaft ist mit über 91.000 Unternehmen und gut 900.000 Beschäftigten ein bedeutender Zweig der deutschen Wirtschaft. Mit einem Anteil von 4,7 Prozent an der gewerblichen Wertschöpfung liegt sie gleichauf mit dem Automobilbau und vor der Traditionsbranche Maschinenbau.

Der Deutsche Landkreistag begrüßte unterdessen das verabschiedete Strategiepapier „Anforderungen an die digitale Infrastruktur für intelligente Mobilität“. Der Präsident des kommunalen Spitzenverbands, Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein), der selbst der für diese Fragen zuständigen Arbeitsgruppe des IT-Gipfels angehört, erklärte dazu: „Digitale Infrastrukturen und intelligente Verkehrslösungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicher-

ung der Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume, gerade auch in Zeiten des demografischen Wandels.“ Die Verknüpfung der Themenbereiche Datennetze und intelligente Mobilität sei daher ein richtiger Ansatz. Allerdings seien dazu auch im ländlichen Raum schnelle Internet-Anschlüsse nötig.

Sager zufolge muss der Breitbandausbau mit aller Energie vorangetrieben werden. „Hier erwarten wir, dass die Bundesregierung nun endlich Nägel mit Köpfen macht.“ Welche Schritte erforderlich seien, habe der Deutsche Landkreistag vor kurzem in einem gemeinsamen Papier mit dem Deutschen Bauernverband und dem Zentralverband des deutschen Handwerks dargelegt. Darin fordern die Verbände die schnelle Vergabe weiterer Frequenzen für den Mobilfunk, eine Reihe von Maßnahmen zur Senkung der Kosten des Breitbandausbaus und vor allem verbesserte Finanzierungsbedingungen einschließlich eines ausreichend dotierten Breitband-Förderprogramms des Bundes. **DK**

WER
KOMMT SCHNELL
IN DIE GÄNGE



GIBT VOLLGAS
UNTER DER ERDE?

Mini-Blockheizkraftwerke im Keller.

Die kompakten Geräte arbeiten auch im Dunkeln hoch effizient: Sie passen in fast jeden Heizungsraum und werden idealerweise mit Erdgas betrieben, mit dem sie gleichzeitig Wärme und Strom erzeugen. So lassen sich bis zu 35 % der Energiekosten und fast 50 % CO₂ einsparen – im Gewerbe genauso wie im Eigenheim.

Nur eine der vielen Ideen, mit denen die in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerke wie die Städtischen Werke aus Kassel die Energiewende vorantreiben. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über
www.energie-und-wende.de



Die Thüga Energieeffizienz GmbH entwickelt Lösungen zum intelligenten Umgang mit Energie für die Thüga-Gruppe.



Städtische Werke
Aktiengesellschaft



energie
effizienz

Das große Plus für das Klima

4. CSU-Netzkongress in München:

Plädoyer für Breitbandausbau „Plus“

„Wir wollen den digitalen Wandel mitgestalten - und das tun wir auch“, betonte die Vorsitzende des CSU-Arbeitskreises CSUnet, Staatssekretärin Dorothee Bär, beim 4. Netzkongress der CSU in der BMW-Welt München. Bär forderte eine leistungsfähige und flächendeckende Infrastruktur und lobte das bayerische 1,5-Milliarden-Euro-Programm zum Breitbandausbau. Der Freistaat sei hier erneut allen anderen Bundesländern voraus.

Nach den Worten von Infrastrukturminister Alexander Dobrindt habe Deutschland die Chance auf ein digitales Wirtschaftswunder. Die Stärken der sozialen Marktwirtschaft müssten auch Maßstab sein für die digitale Revolution. Dobrindt wies darauf hin, dass der Breitbandausbau im Jahr 2018 keineswegs abgeschlossen sei. Künftige Anwendungen würden dann vermutlich noch größere Bandbreiten erfordern als die von der Bundesregierung angestrebten 50 Mbits/s.

Segen für den Bürger

„Das Netz als Segen für Bürgerinnen und Bürger“ ist das aktuelle Positionspapier des CSU-Netzrats überschrieben, das Prof. Dirk Heckmann vorstellte, unter dessen fachlicher Leitung das Papier erarbeitet wurde: „Es geht um das Netz als Glücksfall, als Segen für Bürgerinnen und Bürger, deren Lebenswelt sich in ein Karussell der bunten Chancen gewandelt hat. Manche genießen den Spaß der sich immer schneller drehenden Gondeln. Andere fühlen sich unwohl, sie sorgen sich um ihre Sicherheit oder wünschen sich ein anderes Tempo. Das ist ernst zu nehmen. Auch sie sollen mitgenommen werden, auf die für sie passende Art.“

Beim Kapitel Digitale Infra-

struktur = Breitbandausbau „Plus“ wird darauf hingewiesen, dass die digitale Infrastruktur „die technische Grundvoraussetzung unserer modernen Gesellschaft und der Garant für Chancengleichheit und -gerechtigkeit zwischen Stadt und Land“ darstellt. Ein schnelles Netz sei eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung zur Ausübung der „digitalen (Grund-)Rechte“. Breitbandausbau sei kein Selbstzweck. Er müsse im Kontext mit Inhalten und Services gesehen werden, nicht zuletzt um die technischen Anforderungen zweckgerecht definieren zu können.

Netzneutralität

Breitbandausbau „Plus“ bedeute die Verbindung von Leistungsmerkmalen, Funktionalität und Maßstäben beim Netzausbau. Netzneutralität bedeute - vereinfacht ausgedrückt -, dass alle Datenpakete im Internet gleich behandelt werden sollen. Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel spielten dagegen keine Rolle. Für die Nutzer habe dies zur Folge, dass diesen alle Internetdienste frei zur Verfügung stehen und keine Diskriminierung zugelassen wird.

Bereits im April 2014 hat sich auch das EU-Parlament für Änderungen zugunsten der Ge-

währleistung der Netzneutralität ausgesprochen. Die geplante Verordnung schreibt vor, dass die Internetzugänge im „Einklang mit dem Grundsatz der Netzneutralität“ zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Datenverkehr des offenen Internets dürfe gerade nicht zu Gunsten von sog. Spezialdiensten eingeschränkt werden. Welche das genau sind, bleibt laut Positionspapier dort allerdings offen. So lasse sich nicht genau ableiten, was unter den Spezialdiensten zu verstehen ist. Ob vor diesem Hintergrund dennoch Geschäftsmodelle zulässig sein können, in denen diskriminierungsfrei nach der Inanspruchnahme bandbreitenintensiver Anwendungen unterschieden wird, bleibe zu klären.

Europäische Ebene

Empfehlung des CSU-Netzrats: „Beim Breitbandausbau soll grundsätzlich auf das Prinzip der Netzneutralität geachtet werden. Auf Europäischer Ebene soll durch die DSM-Verordnung ein entsprechendes regulierungsumfeld erarbeitet werden. Die anvisierten höheren Bandbreiten müssen diskriminierungsfrei allen Nutzern zur Verfügung stehen. Dies sollte auch rechtlich sichergestellt werden.“

Netzpolitik kann sich laut Netzrat keineswegs auf den technischen Ausbau der digitalen Infrastruktur beschränken. Auch und gerade der Zugang zum Internet sei heute von zentraler Bedeutung. Das Internet habe sich zu einem „Knoten-

punkt im sozialen und wirtschaftlichen Leben vieler Bürger“ entwickelt. Neben älteren Menschen seien vor allem Arbeitslose oder sozial benachteiligte Gruppen von der digitalen Kluft betroffen. Diese führe geradezu zu einer Verstärkung der Abwärtsspirale, aus der sich die betroffenen Menschen ohne fremde Hilfe meist nicht mehr befreien können.

Digitale Kluft

Nicht nur weltweit sei diese digitale Kluft vorzufinden, auch in Deutschland sei dieses Thema allgegenwärtig. 24 Prozent der Bevölkerung verfügen nach einer Statistik aus dem Jahre 2012 über keinen Internetzugang, 19 Prozent nicht einmal über einen PC.

Gerade für die betroffene Bevölkerungsgruppe der Arbeitslosen wäre, so das Positionspapier, der Zugang zum Internet von zentraler Bedeutung, um sich zum Beispiel über aktuelle Job- oder Fortbildungsangebote informieren zu können. Um

sich für die Überwindung der digitalen Spaltung einzusetzen, sei im Jahre 2011 die „Initiative gegen digitale Spaltung – geteilt.de-e.V.“ gegründet worden.

Empfehlung des CSU-Netzrats: „Der Ausbau der digitalen Infrastruktur sollte so voranschreiten, dass auch die sozial Schwächeren oder andere benachteiligte Bevölkerungskreise mitgenommen werden. Wirtschaftliche und soziale Kriterien sollen beim Breitbandausbau in Einklang gebracht werden.“

IT-Sicherheit

Neben den vielen Vorteilen der Internetnutzung steigt auch die Angst der Nutzer vor dem Verlust der Herrschaft über die eigenen Daten. Als Schritt zur Erlangung der Digitalen Souveränität wird die Verarbeitung der Daten innerhalb der Grenzen Europas genannt. Gerade bei der sog. Auftragsdatenverarbeitung oder dem sog. Cloud-Computing würden Daten oft auf Servern außerhalb Europas, vorwiegend in den USA, ge-

speichert und verarbeitet, wobei nach Auffassung des Netzrats fraglich ist, ob diese Vorgänge immer den Anforderungen des deutschen bzw. europäischen Datenschutzrechts genügen. Bei Geschäftsmodellen, die diesen strengen Datenschutzstandards entsprechen, bestehe die Möglichkeit der Einführung von Qualitätssiegeln.

Schlüssiges Konzept

Empfehlung: „Breitbandausbau und digitale Infrastruktur sind auch an den Anforderungen der IT-Sicherheit zu messen. Schnelle Netzverbindungen sind wertlos, wenn sie mit Blick auf rechtswidrige Datenzugriffe nicht genutzt werden können. Das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme erfordert auch ein schlüssiges Konzept zum Ausbau einer sicheren digitalen Infrastruktur. Die Anforderungen an Netzsoveränität sind ergebnisoffen zu diskutieren.“

DK

Datenschutz erfordert unabhängige Kontrollbehörden

Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in Hamburg

Personenbezogene Daten treten immer stärker in den Fokus von öffentlichen und privaten Stellen, die sie in großem Stil erfassen, speichern und verarbeiten. Dabei wird häufig die Sammelwut nur durch die technischen Möglichkeiten begrenzt; ein Ende ist nicht abzusehen. Immer schwerer wird es, der digitalen Technik und der Kapitalisierung von Daten die begrenzte Funktion der Rechte Betroffener entgegenzustellen. Folgerichtig zielen die Forderungen der 88. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder zum größten Teil auf bessere Kontrollinstrumente und -möglichkeiten durch unabhängige Datenschutzbehörden ab.

Die 88. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hat im Einzelnen folgende Entschlüsse gefasst: **1. Effektive Kontrolle der Nachrichtendienste herstellen!**

Die Datenschutzkonferenz fordert die Gesetzgeber dazu auf, die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder sachgerecht auszustatten. Nur so können sie ihrer Kontrollfunktion, die nicht zuletzt vom Bundesverfassungsgericht im Urteil zum Antiterrordateigesetz unterstrichen wurde, nachkommen. Gleichzeitig gilt es, künftig die Datenschutzbeauftragten bei der Überwachung von Nachrichtendiensten zu beteiligen und ihre Expertise zu nutzen.

2. Marktmacht und informationelle Selbstbestimmung

Die deutsche Monopolkommission hat für eine verstärkte Kooperation von Datenschutz- und Wettbewerbsbehörden plädiert. Die Datenschutzkonferenz schließt sich dem an. Zunehmende Unternehmenskäufe vor allem in der Internetwirtschaft, die wachsende Bedeutung von Big Data sowie die Verflechtung von Internet und Smart Home fordern gemeinsame Strategien.

3. Unabhängige und effektive Datenschutzaufsicht ist für Grundrechtsschutz unabdingbar

Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder begrüßt den Gesetzesentwurf der Bundesregierung, der auf eine Stärkung der Unabhängigkeit der Bundesbeauftragten abzielt. Eine unabhängige Datenschutzaufsicht kann jedoch nur erfolgen, wenn der Behörde ausreichende Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere muss sich der stetige Aufgabenzuwachs auch in der personellen Ausstattung widerspiegeln. Das gilt auch gerade für viele Datenschutzbehörden in den Ländern, die oft defizitär ausgestattet sind und damit die Grundrechte Betroffener nur unzureichend schützen können.

4. Recht auf Sperrung von Suchergebnissen bei Anbietern von Suchmaschinen

Die Datenschutzkonferenz be-

grüßt die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Löschung von Treffern in der Suchmaschine von Google als „fundamentalen Beitrag zum Schutz der Persönlichkeitsrechte im Internet“. Das in dem Urteil geprägte „Recht, schwer gefunden zu werden“ muss nun - der globalen Natur des Internet entsprechend - weltweit umgesetzt werden.

5. Datenschutz im Kraftfahrzeug

Moderne Kraftfahrzeuge sind längst auch zu umfassenden Datenspeichern geworden. Fahrverhalten, Aufenthaltsorte und Bewegungen des Fahrers oder der Fahrerin können problemlos ausgelesen, zu gänzlich unterschiedlichen Zwecken verwendet und zu Persönlichkeitsprofilen verknüpft werden. Die Datenschutzkonfe-

renz fordert die Automobilindustrie sowie Händler und Werkstätten dazu auf, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung auch im Kraftfahrzeug zu gewährleisten.

Grundrechtsschutz

Dazu Johannes Caspar, der amtierende Vorsitzende der Konferenz: „Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Dieser ist in der digitalen Welt immer schwerer zu gewährleisten. Datenschutzbehörden stehen öffentlichen und privaten Stellen gegenüber, die oft auf nahezu unerschöpfliche personelle und finanzielle Ressourcen zurückgreifen können. Ein wirksamer Grundrechtsschutz des Einzelnen gegenüber den immer tiefer in das Privatleben eingreifenden Technologien und einer Algorithmisierung unserer Lebenswelt bei der Nutzung digitaler Technologien erfordert gerade auch die Stärkung einer unabhängigen Datenschutzaufsicht in Bund und Ländern sowie eine den wachsenden Herausforderungen angemessene Ausstattung.“

Geprüfte Doppik-Software für Thüringen und Brandenburg

DATEVkommunal pro erhält OKKSA-Zertifikat für beide Bundesländer

Das Softwarepaket DATEVkommunal pro kann nun auch für die spezifischen Vorschriften an Finanzsoftware in den Ländern Thüringen und Brandenburg Rechtskonformität nachweisen. Es ist von der TÜV Informationstechnik GmbH erfolgreich auf die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben nach den Kriterien des OKKSA-Katalogs (Offener Katalog Kommunalen Softwareanforderungen) geprüft worden.

Begutachtet wurden die Module für das kommunale Forderungswesen, die Mittelbewirtschaftung, die Haushaltsplanung, die Finanzrechnung und das kommunale Rechnungswesen. Laut Prüfungsbericht entsprechen die Programme den OKKSA-Anforderungskatalogen „Fachprogramme in der öffentlichen Verwaltung“ Teilbereich: Doppisches Finanzwesen für Thüringen (DP.TH) und „Checklisten zur Prüfung der Programme für das kommunale doppische Haushalts- und Rechnungswesen im Land Brandenburg“ für Brandenburg (TUIV-AG).

Wichtige Hilfe

Der OKKSA-Kriterienkatalog gilt als wichtige Hilfe bei der Be-

schaffung neuer sowie der Beurteilung vorhandener Programme in den Verwaltungen. Entsprechende Zertifizierungen machen den Anwendern deutlich, welche Programme gesetzestreu und praxiserprobt sind.

Die aktuellen Zertifikate über die Einhaltung der spezifischen Anforderungen in Thüringen und Brandenburg ergänzen die bereits bestehenden OKKSA-Zertifikate für die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern. Außerdem kann DATEVkommunal pro über ein Testat der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) Baden-Württemberg die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) nachweisen.

LEW
TelNet

Unser Produkt- und Dienstleistungsportfolio

- > Internet
- > Rechenzentrum
- > Netzwerk
- > Mobiles Arbeiten
- > IT-Sicherheit
- > Standortvernetzung
- > Telefonie

BREITBAND FÜR IHRE KOMMUNE – IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

LEW TelNet zählt zu den führenden Anbietern für Datenkommunikation in Bayerisch-Schwaben. Zu unserem Kerngeschäft zählt die Konzeption und Umsetzung von professionellen Breitbandlösungen für Kommunen. Mit unserem eigenen Glasfasernetz bringen wir den ländlichen Raum mit Höchstgeschwindigkeit ins Internet. Profitieren Sie jetzt von Standortvorteilen für Ihre Kommune.

LEW TelNet – Ihr Datenspezialist vor Ort

www.lewtelnet.de

KGSt®-FORUM 2014 in Dresden:

Nachhaltige Kompetenz

Rekordverdächtig war die Zahl kommunaler Fach- und Führungskräfte, die Dresden jüngst beherbergte. Über 2.300 Teilnehmer aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft, darunter zahlreiche Bürgermeister, Landräte und weitere kommunale Spitzenkräfte, trafen sich beim KGSt®-FORUM 2014. Unter dem Kongressmotto „Wir fördern kommunale Kompetenz“ ging es im ICC drei Tage lang um aktuelle und zukünftige Themen der Kommunalverwaltung.

Veranstalter war die renommierte Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, die sich als Denkfabrik entscheidend um das kommunale Management und damit um das zukünftige Denken in den Rathäusern kümmert. Wie innovativ das sein kann, erlebten die Teilnehmer in rund 80 Veranstaltungen. Unter anderem konnten sie an einer „Fishbowl“ teilnehmen, beim Thema Veranstaltungsmanagement in eine Stadtfestatmosphäre eintauchen oder auf einer „Ideenwiese“ über die Zukunft der Kommunen diskutieren.

Fachprogramm

Nach der Begrüßung durch die Oberbürgermeisterin der Stadt Dresden Helma Orosz und den Verwaltungsratsvorsitzenden der KGSt, Memmingens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, startete das Fachprogramm mit der zentralen Eröffnungsveranstaltung „Brauchen wir für das digitale Zeitalter eine neue Werte-Ordnung?“. Weitere Themen wie „Vom Neuen Steuerungsmodell zum Kommunalen Steuerungsmodell“, „Welche Schlüsselkompetenzen braucht die Verwaltung der Zukunft?“, „Kommunen – genügend wertgeschätzt?“ oder „Psychische Belastungen: Wie können Kommunalverwaltungen damit umgehen?“ waren Publikumsmagnete und hatten bis zu 1.000 Zuhörer. Großen Zuspruch fanden auch alternative Veranstaltungsformen, die das Publikum aktiv einbezogen. Unter dem Titel „Eine Frage der Perspektive: Veranstaltungsmanagement in 360°“ konnten Zuhörende beispielsweise eine Stadtfestatmosphäre nahezu live miterleben.

Themendächer

Namhafte Unternehmen unterstützten die Veranstaltung inhaltlich als Partner von insgesamt acht Themendächern, die gleichzeitig auch die programatische Leitlinie für die Arbeit der KGSt bilden. So stellte unter dem Themendach „Nachhaltige Kommune“ auch das Software- und Beratungsunternehmen INFOMA als erfahrener Lösungsanbieter seine Kompetenz bei den für die Zukunftsentwicklung der Kommunen bedeutenden Themen unter Beweis –, wurden doch die Lösun-

gen des Unternehmens sowohl in fachlicher und technologischer als auch beratender Hinsicht stets unter der Prämisse (weiter)entwickelt, dass für die Verwaltungen die Verpflichtung zu einem zukunfts- und wirtschaforientierten und damit nachhaltigen Handeln besteht. Mit diesem konsequent verfolgten Anspruch, die Kunden bei diesen Bestrebungen zu unterstützen und voranzubringen, hat INFOMA sich in den vergangenen mehr als zweieinhalb Jahrzehnten einen Dauer-Spitzenplatz im kommunalen Markt erobert.

Zukunftsfähige Kommune

Die „Zukunftsfähige Kommune“ erhält sich ihre Handlungsfähigkeit nicht nur durch nachhaltiges Vorgehen. Vielmehr erkennt sie mit professionellen Analysen und Prognosen Zukunftstrends frühzeitig und macht sie zum Inhalt ihrer Strategie. Als lernende Organisation nimmt sie Innovationen und Veränderungen positiv auf und bekennt sich zu einer partizipativen und offenen örtlichen Gemeinschaft. Die KGSt unterstützt die Kommunen dabei, solche Maßnahmen frühzeitig zu planen und umzusetzen, die ihre Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit auf lange Sicht gewährleisten. In diesem Kontext spielen Talente, Technologie und Toleranz ebenso eine Rolle wie zukunftsorientierte und zukunftssichernde Planung, Infrastruktur, Wohnformen und Arbeitsmöglichkeiten.

Strategische Zielplanung

Die Bedeutung von strategischen Themen wie Demografiemanagement, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement wurde von der KGSt in mehreren Arbeitsergebnissen unterstrichen. Die aktuelle Entwicklung, über E-Partizipation und Social-Media mehr Bürger als bisher zu erreichen, wird weiterhin im Fokus der KGSt®-Empfehlungen stehen.

Durch immer schnellere Veränderungszyklen steigen auch die Herausforderungen für die Steuerung der Kommunen. Strategische Zielplanung muss auf einer qualitativ hochwertigen Datengrundlage aufbauen. Führungsinformationssysteme fassen relevante Kennzahlen und Indikatoren

zielgruppenspezifisch zusammen und helfen, unterschiedliche Szenarien zu entwickeln. Dabei integrieren sie nicht nur betriebsinterne Quellen wie solche aus Risikomanagement, Haushalt, Infrastruktur und Demografie, sondern binden auch flexibel relevante externe Quellen wie Statistiken und frei verfügbare Prognosen ein. Die KGSt erarbeitet hierzu Grundlagen und entwickelt Kennzahlen und Indikatoren.

Qualifiziertes Personal

Herausforderungen der Zukunft können nur mit qualifiziertem Personal gemeistert werden. Arbeitsfähigkeit erhalten, Wissen managen, eine Anerkennungskultur etablieren – die Themen sind klar umrissen und erfordern schnelles aber kluges Handeln. Ob es gelingt, die „Schwarmintelligenz“ der Kommunalen Gemeinschaft zu nutzen, wird für eine positive Entwicklung entscheidend sein. Die KGSt wird kommunale Wissensträger vernetzen

und damit eine zukunftssichernde Ausrichtung von Kommunen unterstützen.

Mobile Kommune

Unter einem weiteren Themendach „Mobile Kommune“ wurde darauf hingewiesen, dass E-Mobilität, Breitbandversorgung, elektronischer Personalausweis, E-Government, D115, interkommunale Kooperationen, mobile Endgeräte oder Heimarbeitsplätze nur einige weitere Stichworte sind, wie ein mehr an Mobilität das Leben in den Kommunen und Services in den Verwaltungen verändern könnte. Viele Kommunen seien die ersten Schritte bereits gegangen, unterstützten sich gegenseitig in interkommunaler Kooperation oder suchten den Schulterschluss zur Privatwirtschaft, um Projekte voranzutreiben. Die mobile Welt habe Einzug in die Kommunalverwaltungen gehalten und es gelte, Services weiter auszubauen und die Augen mit Blick auf innovative Entwicklungen nicht zu verschließen.

An dieser Stelle unterstützt die KGSt aktiv den interkommunalen Erfahrungsaustausch und bringt die Beteiligten an einen Tisch. Sie fasst Erkenntnisse zur mobilen Kommune in

Anwenderforum Soziales:

Ein voller Erfolg

In Würzburg fand das erste bundesweite Anwenderforum Soziales für alle Anwender der AKDB-Produkte OK.JUG, OK.SOZIUS-SGB XII und OK.WOBIS statt. Dabei prägten viele Teilnehmer aus Sozial- und Jugendhilfeverwaltungen sowie Wohngeldstellen das Bild des Anwenderforums.

Für ein abwechslungsreiches Tagesprogramm sorgten interessante Vorträge zu fachlichen und gesetzlichen Themen wie zum Beispiel der Vortrag vom Statistischen Bundesamt zur Neuordnung der Grundsicherungsstatistik, Diskussionsforen zu aktuellen Themenstellungen aus der Praxis und die Präsentation der Weiterentwicklung OK.JUS.

Das Angebot zu persönlichen Gesprächen mit ihren AKDB-Kundenberatern nahmen viele Teilnehmer gerne an und auch in den Pausen nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit für lebhaftes Gespräch. Die AKDB bedankt sich für alle konstruktiven Beiträge und Anregungen sowie die zahlreiche Beteiligung und freut sich auf ein Wiedersehen beim Anwenderforum Soziales 2015! Die Vorträge sind im AKDB-Kundenportal unter Aktuelles nochmals zum Nachlesen zu finden. □

Berichten zusammen und versucht, gute Umsetzungsbeispiele bekannt zu machen. In der Planung und in der Umsetzung von Projekten berät und unterstützt die KGSt ihre Mitglieder auf dem jeweils individuellen Weg in die mobile Zukunft.

Neben den Fachveranstaltungen informierten sich die Besucher auf einer Fachaussstellung, die auf den Ebenen des ICC stattfand. Nationale und internationale Unternehmen und Institutionen präsentierten dort innovative Produkte und Lösungen. **DK**



Teamplayer.

Der Bürgerbüro-Arbeitsplatz powered by SYNERGO.

Sachbearbeiterin Monika A. und Kollege Guido S. packen privat gerne mal bei Umzügen von Freunden mit an. Und im Bürgerbüro sind sie dank SYNERGO bei Ummeldungen, Gewerbeanmeldungen und Kfz-Zulassungen ohnehin ein unschlagbares Team.

NEU

Entdecken Sie jetzt die neuen Fachverfahren OK.GEWERBE, OK.JUS, OK.VERKEHR und viele weitere zukunftssichere Lösungen auf Basis SYNERGO.

Ingolstadt mit Portallösung für Online-Kfz-Abmeldung

Ab 1. Januar 2015 wird es in Deutschland gesetzlich möglich sein, sein Auto online abzumelden. Die Online-Außerbetriebsetzung ist die erste Stufe zur internetbasierten Fahrzeugzulassung (i-Kfz).

Die Zulassungsstelle der Stadt Ingolstadt testet nun als erste Behörde gemeinsam mit der AKDB im Rahmen eines Pilotprojekts die Komponenten im Bürgerservice-Portal, bevor sie 2015 bei allen Kunden eingeführt werden.

Die Ausnahmegenehmigung für den Pilotbetrieb der Stadt Ingolstadt wurde vom bayerischen Innenministerium erteilt. Zentrales Element ist das Bürgerservice-Portal der AKDB, das bereits seit Mitte 2011 allen Ingolstädter Bürgern ein umfangreiches Angebot an Online-Bürgerdiensten bereitstellt und nun um die Online-Außerbetriebsetzung ergänzt wurde.

Die dezentrale Portaltechnologie der AKDB erfüllt bereits jetzt die notwendigen Einsatzvoraussetzungen für die sogenannte medienbruchfreie Außerbetriebsetzung und damit für durchgängige Prozesse von A bis Z: Authentifizierung mit der eID-Funktion des neuen Personalausweises, Bezahlung mittels ePayment sowie eine sichere Rückmeldung über die erfolgreiche Aktion per Bürgerkonto an den Bürger. Gleichzeitig testet die AKDB die vom Kraftfahrt-Bundesamt bereitgestellten Webservices, um zum 1. Januar 2015 einen reibungslosen Gesamtbetrieb der ersten Stufe von i-Kfz sicherzustellen. □

www.akdb.de/synergo

akdb
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Anwenderbericht:

Gewerbeverwaltung in der Kreisverwaltung Oberspreewald-Lausitz

Neben Amts-, Gemeinde- und Stadtverwaltungen sind gerade auch Kreise in Brandenburg in ihren Funktionen als Überwachungs- und Aufsichtsbehörde mit der Fallbearbeitung im Gewerbeswesen betraut. Die Kreisverwaltung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz, Senftenberg, hat das Amt für Verbraucherschutz, Ordnung und Landwirtschaft im März 2014 zu diesem Zweck mit der Lösung „GEVE 4 regional“ der EDV Ermtraud GmbH ausgestattet. Insgesamt nutzen 4 Mitarbeiter des Bereiches Gewerbe, sowie 3 aus den Bereichen Lebensmittelüberwachung und Abfallwirtschaft das Verfahren gemeinsam.

Mitarbeiter der Gewerbefachaufsicht lesen die Gewerbemeldungen, die 11 kreisangehörige Städte, Gemeinden und Ämter elektronisch bereitstellen, automatisiert per Sammelimport ein. Um- und Abmeldungen werden zugehörigen Bestandsmeldungen zugeordnet. Dadurch steht sowohl der Gewerbefachaufsicht als auch den nachgelagerten Bereichen innerhalb der Kreisverwaltung ein einheitlicher zentraler Datenbestand ohne Redundanz zur Verfügung.

Insgesamt profitieren in der Kreisverwaltung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz 7 Mitarbeiter von GEVE 4 regional. Zwei übernehmen aktiv die Gewerbe-, Um- und Abmeldungen ins System. Sie setzen damit frei von Medienbrüchen den extern eröffneten digitalen Workflow intern fort. Je zwei Lesearbeitsplätze existieren zusätzlich im Bereich der Gewerbefachaufsicht und der Lebensmittelüberwachungsbehörde. Die Abfallwirtschaft greift lesend mit einem Sachbearbeiter zu.

Sie nutzen die freie Suchmöglichkeit über alle Einzelmerkmale der Gewerbemeldungen (Namen, Adressen, Kontaktdaten, Personen, Tätigkeitsschlüssel usw.). Für regelmäßig wiederkehrende Auswertungen stehen individuell speicherbare und reproduzierbare Selektionskriterien zur Verfügung, so dass per einfachem Mausklick

z. B. nach lebensmittelrechtlich oder Schwarzarbeit relevanten Branchen wie Gastronomie oder Baugewerbe gefiltert wird. In anderen Bundesländern spielt zusätzlich die Auswertung nach Geldwäschegezet-Relevanz eine Rolle.

Die Grundlage des reibungslosen Workflows liegt in der Verwendung des bundeseinheitlichen Standardformates DatML/RAW, wodurch GEVE 4 der neuen Gewerbeanzeigenverordnung (GewAnzV), verbindlich ab 1.1.2015, entspricht. Für eine Übergangsphase werden noch Meldungen im auslaufenden Edifact-Standard angenommen.

Stellvertretend für den Fachbereich „Gewerbefachaufsicht“ konstatiert Frau Schertzberg: „Bei ca. 140 Meldungen im Monat, die wir von unseren Städten, Ämtern und Gemeinden übermittelt bekommen, beschleunigen sich Übernahme und Prüfungsprozesse spürbar.“

Für den pflegeleichten Einsatz auf Systemen der Verwaltung vor Ort zeichnet die kreiseigene EDV-Betreuung verantwortlich. Optional ist das Hosting beim Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) möglich, der am 24.11.2014 einen Infotag zum Thema Gewerbeswesen für Städte, Gemeinden und Kreise veranstaltet.

Info: www.edv-ermtraud.de □

„Moderner Staat“ und „Moderne Kommune“:

Gemeinsame Leitveranstaltung für den Public Sector

Von der eVergabe bis zu eAkte, von der App bis zum digitalen Behördenangang - die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung setzt sich unvermindert durch. Einen zusätzlichen Schub erhält die Entwicklung durch die von der EU ab 2016 geforderte elektronische Vergabepaxis. Sie wird weitreichende Investitionen in ITK-Produkte erfordern. Das unterstreicht auch „Moderner Staat“. Die diesjährige Kongressmesse (2./3. Dezember im Estrel Convention Center Berlin) widmet Europa deshalb einen besonderen Schwerpunkt im Kongressprogramm.

„Allein in Deutschland sind von der EU-Richtlinie zur elektronischen Vergabepaxis rund 30.000 Beschaffungsstellen bei Bund, Ländern und Kommunen betroffen“, rechnet Franz-Reinhard Habbel, der Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Entsprechend weitreichend sind die notwendigen Investitionen in die ITK-Struktur auf allen Verwaltungsebenen.

Nach Angaben des Hightech-Verbandes Bitkom gaben Bund, Länder und Kommunen bereits im abgelaufenen Jahr 20,4 Milliarden Euro für den Ausbau ihrer Informations- und Kommunikationstechnik aus.

Die Herausforderungen, die daraus resultieren, sind ein zentrales Thema der diesjährigen Kongressmesse „Moderner Staat“, die bereits zum 18. Mal als Leitveranstaltung für den Public Sector stattfindet. Hatte sich „die Mutter aller Public-Sector-Messen“, so Projektleiter Daniel Schäfer, bislang auf die Verwaltungs- und Kommunikationspyramide aus Bund, Ländern und Gemeinden konzentriert, so steht in diesem Jahr verstärkt die europäische Perspektive auf der Agenda. Für Daniel Schäfer eine logische Konsequenz: „Speziell im Kongressprogramm steht der internationale Er-

fahrungsaustausch und die Europäisierung von Dienstleistungsstandards und -normen im Vordergrund.“ So lautet das Leitthema der Vorträge und Diskussionen im Fachkongress: „Für moderne Verwaltung in Europa: Die europäische Integration als Chance und Herausforderung für den öffentlichen Sektor.“

Erweitertes Kompetenzfeld

Neben dem zentralen Thema Europa baut „Moderner Staat“ sein Kompetenzfeld auch im kommunalen Sektor weiter aus. Das sieht der vor vier Monaten mit der Exxpoevent GmbH geschlossene Kooperationsvertrag vor. So wird erstmals parallel die „Moderne Kommune“ stattfinden, die von Exxpoevent veranstaltet wird und speziell Entscheider in der Kommunalverwaltung adressiert.

Erklärtes Ziel der Kooperation sei es, einer Zersplitterung des Veranstaltungsmarktes im Public Sector entgegenzuwirken. „Bund, Länder und Kommunen brauchen eine möglichst starke, zentrale Veranstaltung für den übergreifenden Dialog. Diesem Ziel sind wir mit der Zusammenarbeit ein Stück näher gekommen“, erklärt Daniel Schäfer und Claus Hähnel, Ge-



Bei den Feuerwehren des Marktes Fischach hat das digitale Funkzeitalter begonnen. Zweiter Bürgermeister Michael Menner, stellvertretender Kommandant Michael Fischer, Kommandant Stefan Scholz und Bürgermeister Peter Ziegelmeier (von links) testen die neue Technik. Foto: Walter Kleber

Feuerwehren des Marktes Fischach:

Vorreiter bei der Umstellung auf Digitalfunk

„Leitstelle Augsburg von Florian Fischach kommen!“ – Klar und deutlich, ohne das bisher gewohnte Knacken und Rauschen in der Leitung, kommt dieser Funkspruch aus den Stauden künftig in der Einsatzzentrale bei der Augsburger Berufsfeuerwehr an.

Eine Vorreiterrolle bei der Umstellung des bisher analogen (und sehr störanfälligen) Funkverkehrs auf die neue, zukunftsweisende BOS-Digitalfunktechnik nehmen die sieben Feuerwehren des Marktes Fischach ein. In den vergangenen Wochen wurden in allen Gerätehäusern und Einsatzfahrzeugen die neuen Funkgeräte installiert. Die Marktgemeinde ist damit eine der ersten im ganzen Landkreis, die ihre Wehren komplett auf den digitalen Funkverkehr umgerüstet hat.

Projektleiter war Stefan Scholz, der Kommandant der Feuerwehr Fischach, der in enger Abstimmung mit der Verwaltung im Rathaus, den Kommandanten der Ortsteilfeuerwehren und der beauftragten Fachfirma die Umstellung nicht nur für seine Wehr, sondern auch für alle sechs Ortsteilwehren (Siegershofen, Tronethofen-Itzlishofen, Willmatshofen, Wollmetschhofen, Aretsried und Reitenbuch) mit Fachkompetenz und viel Herzblut organisiert und betreut hat.

Die bayernweite Einführung der Digitalfunktechnik hatte sich immer wieder verzögert. Doch seit Mai 2014 läuft in den ersten Regionen der erweiterte Probetrieb, an dem als eine der ersten auch die Augsburger Leitstelle teilnimmt. Zu ihr gehören die Stadt Augsburg und die umliegenden Landkreise Augsburg, Aichach-Friedberg, Dillingen und Donau-Ries.

Während der Freistaat Bayern für die Errichtung der Funkmasten zuständig ist, müssen die Gemeinden den Kauf und den Einbau der neuen Technik in Gerätehäuser und Fahrzeuge selber übernehmen. Stellt im gesamten Landkreis Augsburg – immerhin der drittgrößte in ganz Bayern – bisher lediglich vier so genannte Relais-

schaftsführer der Exxpoevent GmbH.

Jeder vierte Messe- und Kongressbesucher kam im vergangenen Jahr aus der Kommunalverwaltung (27 Prozent), gefolgt von Fach- und Führungskräften aus den Verwaltungen der Länder (21 Prozent) und des Bundes (15 Prozent).

Bei den Partnern von „Moderner Staat“, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB), der Zeppelin Universität Friedrichshafen, dem Bitkom e.V. und der Prognos AG, stößt der Zusammenschluss auf breite Zustimmung: „Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt die Kooperation und den weiteren Reformprozess von „Moderner Staat“, so Franz-Reinhard Habbel, Sprecher des DStGB.

Weitere Info unter: www.moderner-staat.com □

stationen den in seiner Qualität oft schwankenden analogen Funkverkehr sicher, so wurden für die neue Digitalfunktechnik 15 neue Basisstationen (Funkmasten) errichtet. „Damit ist jetzt endlich auch in den Stauden das Zeitalter der nervigen Funklöcher Geschichte“, freut sich Stefan Scholz. Denn je nach Standort und Wetterlage brach der Funkverkehr aufgrund der topografischen Bedingungen in den Staudentälern oft komplett zusammen. „Ein Ärgernis, das uns bei Einsätzen mitunter schwer zu schaffen machte!“

Zumindest in Fischach ist beim Funkverkehr jetzt das neue Zeitalter angebrochen. In den vergangenen Wochen wurden im gesamten Gemeindegebiet elf Fahrzeugfunkgeräte (vier davon in Fischach) und 57 Handsprechfunkgeräte (21 davon in Fischach) eingebaut. Hinzu kommt noch die Feststation im Kommandoraum des Fischacher Gerätehauses. Bis zum Jahresende sollen der Probetrieb im Bereich der Augsburger Leitstelle abgeschlossen und alle Feuerwehren umgerüstet sein.

Bis es soweit ist, fahren die Fischacher Brandschützer noch „zweigleisig“. Parallel zur neuen Technik verbleiben auch noch die alten analogen Geräte in den Fahrzeugen. Stefan Scholz: „Feuerwehren im Grenzgebiet zu benachbarten Leitstellen, die mit der Umrüstung noch nicht so weit sind, müssen noch länger beide Techniken vorhalten, um bei einem größeren, grenzübergreifenden Notfall die Kommunikation mit den Kollegen im Nachbarlandkreis sicher zu stellen.“ So wird die Umstellung im Bereich der Nachbar-Leitstelle in Krumbach (für den Landkreis Günzburg) erst in zwei Jahren abgeschlossen sein.

Gemeinsam mit Kreisbrandmeister (KBM) Josef Heine hat Stefan Scholz in den zurück liegenden Wochen an zahlreichen Abenden über hundert Teilnehmer aus den Reihen der Fischacher Wehren in der neuen Funktechnik geschult und in die Bedienung der Geräte eingewiesen. Als nächstes folgen die Wehren der Verwaltungsgemeinschaft Stauden. Die Kosten der Umrüstung belaufen sich für den Markt Fischach auf rund 85.000 Euro. 25.000 Euro davon sollen als Zuschuss vom Freistaat Bayern noch heuer in die Gemeinkasse zurück fließen. Während die Umstellung auf den digitalen Funkverkehr also (endlich) gut voran kommt, erfolgt die Alarmerung im Ernstfall noch mindestens zwei Jahre lang analog. Stefan Scholz: „Bis neue Funkmelder und Sirenen installiert sind, dauert es noch.“ wkl

Neues Modul Rechnungseingang:

Mehr Effizienz im Rechnungslauf

Das neue Modul Rechnungseingang in CIP – Archiv von komuna vereinfacht die Organisation für den gesamten Rechnungslauf. Vom Posteingang bis zum Kassenvollzug wird der Workflow in allen Stufen transparent abgebildet und effizient unterstützt.

Das neue Modul Rechnungseingang ermöglicht einen komplett elektronischen und damit schnellen und transparenten Rechnungslauf. Vom Einscannen der Eingangsrechnung bis hin zu einem gesicherten Kassenvollzug werden alle Bearbeitungsstufen abgebildet. Neben der Kosteneinsparung in der Rechnungsbearbeitung werden auch finanzielle Vorteile durch optimale Skonto-Überwachung erzielt. Die Erfahrung aus dem praktischen Einsatz zeigt: Die generelle Qualität der Kontierungen steigt. Ein effizientes Verwaltungswerkzeug, mit dem die Lösung CIP – Archiv perfekt ausgebaut wird.

Workflow für die Kommune

Zugleich passt sich der Workflow höchst flexibel den spezifischen organisatorischen Gegebenheiten der Kommune an. So wird neben der zentralen auch die dezentrale Buchungsvariante unterstützt. Kontierungs- und Buchungsrechte lassen sich für die einzelnen Mitarbeiter individuell definieren.

Die korrigierbare Vorkontierung ist unabhängig vom Buchungsstil (kameral oder doppisch) verfügbar und kann frei konfiguriert werden. Rechnungsprüfungsämter, örtliche und überörtliche Rechnungsprüfungen sowie auch andere Anlaufstellen für die Rechnung lassen sich gewohnt einfach in den Workflow einbinden. Alle Funktionen erfolgen dabei selbstverständlich unter Berücksichtigung des definierten Datenschutzes.

Für die Mitarbeiter, die in den Rechnungslauf eingebunden sind, bietet das Modul erhebliche Vorteile: Ab dem Einscannen besteht Auskunftsfähigkeit zum Vorgang. Die Erfassung zeitkritischer Sachverhalte (z. B. Skontofristen), Plausibilitätsprüfungen (ist die Rechnung schon erfasst?) und Kommentarmöglichkeiten (oh-

ne Veränderung am Dokument) erleichtern ebenso die tägliche Arbeit wie Stapelbearbeitung und digitale Signatur. Dem Vorgang können jederzeit weitere Dokumente (z. B. Lieferschein) hinzugefügt werden. Und über die Möglichkeit der externen Dokumentenanzeige können die Dokumente auch auf einem zweiten Bildschirm dargestellt werden.

Selbstverständlich unterstützt werden die Funktionen aus dem Anordnungswesen (z. B. MwSt. und Belegaufteilung). Die integrierte Mittelbewirtschaftung und die ebenso enthaltene Auftragsverwaltung runden das Paket ab. Über den eigentlichen Rechnungslauf hinaus bietet das Modul die Integration zusätzlicher Funktionen von CIP – KD. Dazu gehören die Inventarverwaltung und / oder die Anlagenbuchhaltung sowie die Kosten- und Leistungsrechnung in den verschiedenen Ausprägungen.

Integriertes System in CIP – KD

- Vollständiger Zugriffsschutz (auch individuell auf Bediener-ebene)
- Verschiedene Signaturvarianten in den Bearbeitungsstufen möglich (einfache und qualifizierte Signatur auch in Kombination möglich)
- Standardauswertungen mit entsprechenden Selektionsmöglichkeiten
- Sichere Kassenverarbeitung – nur möglich, wenn die festgelegten Signaturen vorgenommen sind
- Die Verarbeitungsschritte werden dokumentiert und können auch auf den elektronischen Anordnungen aufgezogen werden
- Stapelverarbeitungsprogramme
- Plausibilitätsprüfungen (z. B. Rechnung bereits eingestellt)
- Automatische Integration von elektronischen Rechnungseingängen
- Erweiterter Datenschutz. □

DATABUND-Forum 2014

Wird der Staat seiner Aufgabe noch gerecht, das Gemeinwesen und die öffentliche Ordnung zu organisieren? Handeln Exekutive und Legislative noch in unmittelbarem Bürgerinteresse? Bringt E-Government Bürger und Verwaltung näher zueinander? Das vierte DATABUND-Forum hat sich in Köln mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt. Dabei ging es sowohl um eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation des digitalen Miteinanders von Staat und Gesellschaft als auch um Perspektiven für die Zukunft.

So entwarfen Thomas Langkabel (Microsoft Deutschland GmbH) und Franz-Reinhard Habbel (DStGB) sehr lebendige Skizzen von den zum Teil gravierenden Veränderungen unserer Lebenswirklichkeit durch die Digitalisierung der Alltags- und Arbeitswelt. Darauf müsse der Staat dringend Antworten finden.

eGovernment-Monitor

Lena-Sophie Müller (Initiative D21) stellte den eGovernment-Monitor 2014 vor, deren Ergebnisse kontrovers diskutiert wurden und die gewaltigen Kommunikationsdefizite zwischen Staat und Bürger deutlich machten. Lars Lensdorf (RA, Heymann & Partner) und Prof. Dr. Jörn von Lucke (Zeppelin Universität Friedrichshafen) beleuchteten juristische und wissenschaftliche Aspekte von Bürgerbeteiligung und Open Government. Insbesondere konsequentes, offenes Regierungshandeln biete enorme Chancen, das Wissen und die Fähigkeiten der Menschen zu bündeln und zum Wohle der Allgemeinheit einzusetzen.

Interaktiv und spielerisch zeigte Jens Fromm (ÖFIT, Fraunhofer FOKUS) den Teilnehmern am Beispiel des Projektes „Digitales Bürgerkonto“, dass sich die politische Willensbildung und das Regierungshandeln weit mehr als bisher an der Lebenswirklichkeit des Bürgers orientieren muss.

„Das diesjährige DATABUND-Forum machte deutlich“, so resümierte Ulrich Schlobinski (Vorsandsvorsitzende des DATABUND), „dass Deutschland die Möglichkeiten beim kommunalen E-Government bisher völlig unzureichend nutzt. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die oft fehlende Ausrichtung des politischen Handelns am Bürgerwillen und am tatsächlichen Nutzen sowohl für die Kommunalverwaltung als auch für den Bürger selbst. Statt sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen in einer zunehmend digitalisierten Welt zu orientieren, versanden so große Investitionen in technikgetriebenen und unausgereiften Projekten wie Elena, EU-Dienstleistungsrichtlinie oder aktuell dem Digitalen Bürgerkonto.“ □

Staatsminister Herrmann fordert mehr Wohnungsbau

70.000 neugebaute Wohnungen pro Jahr als Ziel
Verbesserung der Investitionsbedingungen - Hohe Wohnraumförderung

Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann möchte noch mehr Wohnungsbau im Freistaat. Das hat der bayerische Bauminister auf der Fachtagung „VdW im Dialog 2014“ des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen e. V. in Reit im Winkl deutlich gemacht.

Sein Ziel sind rund 70.000 neugebaute Wohnungen pro Jahr in Bayern. „Wir brauchen insbesondere mehr bezahlbaren Wohnraum“, so Herrmann. „Leider sind die Baugenehmigungszahlen nicht wie erhofft stärker gestiegen.“ So liegt die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnraum in Bayern von Januar bis August 2014 nur bei 38.337, einem leichten Plus von 0,7 Prozent.

Maßnahmen

Herrmann hofft, dass die insgesamt 56.036 Wohnungsbaufreigaben 2013 am Jahresende 2014 übertroffen werden. Zur Ankurbelung des Wohnungsbaus setzt der bayerische Bauminister vor allem auf eine Verbesserung der Investitionsbedingungen und eine hohe

Wohnraumförderung. Herrmann fordert insbesondere die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung für Mietwohnungsneubauten, die gerade den freifinanzierten Wohnungsbau beflügeln könnte.

Wohnraumförderung

Einen wichtigen Beitrag zu mehr Wohnungsbau in Bayern leistet laut Herrmann die staatliche Wohnraumförderung. Hier sei es gelungen, die Mittelansätze in den letzten Jahren auf einem im Ländervergleich hohen Niveau zu halten. 2012 standen 205 Millionen Euro und 2013 210 Millionen Euro zur Verfügung. „2014 haben wir die Wohnraumfördermittel sogar auf 260 Millionen Euro aufgestockt“, betonte Herrmann. „Zu-

dem haben wir 2014 die Mittel für die Förderung von Studentenwohnraum auf die Rekordsumme von 27,5 Millionen Euro erhöht.“



Joachim Herrmann.

Bayern habe auch die Wohnraumförderbestimmungen wiederholt verbessert, erläuterte der Bauminister. Dazu zählt unter anderem die einkommensorientierte Förderung

mit höheren Kostenobergrenzen sowie die aufwendungsorientierte Förderung mit günstigen Finanzierungskonditionen gerade für den ländlichen Raum.

Vereinfachungen

Wie Herrmann betonte, habe der Freistaat in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass Bauen in Bayern vereinfacht wird. Das betreffe beispielsweise das baurechtliche Genehmigungsverfahren. Nur noch Sonderbauten unterliegen der umfassenden Prüfung durch die Bauaufsichtsbehörden. „Außerdem haben wir die Entscheidung, ob Stellplätze tatsächlich bereitgestellt werden müssen, weitgehend in die Hände der Kommunen gelegt“, so der Bauminister. „Zudem können wir jetzt im Einvernehmen mit dem bayerischen Finanzministerium eine Änderung der Förderbestimmungen auf den Weg bringen, damit unsere Wohnraumförderung von der zwingenden Anwendung des Vergaberechts ausgenommen wird.“

Ausweisung von Bauland

Abschließend appellierte Herrmann an die Kommunen, schnell dringend notwendiges Bauland auszuweisen. Für Ballungsräume seien dazu abgestimmte kommunale Siedlungsstrategien sinnvoll. „Damit Investoren in Bayern bessere Rahmenbedingungen als anderswo vorfinden, sind wir beispielsweise ganz bewusst nicht dem bundesweiten Trend zu höheren Grunderwerbsteuersätzen gefolgt“, so der Minister. Der Grunderwerbsteuersatz liegt in Bayern bei konstant niedrigen 3,5 Prozent, während beispielsweise seit Anfang 2014 in Berlin sechs Prozent und in Schleswig-Holstein sogar 6,5 Prozent zu bezahlen sind. □

bbiv-Präsident Josef Geiger:

Klares Signal für dauerhaft hohe Bauinvestitionen setzen!

München. „Eine verlässliche Mindestinvestitionsquote in den öffentlichen Haushalten ist der beste Weg, um für unsere Zukunft vorzusorgen, um unsere Infrastruktur zu erhalten und, nicht zuletzt, um die Wirtschaft zu beleben“, sagte Dipl.-Ing. Josef Geiger, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, angesichts der zunehmenden Befürchtungen einer drohenden Konjunkturabschwächung.

Eine gesetzlich festgeschriebene Mindestinvestitionsquote von 15 % fordert der Bayerische Bauindustrieverband seit mehr als einem Jahrzehnt: „Jeder Politiker kennt mittlerweile unsere Forderung. Aber umgesetzt ist sie noch immer nicht. In der Haushaltspraxis regieren weiterhin die konsumtiven Ansprüche.“

Deswegen brauchen wir einerseits eine gesetzlich vorgeschriebene Mindestinvestitionsquote, so Geiger, als Gegengewicht zu den konsumtiven Ansprüchen, die durch die Leistungsgesetze festgeschrieben sind. Der wichtigste Grund ist jedoch: „Dauerhaft hohe Bauinvestitionen bilden das Fundament der Wirtschaft. Sie sichern unsere Zukunft und unseren Wohlstand. Und sie stabilisieren und stimulieren die Wirtschaft.“

Bauinvestitionen wirken, so Geiger, positiv auf den Arbeitsmarkt: „1 Milliarde Euro Baunachfrage sichert insgesamt 25.000 Arbeitsplätze.“ Zudem haben Bauinvestitionen einen hohen Multiplikatoreffekt: „10 Milliarden Euro Baunachfrage schaffen über die Folgewirkungen insgesamt 25 Milliarden Euro Gesamtnachfrage. Durch das Bauen entstehen nämlich Einnahmen und Einkommen, die wieder Nachfrage erzeugen.“

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um eine Mindestinvestitionsquote von 15 % in allen öffentlichen Haushalten festzuschreiben, so Geiger: „Das Geld ist da, die Steuereinnahmen sind rekordhoch und sie werden weiter steigen. Das wird eine mögliche Konjunkturabkühlung nicht grundsätzlich ändern. Jetzt müssen wir ein klares Signal für eine nachhaltige Investitionsorientierung der öffentlichen Haushalte setzen.“

Abschließend ermahnte Geiger die Politik, immer darauf zu achten, wirtschaftliches Handeln zu erleichtern und zu fördern, aber nicht zu behindern oder gar zu verhindern: „Manchmal habe ich den Eindruck, einige wollen gerade wieder die Belastungsgrenze der Wirtschaft austesten. Die geplanten Aufzeichnungspflichten nach dem neuen Mindestlohngesetz auch für unsere Führungskräfte am Bau sind vollkommen überflüssig. Wir haben am Bau ohne einen solchen bürokratischen Wust seit über einem Jahrzehnt unsere eigenen Mindestlöhne für die Angestellten nämlich problemlos bewältigt.“ □

„Nie war Bausparen so attraktiv wie heute“

LBS-Chef Dr. Franz Wirnhier: Zinsen haben sich in fünf Jahren nahezu halbiert

Regensburg. (osr) „In der mehr als 80-jährigen Geschichte der Landesbausparkasse gab es nie niedrigere Zinsen.“ Vorstandschef Dr. Franz Wirnhier zeigte sich bei der Jahresbilanz im Regensburger Presseclub stolz, dass sein Institut mit 1,6 Millionen Kunden und acht Milliarden Euro Neugeschäft nach wie vor die führende Bausparkasse im Freistaat sei. „Bausparen ist angesichts historisch niedriger Zinsen das ideale Instrument, um den Erwerb und Erhalt von Wohnimmobilien zu finanzieren und das aktuelle Zinsniveau langfristig zu sichern.“

Die wachsende durchschnittliche Bausparsumme sei ein Beleg dafür, dass eine ansteigende Zahl von Verträgen bereits beim Abschluss unmittelbar mit einer konkreten Immobilienfinanzierung verbunden sei. Die derzeitigen Zins-Chancen, die Finanzierungen erleichtern, wollten viele Menschen nutzen, sagte der LBS-Chef. Gerade im Raum Regensburg, so sagen es die LBS-Zahlen, bleibe die Nachfrage nach Wohnimmobilien extrem hoch.

Hohe Nachfrage

In der Oberpfalz habe die Sparkassen-Immo, die gemeinsame Maklergesellschaft von LBS und Sparkassen, in diesem Jahr bereits Kaufimmobilien im Wert von 90 Millionen Euro vermittelt; anders ausgedrückt waren dies 742 Objekte bis Ende September. Bayernweit spricht die LBS von 8.000 Objekten in diesem Zeitraum und einem Wert von 1,5 Milliarden Euro. Wirtschaftsstärke und Zins-tief begünstigten die hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien.

Dämpfend, so Wirnhier, wirke sich im Immobiliengeschäft dagegen das vergleichsweise geringe

Angebot aus. So sei die Zahl der Baufertigstellungen beispielsweise in Regensburg auf lediglich 418 Wohneinheiten im vergangenen Jahr massiv zurückgegangen. Deshalb sei festzuhalten: „In der boomenden Region Regensburg wäre für deutlich mehr Neubau eine Nachfrage vorhanden.“ Allerdings gebe es inzwischen genehmigte Großprojekte wie etwa am früheren Rangierbahnhof, auf dem Gelände der ehemaligen Zuckerfabrik oder am Donau-markt.

Gestiegene Kaufpreise

Die Folge: Hohe Nachfrage und begrenztes Angebot haben die Kaufpreise im vergangenen Jahr bayernweit erneut steigen lassen. „In der Oberpfalz kostete ein gebrauchtes Eigenheim durchschnittlich 7,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.“ Wirnhier spricht von 300.000 bis 800.000 Euro, die heute neue Doppel- und Reihenhäuser in der Stadt Regensburg kosten, wobei Objekte in bevorzugten Lagen nicht unter 450.000 Euro zu finden seien. Bei neuen Eigentumswohnungen müsse man sich in Regensburg auf 3.000 bis

5.500 Euro pro Quadratmeter einstellen. Die LBS hat auch Hochrechnungen für die kommenden Jahre angestellt und kommt zu dem Ergebnis, dass im Raum Regensburg die Wohnflächennachfrage bis 2030 um rund ein Viertel zunehmen wird.

Bayern ist die Nummer eins beim Bausparen

Der LBS-Chef konstatiert, dass der Bausparkmarkt in Bayern nie zuvor so groß war wie im vergangenen Jahr. Alle Bausparkassen hätten neue Verträge über 21,6 Milliarden Euro vermittelt. „Damit ist Bayern im Vergleich aller Bundesländer die Nummer eins beim Bausparen.“ Die LBS sei daran mit 230.000 neuen Verträgen und einer Bausparsumme von über acht Milliarden Euro beteiligt. In Stadt und Landkreis Regensburg wurde sogar ein Rekordniveau erreicht: 4.266 Verträge mit einer Summe von 181 Millionen Euro.

Vorsorge für späteren Immobilienkauf

„Es zeigt sich, dass viele Menschen auf das LBS-Bausparen setzen, um für einen späteren Immobilienkauf vorzusorgen, um sofort Haus oder Wohnung zu finanzieren oder um für eine Renovierung ihres Eigenheims gerüstet zu sein“, sagt Wirnhier. In der Oberpfalz seien 156.000 Menschen Kunden der LBS Bayern, in Stadt und Landkreis Regensburg seien es 34.000.

Neue Tariffamilie

Im Mai hat die LBS Bayern eine neue Tariffamilie eingeführt und so die Zinsen nochmals gesenkt. Wirnhier: „Jetzt sind für Renovierungsvorhaben auspardarlehen ab einem Nominalzins von 1,5 Prozent zu haben. Für klassische Baufinanzierungen sind Nominalzinsen ab 2,2 Prozent möglich. Konditionen, von denen man vor einiger Zeit nur träumen konnte.“ Zur Zusammenfassung vom Wert des Bausparens zitiert Dr. Wirnhier die Finanztest-Verbraucherschützer: „Diese Sicherheit bietet kein anderes Finanzprodukt.“ □



LBS-Vorstandsvorsitzender Dr. Franz Wirnhier (links) und sein Pressesprecher Joachim Klein berichteten im Regensburger Presseclub über das Bauspargeschäft in Bayern. Bild: osr

Jetzt zinslos energetisch sanieren

Ohne Zinsen und mit optionalen Tilgungszuschüssen

Nutzen Sie den aktuell zinslosen **Energiekredit Kommunal Bayern** zur energetischen Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude. Speziell geeignet auch für denkmalgeschützte Objekte. Näheres erfahren Sie unter www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004. (Zinssatz: 23.10.2014)

Das Förderinstitut der BayernLB

Auftaktkonferenz in Berlin:

Nationale Plattform Zukunftsstadt

Wie sieht die Stadt der Zukunft aus? Repräsentanten aus den kommunalen Spitzenverbänden, dem Bund, den Ländern, der Wissenschaft und Wirtschaft haben im Jahr 2013 eine gemeinsame Initiative gestartet, um dieser Frage wissenschaftlich nachzugehen. Bei der ersten Fachkonferenz der Nationalen Plattform Zukunftsstadt in Berlin präsentierten Experten der Plattform ihre Ergebnisse. Diese wiederum fließen in die Strategische Forschungs- und Innovationsagenda für die zukunftsweisende Entwicklung von Städten und Gemeinden ein, die 2015 an die Bundesregierung übergeben wird.

Nach den Worten von Dr. Inge Paulini, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), verdient die Zukunftsstadt ihren Namen nur, wenn sie nachhaltig ist.

Dazu müsse sie in eine nachhaltige Entwicklung weltweit eingebettet sein. Viele der globalen Megatrends gingen jedoch immer schneller in die falsche Richtung – siehe Zerstörung der natürlichen Umwelt, Verknappung fruchtba-

rer Landflächen, ungebremster Klimawandel durch steigende Treibhausgasemissionen, Versauerung der Weltmeere durch CO₂-Emissionen, Entwicklungsprobleme (Ernährung, Gesundheit und Hygiene, Bildung) und rasante Zunahme der Verstädterung.

Paulini zufolge ist die Menschheit zu einer geologischen Kraft geworden. Für nachhaltige Entwicklung brauche es eine große Transformation; diese müsse sofort angegangen werden: „Je später, desto teurer und schwieriger wird sie.“

Such- und Lernprozess

Eine Anleitung für die große Transformation existiere freilich nicht, räumte die Generalsekretärin ein. Da es noch keine klimaneutrale Modell-Stadt (lowcarbon-city) gibt, werde ein gesellschaftlicher Such- und Lernprozess benötigt. Hierbei nehme die Forschung eine zentrale Rolle ein.

Wie Prof. Hans Ferkel, ThyssenKrupp AG darlegte, stelle sich der Technologiekonzern im Zuge der Innovationsplattform Zukunftsstadt die Frage, welchen Beitrag Technologie für das urbane Leben leisten kann. Bis 2050 werden mehr als 2,5 Milliarden Menschen zusätzlich in Städten leben. Diese drängen auf ein begrenztes Angebot an Raum und dies führt zu allseits bekannten Problemen der urbanen Mobilität, wie Platzmangel, Staus, gemeinsame Verkehrswege und Engpässe im Nahverkehr. Zur Behebung des Kapazitätsengpasses benötigen Städte intelligente, zusätzliche Transportwege, die auf gewachsene Strukturen Rücksicht nimmt.

Neue Wege gehen

Die etablierten Herangehensweisen an das Thema Infrastruktur besäßen Nachteile in verschiedenen Dimensionen. Massive Bauwerke wirkten bedrückend und beengend, erschwinge Lösungen seien häufig nicht harmonisch in das Stadtbild integriert und lange Baustellenzeiten führten zu Zeitverlusten und Nachteilen für die lokale Wirtschaft. Auch das Thema Um- und Rückbau werde, bezogen auf den kompletten Lebenszyklus eines Bauwerks, zu selten berücksichtigt, monierte Ferkel.

Lösungen lägen nicht allein im technischen Bereich, sondern auch im Sozialen, Politischen und Rechtlichen. Für ThyssenKrupp als Technologiekonzern spiele aber die Ingenieurkunst, das heißt, das fundierte Wissen und die Kreativität seiner Ingenieure in innovative Produkte und Lösungen umzusetzen, eine wichtige Rolle. Dazu gehöre, neue Wege zu gehen und der Wille, einen Schritt weiter zu denken. Ferkel plädierte in diesem Zusammenhang dafür, „Lösungen anzubieten, die es auch einer alternden Bevölkerung erlauben, am täglichen Leben teilzuhaben, in dem sie unterstützend und erleichternd wirken“.

ÖPNV-Nutzung steigern

Vor dem Hintergrund, dass Zeit in der Gesellschaft gefühlt ein immer wertvolleres Gut wird, gelte es insofern auch, Personenströme noch besser und zielgerichteter in den öffentlichen Verkehr zu integrieren. Fahrsteige ermöglichen die schnelle, kontinuierliche Beförderung von Personen – ohne Wartezeiten und auf immer größeren Distanzen. Zum Beispiel an Flughäfen oder als Anbindung zu Knotenpunkten des öffentlichen Personennahverkehrs. Integriert in

den öffentlichen Verkehr könnten die Lösungen dazu dienen, die Nutzung des ÖPNV zu steigern und die Akzeptanz zu verbessern.

Bei der Frage, wie über den kompletten Lebenszyklus Umweltverträglichkeit und geringe Kosten gewährleistet werden können, gehe es um mehr als einen niedrigen Anschaffungspreis, sondern auch um geringen Wartungs- und Erhaltungsaufwand, fuhr Ferkel fort. Schon bei der Planung müssten recycelbare Bauweisen und Werkstoffe berücksichtigt werden. Die Möglichkeit, flexibel auf Änderungen der Nutzerbedürfnisse agieren zu können, zum Beispiel durch Rückbaubarkeit, sei eine wesentliche Herausforderung für mehr Nachhaltigkeit. Es gelte dabei auch über neue Geschäfts- und Betreibermodelle nachzudenken, die eine passende Finanzierung ermöglichen.

Infrastrukturkonzept

ThyssenKrupp hat sich laut Ferkel mit den verschiedenen Herausforderungen auseinandergesetzt und diese im Infrastrukturkonzept InnoCity zusammengeführt. Ausgehend von einer exemplarischen Stadt mit bestehender Bebauung wurden verschiedene Szenarien vom Radverkehr bis zum intelligenten und autonomen Fahrzeug vorgedacht. „Bei der Konzeption des Herstellungsprozesses haben wir uns die Möglichkeiten der ästhetischen Formsprache und wirtschaftlichen Fertigung der Automobilindustrie zu Nutze gemacht. Die einzelnen Module können beispielsweise zu einem Tragwerk zusammengesetzt werden, das heute aufgeständerten Radwegen dient oder aber morgen für autonome Fahrzeugkabinen verwendet werden könnte. Eine Realisierung kann auch eine völlig andere Gestalt haben, es kommt aber darauf an, dass die Leichtigkeit und Ästhetik der Lösung erhalten bleibt.“

Für gemeinsamen Dialog

Innovationen könnten sich nicht immer nur aus eigener Kraft durchsetzen, insbesondere, wenn sie im öffentlichen Raum vielfältigen Anspruchsgruppen gerecht werden müssen. Hier gelte es, frühzeitig in den gemeinsamen Dialog zu gehen. Daher benötige die Zukunftsstadt aus der Sicht von ThyssenKrupp niedrigere Eintrittsschwellen für Innovationen durch zeitgemäße Vergabeverfahren und eine Einbindung privater Investoren.

„Damit wir Leuchttürme generieren, die nicht bloß Inseln bleiben, ist eine koordinierte Vorgehensweise aller Beteiligten notwendig. Dies kann zum Beispiel ein ‚Marktplatz‘ für den Austausch zwischen Städten und Kommunen mit Industrie und Wissenschaft sein“, so Prof. Ferkel abschließend. **DK**



Die LBS-Führungsriege mit Erwin Bumberger, Dr. Franz Wirmhier sowie Heinrich Straubinger und dem ehemaligen Vorstandsmittelglied Wolfgang Kube nimmt Theo Zellner und Eduard Oswald in die Mitte (v. l.).

Bronzelöwe für Theo Zellner und Eduard Oswald

Auszeichnung für Verdienste um das Bausparwesen

Die LBS Bayern hat ihren früheren Verwaltungsratsvorsitzenden Theo Zellner sowie ihren ehemaligen Vertrauensmann Eduard Oswald mit dem Bronzelöwen ausgezeichnet. Damit werden besondere Verdienste um die Landesbausparkasse und das Bausparwesen gewürdigt. Der Vorstandsvorsitzende der LBS Bayern, Dr. Franz Wirmhier, hob beide Persönlichkeiten als Förderer des Bausparens hervor, die sich durch ihr Engagement große Verdienste erworben haben.

Als Präsident des Sparkassenverbands Bayern begleitete Theo Zellner den Betriebsübergang der LBS von der Bayerischen Landesbank zu den Sparkassen, der zum Jahreswechsel 2012/2013 erfolgte. In der Folge fungierte er bis zum Frühjahr 2014 als Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbausparkasse. „Theo Zellner war in einer von grundlegenden Veränderungen geprägten Phase ein verlässlicher Partner, der die Geschicke des Unternehmens kenntnisreich und mit viel Sympathie begleitete“, so Wirmhier.

Der frühere Bundesbauminister und Bundestagsvizepräsident a. D. Eduard Oswald fungierte bis Ende 2013 zwölf Jahre lang als Vertrauensmann der LBS Bayern. In sei-

ner Amtszeit hat Oswald 48-mal die Zuteilungshandlung vorgenommen, bei der er als „Anwalt der Kunden“ regelmäßig überprüfte, dass alle Kunden der LBS Bayern bei der Zuteilung von Bausparverträgen gleich behandelt werden.

„Eduard Oswald gehörte in den zurückliegenden 35 Jahren zu jenen deutschen Politikern, die den hohen gesellschaftspolitischen, aber auch wirtschaftlichen Stellenwert des Wohneigentums erkannte und sich entschieden für seine Förderung eingesetzt haben“, betonte Wirmhier.

Seit Einführung der Ehrung 1984 ist der Bronzelöwe damit an 16 Persönlichkeiten verliehen worden.



V. l.: Carlos Arribas Arranz Mentee, Dr. Walter Prem, Bayern LB München, Franz Xaver Peteranderl, Präsident der bayerischen Baugewerbeverbände, Anne Güller-Frey, Tür an Tür – Integrationsprojekte gGmbH, Dr. Rainer Koch, Präsident des Bayerischen Fußball Verbandes und Özlem Sarikaya, Bayerischer Rundfunk. Foto: team m&m

Talentportal Bayern:

Bayernweites Job-Portal ist offiziell gestartet

Career san mia – mit diesem selbstbewussten Slogan wurde das bayerische Talentportal für internationale Fachkräfte in München offiziell gestartet. Das neu entwickelte Portal unterstützt bayerische Unternehmen bei der gezielten Suche nach internationalen Fachkräften. Das Alleinstellungsmerkmal des Portals ist der Status Job-Ready – ein Prädikat, welches nur jene Fachkräfte erhalten, die ab sofort dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

„Fußball ist die mit Abstand die größte Integrationsbewegung in unserem Land“ sagt Dr. Rainer Koch, Präsident des Bayerischen Fußballverbandes (BFV). Und da passt es dann ganz gut, dass die Kick-Off Veranstaltung zum Talentportal Bayern im Haus des Fußballs in München stattfand. Das Talentportal setzt an einer elementaren Schnittstelle an – nämlich der Vermittlung in Arbeit – und richtet sich hauptsächlich an Unternehmen, betonte Anne Güller-Frey bei der Vorstellung. Zu finden ist auch ein ausführliches Glossar zu arbeitsmarktpolitischen Termini und zu unterstützenden Angeboten des bayerischen Netzwerks MigraNet – dem Betreiber des Portals. Zudem bietet das Portal internationalen Fachkräften die Möglichkeit, sich mit ihren eigenen Bewerberprofilen zu präsentieren. Ziel ist es, Arbeitgeber mit qualifizierten Migrant/innen zusammenzubringen.

Franz Xaver Peteranderl, Präsident der Bayerischen Baugewerbeverbände, wies darauf hin, dass der Migrantenanteil im Baugewerbe in Bayern bei ca. 60 Prozent liegt. Wichtig für die Branche sei es jedoch, dass die hierzulande geltenden Normen von den Handwerkern auch gekannt und umgesetzt werden, etwas in das sich eine zugezogene Fachkraft erst einarbeiten muss. Ein weiterer Schlüsselfaktor sind Kenntnisse der deutschen Sprache. Dr. Walter Prem, Direktor der Bayern LB – Corporate Center – ist Teilnehmer an der Mentoring-Partnerschaft, ebenfalls ein Projekt von MigraNet. Prem konstatiert, dass die „demographische Entwicklung

Unternehmen zu mehr Flexibilität zwingt“, um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken. Ein Beispiel kann sein, dass Mitarbeitende für ehren-amtliche Tätigkeiten für ein gewisses Stundenkontingent freigestellt werden. Carlos Arribas Arranz profitiert davon. Als Mentee von Herrn Prem konnte er einen Einblick in die deutsche Arbeitskultur bekommen und wird beim Verfassen von Bewerbungen unterstützt.

Lücke geschlossen

Mit dem Talentportal Bayern schließt MigraNet eine bisherige Lücke an Unterstützungsangeboten für Migrantinnen und Migranten, nämlich die direkte Vermittlung in Arbeit. Das Job-Portal ist zum einen dafür ausgelegt, unterschiedliche Qualifikationen sowie sprachliche Kenntnisse zu erfassen, zum anderen bietet es für Unternehmen die Möglichkeit, Stellenprofile zu abonnieren. Erfüllt also ein neu hinzugekommenes Talent die Anforderungskriterien, wird automatisch der Kontakt hergestellt.

Die Besonderheit des Portals ist jedoch das Prädikat „Job-Ready“. Profile mit diesem Status signalisieren, dass das jeweilige Talent sofort für den Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, sprich: etwaige Verfahren zur Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses durchlaufen sind. Aber auch weiche Faktoren werden hier mit berücksichtigt, wie zum Beispiel ob eine Kinderbetreuung gewährleistet ist usw. Erreichbar ist das Portal über die Web-Adresse www.talentportal-bayern.de

LBS Bayern:

Bausparnachfrage bleibt stark

Die LBS Bayern rechnet für das Jahr 2014 abermals mit einem Bausparneugeschäft von rund acht Milliarden Euro. Von Januar bis September wurden Bausparverträge mit einer Summe von 6,3 Milliarden Euro vermittelt. Damit wurde in etwa das hohe Niveau des Vorjahres erreicht (-1,1 Prozent).

Die Summe verteilt sich auf 168.851 Verträge, was einen Rückgang gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 10,5 Prozent bedeutet. Damit hält der Trend zu einer deutlich wachsenden durchschnittlichen Bausparsumme pro Vertrag an. Diese ist im Vorjahresvergleich von 33.800 Euro auf 37.340 Euro gestiegen (+ 10,5 Prozent).

„Bausparen ist gerade angesichts historisch niedriger Zinsen das ideale Instrument, um den Erwerb und Erhalt von Wohnimmobilien zu finanzieren und so das aktuelle Zinsniveau langfristig zu sichern. Darauf setzen immer mehr Kunden. Die wachsende durchschnittliche Bausparsumme ist ein Beleg dafür, dass eine steigende Zahl von Verträgen bereits beim Abschluss unmittelbar mit einer konkreten Immobilienfinanzierung verbunden ist“, so Dr. Franz Wirmhier, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern.

Wohnriester-Verträge

Ein deutliches Wachstum erzielt die Bayerische Landesbausparkasse bei Wohnriester-Verträgen. Von Januar bis September 2014 wurden in Bayern 18.231 LBS-Wohnriester-Verträge (+ 18,5 Prozent) mit einer Bausparsumme von 962 Millionen Euro (+ 20,9 %) vermittelt.

„Wohnriester ist als Altersvorsorge besonders beliebt, da die ersparte Miete im Alter eine attraktive Rendite darstellt. Zusätzlich wirken sich die Verbesserungen an der Wohnriester-Förderung aus, die seit Jahresanfang 2014 gelten. Diese ermöglichen unter anderem auch Immobilienbesitzern, die ihr Objekt vor 2008 erworben haben, bei einer Anschlussfinanzierung Wohnriester einzubinden“, hob Wirmhier hervor.

Drei Viertel der Häuser in Bayern sind älter als 25 Jahre

Die jüngsten Wohngebäude stehen in Niederbayern

Fast drei Viertel der Wohngebäude in Bayern sind älter als 25 Jahre. Das geht aus einer Auswertung von Zensus-Daten durch die LBS Bayern hervor. Demnach wurden gut 2,1 Millionen der insgesamt rund 2,9 Millionen Wohngebäude im Freistaat vor 1990 gebaut.

Potenzial für Energieeinsparungen

„Ein großer Teil dieser Immobilien entspricht nicht dem heutigen energetischen Standard und verbraucht weit mehr Gas oder Öl als nötig. Hierin liegt ein enormes Potenzial für Energieeinsparungen, das durch Gebäudemodernisierungen gehoben werden kann. Eine umfassende energetische Modernisierung kann den Energieverbrauch um bis zu drei Viertel senken“, erklären die Experten der Bayerischen Landesbausparkasse.

Den niedrigsten Anteil älterer Wohngebäude gibt es in Niederbayern (69,5 Prozent), den höchsten in Oberfranken (78,2 Prozent). Deutschlandweit sind 76,2 Prozent der Wohngebäude vor 1990 gebaut worden. Im Freistaat stammt etwa eine halbe Million Wohngebäude sogar noch aus der Zeit vor 1950 – also etwa jedes sechste.

1. Fachforum MehrGenerationenHäuser in Unterfranken:

Gesellschaftlicher Mehrwert

In Zeiten des demokratischen Wandels sind Mehrgenerationenhäuser ein nicht zu unterschätzender Faktor zur Stärkung der kommunalen Identität und Entwicklung, so der Tenor des 1. unterfränkischen Fachforums MehrGenerationenHäuser in Würzburg.

„Das Mehrgenerationenhaus richtet sein Angebot nach den regionalen Bedürfnissen in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde aus“, verdeutlichte eingangs Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer vor rund 60 Teilnehmern aus Politik, Verwaltung und Kirchen sowie allen voran den unterfränkischen Mehrgenerationenhäusern. Um darüber hinaus das Profil der Häuser zu schärfen, bildeten vier Schwerpunktthemen im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen gemeinsamen Rahmen: 1. Alter und Pflege, 2. Integration und Bildung, 3. Angebot und Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen, 4. Freiwilliges Engagement.

Das Angebot der Mehrgenerationenhäuser in Unterfranken

reicht Beinhofer zufolge inzwischen von Betreuungen, Mittagstischen, Sport- und Freizeiteinrichtungen bis hin zu Integrations- und Bildungsleistungen wie Sprach- oder Computerkursen. Die Mehrgenerationenhäuser unterstützen hauptamtliche Strukturen mit freiwilligem Engagement. Sie seien zentrale Akteure der kommunalen Dienstleistungslandschaft, ermöglichen allen Generationen eine gesellschaftliche Teilhabe und halten unterstützende Angebote und Strukturen vor, um den Alltag als Familie und als Alleinstehender gut bewältigen zu können.

Sozialraumgestalter

Als Sozialraumgestalter seien die zwölf unterfränkischen Häuser ein nicht zu unterschätzender Faktor zur Stärkung der kommunalen

Identität und Entwicklung. Mehrgenerationenhäuser unterstützen die Kommunen dabei, zukunftsfeste Rahmenbedingungen zu schaffen und tragen dazu bei, gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen, indem sie z. B. Daseinsvorsorgeangebote wie Betreuungszeiten einrichten.

Das Mehrgenerationenhaus, so Beinhofer, lebe vom Engagement und von der Kooperation der lokalen Akteure. Es handle sich hier um ein Netzwerk, in das sich jeder und jede mit seinen bzw. ihren persönlichen Fähigkeiten einbringen kann. „Hier übernehmen nicht nur hauptamtlich Tätige die Aufgaben, sondern es engagieren sich ehrenamtlich auch die Menschen vor Ort.“

Argumentationshilfe

Ziel der Veranstaltung sei es, einen fachlichen Austausch der Mehrgenerationenhäuser auf Bezirksebene zu ermöglichen, in diesem die regionalen und lokalen Herausforderungen herauszustellen und Ergebnisoffen den gesellschaftlichen Mehrwert von Mehrgenerationenhäusern zu diskutieren. Die Ergebnisse sollen laut Beinhofer veröffentlicht und insbesondere den Abgeordneten im Deutschen Bundestag, aber auch anderen Entscheidungsträgern an die Hand gegeben werden, damit diese eine Argumentationshilfe erhalten, wenn es darum geht, über die Weiterführung des Aktionsprogramms zur Förderung der Arbeit der Mehrgenerationenhäuser zu entscheiden. Im aktuellen Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2015 sei die Weiterförderung der Mehrgenerationenhäuser erfreulicherweise enthalten.

Baustein der Generationenarbeit

Hilmar Holzner vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Integration hob die Bedeutung der Mehrgenerationenhäuser als wichtigen und unverzichtbaren Baustein der Generationenarbeit in Bayern hervor und erwähnte, dass der Regierungsbezirk Unterfranken mit seinen Mehrgenerationenhäusern in jedem Landkreis und in zwei der drei kreisfreien Städte „mit ganz vorne in Bayern liegt“.

Holzner warb gleichzeitig für die neue Initiative

„GANZ JUNG. GANZ ALT. GANZ OHR – Aktiv für mehr Zusammenhalt“, die von der evangelischen und der katholischen Kirche in Bayern sowie der Landesgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege unterstützt wird. Ziel ist es, den Zusammenhalt der Generationen in Bayern zu stärken, indem lokale Generationen-Netzwerke und Generationenprojekte befördert und das Engagement in der Generationenarbeit unterstützt werden.

Offene Begegnungsstätten

Auf die vielfältigen Funktionen der Mehrgenerationenhäuser aus Sicht von Verband und Kommune machten Domkapitular Clemens Bieber und Bürgermeister Hans Fiederling, Gemeinde Waldburn, aufmerksam. Sie präsentierten ihre Einrichtungen als offene Begegnungsstätten, die positiv und stabilisierend auf die Gemeinschaft wirken.

Einblicke in die Serviceagentur im Aktionsprogramm der Mehrgenerationenhäuser gab es von Moderatorin Ruth Burchard selbst: Die Serviceagentur ist beratend, aktivierend, begleitend und flankierend tätig. Als Beratungsinstrumente nutzt und bietet die Serviceagentur u. a. Vor-Ort-Besuche, Werkstätten, Fachtage, Moderationskreise auf Länderebene und die medialen Vernetzungsmöglichkeiten.

An den Beispielen des Mehrgenerationenhauses Johannesberg, des Matthias-Ehrenfried-Hauses Würzburg und des Johannesvereins Mehrgenerationenhaus Amstein-Binsfeld wurde im Anschluss aufgezeigt, dass die Mehrgenerationenhäuser insbesondere als „Kümmerer“ an ihrem jeweiligen Standort agieren und zentrale Vernetzungs- und Koordinationsaufgaben wahrnehmen.

Stärkung des Lokalen

Dass Mehrgenerationenhäuser gute soziale Strukturen schaffen und damit eine hohe Lebensqualität erwirken, darauf wurde in einem abschließenden Forumgespräch hingewiesen. Sie bildeten Ersatzstrukturen für wegbrechende soziale/familiäre Beziehungen aus und brächten gerade in den ländlichen Räumen Angebote der Daseinsvorsorge in die Fläche und stärkten damit das Lokale.

Mit dem Wunsch nach einer Änderung der Förderstrukturen (Verfahren vereinfachen, Förderprogramme koordinieren) und einer stärkeren Anerkennung des Ehrenamts endete die informative Veranstaltung. **DK**



Oberbürgermeister Dieter Reiter (l.) und Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, feiern Richtfest des neuen Wohnhauses, das die Stadtparkasse in Moosach errichtet.

36 neue Wohnungen für Moosach

Stadtparkasse München schafft bezahlbaren Wohnraum an der Nanga-Parbat-Straße

München (sskm). Die Stadtparkasse München hat Richtfest ihrer neuen Wohnanlage mit 36 Wohneinheiten in München-Moosach gefeiert.

Oberbürgermeister Dieter Reiter, Verwaltungsratsvorsitzender der Stadtparkasse, bedankte sich in seiner Festrede für die Bereitschaft der Stadtparkasse, neuen Wohnraum zu fairen Preisen in München zu schaffen, auch wenn dies nicht zu ihren Kernaufgaben gehöre: „Dass die Stadtparkasse München in neuen Wohnraum investiert und auf Mieterfreundlichkeit bei Sanierungsmaßnahmen Wert legt, möchte ich ausdrücklich loben. Denn sie legt einerseits ihr eigenes Vermögen, ihre Rücklagen, sicher und wertbeständig vor Ort an. Andererseits gehört die Stadtparkasse auch zu den Vermietern, denen auch das Wohl der Mieter am Herzen liegt.“

Der Neubau der Wohnanlage in der Nanga-Parbat-Straße ist ein positives Beispiel für die dringend notwendige Nachverdichtung von Wohnflächen im Münchner Stadtbereich. Da sowohl das Grundstück, auf dem sich der Neubau befindet, als auch das benachbarte Grundstück der Stadtparkasse gehören, genehmigte die Lokalbaukommission der Landeshauptstadt München eine maximale Nachverdichtung mit teilweisem Verzicht auf das Einhalten der Abstandsflächen.

„München ist ein attraktiver

Standort mit zukunftsträchtigen Branchen“, so Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München. „Als regional ausgerichtetes städtisches Unternehmen verdienen wir unser Geld in München und geben es auch hier wieder aus. Das ist für uns selbstverständlich.“

Die 36 neuen Wohnungen sind zwischen 40 und 130 Quadratmeter groß, die Gesamtwohnfläche beträgt 2.350 Quadratmeter. Als Beitrag zum Klimaschutz erfüllt die Anlage die Standards eines KfW-Effizienzhauses 70.

Die Wohnungen werden zunächst den rund 2.400 Mitarbeitern und 300 Auszubildenden der Stadtparkasse angeboten und anschließend den Münchner Bürgern. Die Miete richtet sich nach dem Münchner Mietpiegel.

Die Stadtparkasse hat bereits einen großen Immobilienbestand von rund 1.650 Wohnungen. In den letzten Jahren hat sie 180 Millionen Euro in den Münchner Immobilienmarkt investiert, zum größten Teil in Wohnimmobilien. Wichtige Projekte in letzter Zeit waren beispielsweise der Wohnturm „Isar-Belle“ mit 68 Wohnungen in Obersendling und der geplante Neubau auf dem Sparkassengrundstück in Fürstenried-Ost. **□**

Continental Arena in Regensburg:

Bereicherung für Ostbayern

Regensburg. (osr) Die größte Baustelle der Stadt, die Continental Arena, wählten beim Jahn-Wochenende viele Leute als Ziel. Der SSV Jahn hatte ins Festzelt bei seinem zukünftigen Domizil geladen.

Allen Besuchern versuchten die Verantwortlichen zu vermitteln, dass das neue Stadion eine Riesenerweiterung für ganz Ostbayern sei und großen Nutzen für die ganze Region bringe. Und sie

Sport aller ganz normalen Menschen. Den Jahn-Verantwortlichen gab er mit auf den Weg: „Im neuen Stadion ist die Dritte Liga Gesetz!“ Und vor den Wirtschaftsvertretern stellte er fest: „Wir brauchen Sie für



Die größte Baustelle der Stadt Regensburg.

machten deutlich, dass die Zeiten, wo es beim Jahn drunter und drüber gegangen ist, lange vorbei seien. Oberbürgermeister Joachim Wolbergs: „In den Jahn kann man Vertrauen haben.“

Das Massenphänomen Profifußball habe eine immense gesellschaftliche Kraft, sagte Geschäftsführer Dr. Christian Keller und er untermauerte dies mit Zahlen: „Fußball begeistert, fasziniert und verbindet etwa 81 Prozent der Deutschen. Übertragen auf die Region Ostbayern sind das mehr als 1,2 Millionen Menschen.“ Die Social-Media-Präsenz des SSV Jahn sei größer als die zahlreicher bekannter Institutionen wie Domsptzen, Weltkulturerbe, Bayerischer Wald, Christkindlmarkt und Stadt Regensburg zusammen.

Geschäftsführer Keller: „Wir arbeiten tagtäglich daran, dass der Jahn so positiv wahrgenommen wird wie die Region Ostbayern – ambitioniert, bodenständig und glaubwürdig.“ Das Ziel müsse sein, den Profifußball breiter und tiefer in der Bevölkerung und der Wirtschaft Ostbayerns zu verankern.

OB Joachim Wolbergs machte deutlich, dass er vehement für das neue Stadion und die damit verbundene Investition von fast 60 Millionen Euro gestritten habe. Zu einer hohen Lebensqualität in der wachsenden Stadt gehöre neben dem Theater, das jedes Jahr zehn Millionen Euro koste, auch eine Fußballarena, denn Fußball sei der

den Profifußball in unserer Stadt.“

Auf einem guten Weg sieht auch Vorstandsvorsitzender Hans Rothammer den Verein. Er sei Anziehungspunkt für die ganze Region, für alle Schichten und für jedes Alter. Die neu verpflichteten Spieler würden zu einer guten Zukunft beitragen. „Ich verbürge mich dafür, dass wir in soliden Verhältnissen wirtschaften und nur das Geld ausgeben, das wir auch haben.“ Obwohl sich die knappen finanziellen Mittel auch in der derzeitigen Tabellensituation ausdrückten, „wollen wir im neuen Stadion den Aufstieg in die Zweite Liga wagen“.

Aus der Bittstellerposition bei der Sponsorensuche wolle sich der Jahn im neuen Stadion zum Geschäftspartner auf Augenhöhe entwickeln, versicherte der Vorstandsvorsitzende. Ihm schwebt ein Treffpunkt und Netzwerk der Wirtschaft aus Niederbayern und der Oberpfalz ab Sommer 2015 in der Continental Arena vor.

Dort wird auch die Geschäftsstelle des Bayerischen Fußballverbandes einziehen, dessen Präsident Dr. Rainer Koch das Stadion als „entscheidend für die Entwicklung des Vereins“ bezeichnete. Kabarettist Hannes Ringlstetter forderte, noch mehr auf den sportlichen Nachwuchs aus Ostbayern zu setzen und Alexander Ruschinsky freute sich, dass aufgrund der Lage an der A 3 ganz Europa am Regensburger Stadion vorbeikomme. **□**

Jim Beam, Kentucky?



Slyrs, Schliersee!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

TV BAYERN
LIVE

Bundesweiter Wettbewerb „Schulhof der Zukunft“ ausgelobt

Bad Honnef. Der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL) unterstützt den von der „Deutschen Umwelthilfe“ (DUH) und der Stiftung „Lebendige Stadt“ initiierten, bundesweiten Wettbewerb „Schulhof der Zukunft“. Gesucht werden Schulen, die Schulhöfe zu attraktiven, kinder- und jugendfreundlichen Plätzen umgestaltet haben.

„Kinder brauchen gerade in der Schule Freiräume, die zum sozialen Miteinander, zu sportlicher Betätigung und zum Ausruhen einladen. Schulhöfe mit einer attraktiven Grünflächengestaltung wirken sich positiv auf körperliches Wohlbefinden, Aufmerksamkeit, Konzentration und Kreativität der Jugendlichen aus“, begründet BGL-Präsident August Forster das Engagement des Branchenverbandes der Landschaftsgärtner.

Die Idee zu dem Wettbewerb geht auf eine Forsa-Umfrage zurück, bei der 500 Schüler zu ihrer Zufriedenheit mit ihren Schulhöfen befragt wurden. Die Ergebnisse der Umfrage zeigten, dass aus Sicht der Jugendlichen besonders ruhige Orte zum Entspannen und Räume zum kreativ sein, fehlten. Die Stiftung Lebendige Stadt und die Deutsche Umwelthilfe nahmen dies zum Anlass den Wettbewerb „Schulhof der Zukunft“ auszuloben. Insgesamt

sollen sechs Schulhöfe als „Schulhof der Zukunft“ ausgezeichnet werden, die Raum für soziales Miteinander genauso wie für sensorische und motorische Erlebnisse bieten und gleichzeitig für außerschulische Lehrangebote nutzbar sind. Prämiert werden die von einer Jury ausgewählten Gewinner-Schulhöfe mit je 2.000 Euro. Informationen und der Fragebogen zur Teilnahme an dem Wettbewerb sind unter www.dein-schulhof.de erhältlich.

Bundesinitiative „deinSchulhof“

Der Wettbewerb „Schulhof der Zukunft“ ist Bestandteil der Bundesinitiative „deinSchulhof“, die von der Stiftung Lebendige Stadt und der Deutschen Umwelthilfe ins Leben gerufen wurde und unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks steht. Ziel der Initiative ist es, Schulhöfe in attraktive Lebens- und Lernräume zu verwandeln. Dafür soll auch die Homepage www.deinschulhof.de zu einem Informationsportal für Schulhofgestaltungen ausgebaut werden, das als Nachschlagewerk für zu-

kunftsweisendes Planen, (Um-) Bauen und Pflegen von Schulhöfen, aber auch für Finanzierungsmöglichkeiten und Beteiligungsförmlichkeiten dient.

BGL und grüne Branche – Zahlen und Fakten

Der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL) ist ein Wirtschafts- und Arbeitgeberverband. Er vertritt die Interessen des deutschen Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues auf Bundesebene und in Europa. In seinen zwölf Landesverbänden sind über 3.500 vorwiegend kleine und mittlere Mitgliedsunternehmen organisiert. Als Dienstleister geben sie sich am geschützten Signum mit dem Zusatz „Ihre Experten für Garten & Landschaft“ zu erkennen und bieten maßgeschneiderte, individuelle Lösungen rund ums Bauen mit Grün. Damit erzielen sie zurzeit über 60 Prozent des gesamten Markturnsatzes in Deutschland.

Der Gesamtumsatz der grünen Branche stieg in 2013 auf rund 6,33 Milliarden Euro. Diesen Meilenstein setzten die 16.522 Fachbetriebe mit ihren insgesamt 103.551 Beschäftigten mit vielfältigen Dienstleistungen: Mit hoher Kompetenz planen, bauen, entwickeln und pflegen sie Grün- und Freianlagen aller Art im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich. □



Der Mercedes-Benz Arocs 3343 Allrad ist für den Einsatz bei der Fachgruppe Wassergefahren des THW bestimmt. Aufgebaut mit einer Pritsche und Ladekran soll der Arocs vor allem zum Um- und Einsetzen von Booten und Pontons sowie zum Umschlagen von Lasten jeglicher Art eingesetzt werden. □

Mercedes-Benz Lkw:

THW setzt auf Mercedes-Benz Arocs

Berlin – Das Technische Hilfswerk (THW) setzt auf den Mercedes-Benz Arocs. Der für besonders anspruchsvolle Transporte – auch abseits befestigter Straßen - entwickelte Lkw aus dem Hause Daimler wurde symbolisch im Rahmen der THW Veranstaltung „MdB trifft THW“ von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und Rico Quilitz, Leiter Direktgeschäft Behörden- und Sonderfahrzeuge im Mercedes-Benz Vertrieb Deutschland, an THW Präsident Albrecht Broemme übergeben.

Bei dem Fahrzeug handelt es sich um den ersten Mercedes-Benz Arocs 3343 Allrad, der für den Einsatz bei der Fachgruppe Wassergefahren des THW bestimmt ist und von der CTM Fahrzeugbau GmbH mit einem Ladekran der Firma Palfinger und einer Pritsche aufgebaut wurde. Der Ladekran dient dabei vor allem zum Um- und Einsetzen von Booten und Pontons sowie zum Umschlagen von Lasten jeglicher Art.

Volle Leistung

Das mit Mercedes PowerShift 3 Getriebe für Offroad Betrieb ausgestattete Fahrzeug ist dank Einzelbereifung und permanentem Allradantrieb 6x6 mit Getriebeunterstützung speziell auf den Einsatz in Hochwassergebieten ausgelegt. Der 315 kW / 428 PS starke Motor garantiert jederzeit volle Leistung. Für den Komfort von bis zu fünf Einsatzkräften sorgt das großzügige Fahrerhaus, das mit einer Sitz-/Liegekombination, einer Standheizung sowie mit Kom-

fort-Schwingsitzen für Fahrer und Beifahrer ausgestattet ist.

Zusätzlich übernimmt das THW für die Fachgruppe Räumen weitere Fahrzeuge vom Typ Arocs 1835 AK. Die Fahrzeuge sind mit einem 3-Seiten-Kipper der Firma Meiler aufgebaut und können bis zu acht Tonnen Nutzlast aufnehmen. Die mit einer Motorleistung von 260 kW / 353 PS, Mercedes PowerShift 3 und permanentem Allradantrieb ausgestatteten Fahrzeuge werden vorrangig für den Transport von Stückgut und schweren Gerätschaften sowie zum Ziehen eines Tiefladers mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 24 Tonnen eingesetzt.

Mercedes-Benz und das THW arbeiten seit 60 Jahren erfolgreich zusammen. Neben dem Arocs sind zahlreiche Mercedes-Benz Lkw-Baureihen beim THW eingeführt und erfüllen in den unterschiedlichsten Aufbauvarianten (Mannschaftslastwagen, Fernmeldekraftwagen, Gerätekraftwagen und Mehrzweckkraftwagen) beim THW ihren verlässlichen Dienst. □

Deutscher Naturpark-Tag 2014 in Lohr am Main:

Fokus auf Modernität und Leistungsfähigkeit

Im Rahmen des Deutschen Naturpark-Tags 2014 im fränkischen Lohr am Main hat der Verband Deutscher Naturparke auf seiner Mitgliederversammlung Empfehlungen zu den Rahmenbedingungen für moderne und leistungsfähige Naturparke beschlossen. Außerdem wurde ein neuer Vorstand für den Dachverband bestimmt.

Zum Präsidenten des VDN wurde in dritter Amtszeit Regionspräsident a.D. Dr. Michael Arndt, Hannover, gewählt. Im Verband Deutscher Naturparke (VDN) sind rund 100 Naturparke organisiert, die gut ein Viertel der Fläche Deutschlands ausmachen.

Aus der jahrzehntelangen Naturparkarbeit in Deutschland und in anderen europäischen Staaten wurde die Erfahrung gewonnen, dass die großen Potenziale eines Naturparks für Mensch und Natur nur dann genutzt und die gesetzlichen Aufgaben nur dann angemessen erfüllt werden können, wenn bestimmte Rahmenbedingungen erfüllt sind. Hierzu zählen insbesondere das Vorhandensein einer Geschäftsstelle mit hauptamtlicher Geschäftsführung und einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Fachkräfte entsprechend den Aufgaben und der Größe eines Naturparks.

Rahmenbedingungen

Laut Mitgliederversammlung muss zur Bewältigung der Aufgaben Personal im Stundenumfang von mindestens vier Vollzeitstellen in Management und Verwaltung vorhanden sein (inklusive der Geschäftsführung). Mehrere Bundesländer hätten sehr gute Erfahrungen mit der ergänzenden Einrichtung einer hauptamtlichen Naturwacht (Ranger) gemacht. Darüber hinaus seien die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf den geforderten überwiegenden Anteil an Natur- und Landschaftsschutzgebieten, eine ausreichende und verlässliche Mittelausstattung, eine breite Zustimmung für den Naturpark in der Region, ein qualifizierter Naturparkplan sowie eine regelmäßig Teilnahme an der „Qualitätsoffensive Naturparke“ erforderlich.

Laut VDN-Präsident Arndt bereitet die Energiewende den Naturparken Kopfzerbrechen. Bei der Suche nach Windradstandorten und Stromtrassen würden sie wohl nicht außen vor bleiben. Gleichwohl sollte auf Flächen in Naturparks nur in Ausnahmefällen zurückgegriffen werden. Es gelte, die Naturlandschaften zu erhalten, „denn Windräder und Stromtrassen veredeln die Naturlandschaften nicht“.

Gastrednerin Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz in Bonn, bescheinigte dem VDN, die Energiewende „konstruktiv“ begleitet zu haben, und versprach im Gegenzug zumindest für ihr eigenes Amt, die im Vergleich zu Naturschutzflächen schwächere Position der Naturparke nicht auszunutzen. Stattdessen solle es Einzelfallbetrachtungen geben.

Unterfrankens Regierungspräsident Paul Beinhofer bezeichnete es als erfreulich, dass sich die Naturparks und die deutschen Nationalparks sowie die Biosphärenreservate 2005 unter der Dachmarke nationale Naturlandschaften zusammengeschlossen haben, um ihre Ziele auf den „Punkt“ zu bringen und somit die öffentliche Wahrnehmung deutlich zu verbessern. „Dies war ein wesentlicher Schritt, um Landschaften von dem Image der ‚Gegend, wo

sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen‘, zu befreien“, so Beinhofer.

In Unterfranken sei man diesen Schritt konsequent mitgegangen und habe das Biosphärenreservat Rhön auf bayerischer Seite so erweitert, dass es annähernd deckungsgleich ist mit der Fläche des Naturparks Bayerische Rhön. „Damit haben wir ein Gebiet mit zwei Schutzgebietskategorien zu einer herausragenden nationalen Naturlandschaft zusammengeschlossen, um die internationalen Ziele zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu erreichen und auch das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 konsequent umzusetzen“, betonte der Regierungspräsident.

2004 wurde nach Beinhofers Worten der Projektantrag „länderübergreifender Arten- und Biotopschutz im Spessart“ an die Deutsche Bundesstiftung Umwelt von der Regierung von Unterfranken unterstützt. Das Grünlandprojekt Spessart, das sich 2007 mehr oder minder aus dem vorgenannten Projekt entwickelte, hatte einerseits zum Ziel, das charakteristische und attraktive Erscheinungsbild der Jahrhunderte alten Kulturlandschaft als Grundlage für regionale Identität, Lebensqualität und sanften Tourismus zu bewahren. Andererseits stand die regionale Produktion und Vermarktung zur Wertschöpfung in der Region im Fokus, also die Stärkung des ländlichen Raumes durch Regionalentwicklung.

Landkreis im Zwiespalt

Landrat Thomas Schiebel sprach als Vorsitzender des Naturparks Spessart, der heuer 50-jähriges Bestehen feiert, von einem Zwiespalt, in dem sich der Landkreis befinde, der den Naturraum Spessart in seinem Namen trägt. Einerseits sei der Spessart eine schätzenswerte Landschaft und andererseits habe sich der Landkreis vorgenommen, bis 2035 energieautark zu werden.

Anhand des 4.000 Hektar großen Stadtwaldes erläuterte Lohrs Bürgermeister Mario Paul, dass naturnahe Bewirtschaftung und finanzieller Ertrag in Einklang gebracht werden können. Auch bei anderen Projekten benötige die Stadt starke Partner wie den Naturpark Spessart und den Bund Naturschutz.

Im Anschluss bekamen fünf Naturparke auf fünf Jahre das Zertifikat als „Qualitätsnaturpark“ verliehen. Dazu zählen die Naturparke Barnim und Dahme-Heideseen (beide in Brandenburg), Fränkische Schweiz/Veldensteiner Forst, Solling-Vogler (Niedersachsen) sowie Vulkaneifel. Auch der Naturpark Spessart ist seit längerem zertifiziert. Als Partner der Qualitäts-offensive wurde der Naturpark Südharz ausgezeichnet.

Der Naturpark-Verband selbst bekam eine Förderung vom Bundesamt für Naturschutz in Höhe von gut 200.000 Euro zugesprochen. Damit sollen Erfahrungen, die in europäischen Ländern bei der Naturpark- und Naturschutzarbeit gemacht worden sind, im wechselseitigen Kontakt fruchtbar gemacht werden. **DK**

Stromversorgung in Island als ständige Herausforderung:

Unimog beweist unter härtesten Einsatzbedingungen seine Überlegenheit

Der hochgeländegängige Unimog U 4000 überzeugt durch Robustheit und Wirtschaftlichkeit bei den Betriebskosten

Seit Jahrzehnten überzeugt das bewährte Fahrzeugkonzept des Mercedes-Benz Unimog in vielen europäischen Ländern in der Energiewirtschaft. Nun hat auch der isländische Daimler-Vertriebspartner, die Firma Askja in Reykjavik, einen Mercedes-Benz Unimog des Typs U 4000 an den Kunden Landsnet ausgeliefert. Landsnet ist für die Stromversorgung der rund 325.000 Einwohner des zweitgrößten europäischen Inselstaats im Auftrag der National Energy Authority of Iceland verantwortlich.

Der hochgeländegängige Unimog U 4000 bewältigt mit seinem bewährten Vierzylinder-motor OM 924 LA mit 160 kW (218 PS) Leistung auch schwierigstes Terrain auf der vulkanreichen Insel im Nordmeer. Dabei trumpft er vor allem mit seinen Portalachsen sowie extremer Achsver-schränkungs-möglichkeit dank Schraubenfedern und einer Wadfähigkeit von bis zu 1,20 m auf. Für optimale Fahreigenschaften und -komfort im Gelände spielen die 3-Punkt-Lagerung von Motor, Getriebe und Fahrerhaus sowie die doppelte 3-Punkt-Lagerung des Aufbaus eine wesentliche Rolle. Das Fahrzeug mit langem Radstand (3850 mm) und 8,5 t zulässigem Gesamtgewicht verfügt über eine Doppelkabine und einen Kofferaufbau für Werkzeug und Ersatzteile.

Ideale Lösung

Gudlaugur Sigurgeirsson, Betriebsleiter und verantwortlich für den Service- und Netz-Wartungsbereich bei Landsnet, attestiert: „Wir haben es mit einer ganzen Reihe verschiedenster Off-Road-Fahrzeuge versucht, einschließlich Ketten- und Raupengefährt, um die ideale Lösung für uns zu finden. Aber die meisten dieser Antriebskonzepte und Motoren sind unter den Belastungen unserer oft bis zu 16 Stunden dauern den Einsätze zusammengebrochen oder oftmals gar nicht bis zum Einsatzort gekommen.“

Eigens modifizierte 4x4 Off-Roader haben nach Sigurgeirsson Darstellung viel zu hohe Betriebskosten verursacht und dann auch noch den Nachteil gehabt, dass nur zwei Personen im Fahrzeug Platz hatten und die für die Einsätze notwendigen Geräte auf den Rücksitzen verstaut werden mussten. Da jedes Wartungsteam aus mindestens drei Personen besteht und oft bis zu fünf Tage in von Vulkanismus, Gletschern, zahlreichen Seen und Flüssen geprägtem Ödland und in oft menschenleeren Regionen arbeitet, musste ein Fahrzeug gefunden werden, das auch die Sicherheit der Landsnet-Mitarbeiter garantiert.

Paradebeispiel

Aus diesen Gründen entschied sich Landsnet, in eine neue Fahrzeugflotte zu investieren. Gudlaugur Sigurgeirsson: „Mercedes-Benz Unimog ist die beste Wahl! Die gesamte Ausrüstung eines Wartungstrupps für bis zu fünf Mann muss unter härtesten Bedingungen im isländischen Hochland bestehen. In diesem Zusammenhang ist der Unimog geradezu ein Paradebeispiel. Es ist ein Fahrzeug, das auch extreme Situationen und Bedingungen meistert und genügend Raum für Fahrer, Mitfahrer und die Unterbringung des benötigten Materials bietet. Mit dem U 4000 können wir im Hochland effizient arbeiten.“ □



Gletscher, Seen, Flüsse und Vulkangestein stellen harte Anforderungen an den Unimog U 4000 auf der Fahrt zu den Stromtrassen. □

Ingolstädter Sozialbericht 2014:

Gelebte Solidargemeinschaft

Bei der Vorlage des Sozialberichts 2014 der Stadt Ingolstadt verwies Sozialreferent Wolfgang Scheuer darauf, dass dieser die oberbayerische Kommune als gelebte, funktionierende Solidargemeinschaft kennzeichnet, in der die Stärkeren den Schwächeren helfen und sie unterstützen und damit einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit auf der lokalen Ebene leisten. Der Sozialbericht 2014 baut auf den Bildungsbericht 2013, den Integrationsbericht 2013, das seniorenpolitische Gesamtkonzept und den 2. Sozialbericht des Bezirks Oberbayern auf.

Erstmals, so der Sozialreferent, werden in dem Bericht strategische Ziele und Maßnahmen, wie sie von den Fachämtern erarbeitet wurden, eingearbeitet. Anregungen der Wohlfahrtsverbände hierzu wurden mit aufgenommen. Sie sind zusammen mit der langfristigen Betrachtung und Bewertung der Daten die Basis der weiteren Entwicklung Ingolstadts und dienen als Diskussions- und Arbeitsgrundlage für Politik, Verwaltung, Verbände und allen am sozialen Leben beteiligten Gruppen und Personen.

Wissenschaftlich begleitet wurde die Erstellung des Sozialberichts 2014 von Edmund Görtler, Dipl.-Politologe, Leiter von MODUS – Institut für angewandte Wirtschafts- und Sozialforschung GmbH in Bamberg. Görtler arbeitet mit Verwaltungen auf Kommunal- und Landesebene, Politik, Wissenschaft, aber auch mit der Wirtschaft und verschiedenen Organisationen zusammen.

Eine erste Maßnahme zum Sozialbericht wird die Bürgerbefragung in Zusammenarbeit mit der TH Nürnberg sein. Sie ist ein erster Schritt für die Erarbeitung einer Bedarfsanalyse für die Seniorenarbeit in Ingolstadt.

Bevölkerung profitiert

„Dass die wirtschaftlich gute Entwicklung Ingolstadts mit niedriger Arbeitslosigkeit einhergeht, hat nicht nur Auswirkungen auf die finanziellen Möglichkeiten der Stadt, auch die Bevölkerung profitiert in vielerlei Hinsicht davon“, unterstrich Görtler in seiner Bewertung. Zum einen seien die Ausgaben für soziale Leistungen in Zeiten hoher Prosperität geringer, zum anderen sei der Lebensstandard in der Bevölkerung höher und die Kaufkraft steigt.

Doch gebe es auch Gruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. So seien Kinder und Jugendliche unter besonderen Schutz zu stellen, da sie Schwierigkeiten der Eltern unmittelbar und ohne Möglichkeit des Entrinnens treffen. Menschen mit Migrationshintergrund profitierten vom Ausbau der Arbeitsplätze, seien jedoch beim Abbau der Arbeitsplätze die ersten, die

betroffen sind. Für Menschen mit Behinderung stelle sich die jeden Einzelnen betreffende Frage der Inklusion in der Gesellschaft, nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in der Schule, beim Einkaufen und bei der Beteiligung am öffentlichen Leben. Zudem führe eine immer komplexer werdende Gesellschaft dazu, dass ein zunehmend hoher Beratungs- und Informationsbedarf besteht.

Wie Görtler ausführte, sei der Sozialbericht 2014 trotz der umfangreichen Sammlung von

wichtigen Informationen und deren Bewertungen nur ein Mosaik-Teilchen der sozialen Entwicklung Ingolstadts. Der nächste Schritt sei die Umsetzung der Handlungsempfehlungen (nach den jeweils aktuell vorhandenen Möglichkeiten), darauf folge ein System des Sozialen Monitoring, das es ermöglicht, jährlich zu überprüfen, wohin der Weg geht, und gegebenenfalls auch kurzfristig notwendige Veränderungen herbeizuführen.

Weichenstellung

Stadtrat und andere politische Gremien könnten auf der Grundlage des Sozialberichtes 2014 in verantwortungsvoller Weise die Weichen für die zukünftige Entwicklung stellen. Flankierend sollte die Vernetzung von Wohlfahrtsverbänden mit Organisa-

tionen, Vereinen und Verbänden, die sich mit sozialen Themen befassen, ausgebaut und in die Sozialplanung der Stadt Ingolstadt eingebunden werden.

„Ziel sollte der Aufbau einer langfristigen strategischen Sozialplanung für die Kommune sein, denn eine funktionierende Sozialplanung ist das maßgebliche Instrument zur Analyse, Darstellung und Steuerung sozialer Prozesse, das auf kommunaler Ebene zwischen der Lebenswelt betroffener Menschen und dem komplexen System der Verwaltung vermittelt“, unterstrich Görtler. Ressourcen müssten von beiden Seiten erkannt und für einen politischen und sozialen Aushandlungsprozess organisiert werden. Hauptaufgabe sei dabei, Dienste, Leistungen und Ressourcen dort einzusetzen, wo der Bedarf am größten ist. „Insofern ist der Sozialbericht 2014 ein Zeichen, dass die Menschen, die Hilfe bedürfen, nicht aus den Augen verloren werden, und dass der eingeschlagene Weg zur Weiterentwicklung der Stadt Ingolstadt beiträgt.“ **DK**



Orienthelfer e.V. suchen Müllautos

Dringender Aufruf an alle Städte, Gemeinden und Müllentsorger: Orienthelfer e.V. sucht dringend funktionstüchtige Müllautos für die Flüchtlingsregionen. Unser Bild zeigt den Initiator des Orienthelfer e.V., Christian Springer, vor einem von zwei kleinen Müllautos in Arsal/Libanon. Die Abfälle von 140.000 Menschen müssen damit entsorgt werden. Der Münchner Kabarettist ist jeden Monat im Krisengebiet vor Ort. Jede Hilfe ist willkommen! Weitere Infos unter: www.orienthelfer.de **□**

Jahren stellt die Barrierefreiheit von Privathäusern und dem öffentlichen Raum dar.

Das schwäbische Mittelneufnach hat die Wertschöpfung der Gemeinde ins Auge gefasst und will diese vor Ort erhalten. „Deshalb vollziehen wir den Rollenwandel vom Konsumenten zum Gestalter der Energiewende“, sagte Bürgermeisterin Comelia Thümmel.

Das Energiekonzept setzt auf den Ausbau der Nahwärmeversorgung, erste Schritte sind bereits erfolgt: Eine Hackschnitzelanlage heizt einige benachbarte Gebäude, die ortsansässige Biogasanlage soll eingebunden werden und weitere Anschlüsse werden folgen. Darüber hinaus will Mittelneufnach mit Aktionen wie dem „Tag der offenen Heiztüre“

emkonferenz“ dafür ausgesprochen, die Wertschöpfung aus der Landwirtschaft und dem Nahrungsmittelhandwerk zurück ins Dorf bringen. „Das Gemeindeentwicklungskonzept ‘Leben und Wirtschaften in Kirchanschöring’ bündelt die Vorstellungen der Bürger zu einem einheitlichen Handlungskonzept“, so Stephanie Grubwinkler, Vorstand der Identität und Image Coaching AG und Beraterin der Gemeinde bei der Strategieentwicklung und Projektumsetzung. Die Gemeinde will den Ortskern wieder beleben, einen verantwortlichen Umgang mit den Flächen erzielen und die bäuerlichen Familienstrukturen erhalten.

Ein erster Schritt wurde mit der Bewusstseinsbildung für gesunde Lebensmittel getan: Maßnahmen wie z.B. öffentliche Themen- und Infomarktplätze sowie die Gründung von Projektgruppen für die Eröffnung einer Regionalmarkthalle und die Umstellung von konventionellen auf biologischen Anbau wirken sich positiv auf das soziale Miteinander im Dorf aus.

„Für Kommunen im ländlichen Raum gibt es kein Patentrezept bei der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft. Diskussionen wie diese zeigen, wie wichtig es ist, Herausforderungen, Visionen und Ziele der Bürger aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten“, so Beatrix Drago von der Verwaltung für Ländliche Entwicklung. „Entscheidend ist die richtige Strategie und die Stärkung und die Mobilisierung der Eigenkräfte. Bei aller Individualität der Gemeinden in Bayern sind die interkommunale Zusammenarbeit sowie das Einbeziehen der Bürger in alle Entscheidungsprozesse maßgeblich für eine erfolgreiche Entwicklung.“ **□**

Grün und günstig reicht nicht mehr

SDL-Fachtagung in Thierhaupten zeigt klaren Trend zu mehr Bürgerengagement

Grün ist es auf dem Land, günstig auch, zumindest günstiger als in der Stadt. Doch reicht das, um die junge Generation am Abwandern zu hindern, um die Vitalität des ländlichen Raums zu erhalten? Bei weitem nicht - so das Fazit der Fachtagung an der Schule für Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten. Gemeinsam mit der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung, der Bayerischen Architektenkammer und dem Bayerischen Gemeindetag veranstaltete die SDL zu diesem Thema eine Fachtagung, an der rund 70 Gäste aus der Kommunalarbeit teilnahmen.

„Wir müssen auf die veränderten Ansprüche von fünf Generationen reagieren. Die Werte der Bürger haben sich verändert, ihre Wünsche und Bedürfnisse sind heute weitaus differenzierter“, sagt Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL. Seit über 20 Jahren begleitet die SDL ländliche Entwicklungsprojekte, bündelt Know-how und stellt Bürgermeistern, Gemeinderäten, und engagierten Bürgern das notwendige Bildungsangebot zur Verfügung.

Rückgängige Einwohnerzahlen, fehlende Daseinsvorsorgeeinrichtungen, verwaiste Dorfkern – dies sind nur einige der Herausforderungen, denen sich Kommunen im ländlichen Raum stellen müssen. „Die Werbung um junge Familien und Betriebe mit günstigem Baugrund in idyllischer Lage ist keine Lösung, Standortentscheidungen sind komplexer geworden“, betont Hans Dörr, Vizepräsident der Bayerischen Architektenkammer.

Ein starker Partner bei der Aktivierung der Potenziale im ländlichen Raum sind die Ämter für Ländliche Entwicklung. Diese fördern und begleiten sowohl

Einzelprojekte als auch Integrierte Ländliche Entwicklungsprojekte (ILE), die gemeindeübergreifend wirken. Seit 2004 sind 64 solcher interkommunaler Projekte initiiert worden. „Das Wichtigste sind die Bürger. Wenn wir nahe an den Menschen arbeiten, dann werden die Projekte akzeptiert, dann ist die Effizienz am größten“, so Ministerialrat Wolfgang Ewald vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. „Die Leitbildentwicklung einer Kommune ist wichtiger denn je“, ergänzte in diesem Zusammenhang auch Dr. Franz Dimberger vom Bayerischen Gemeindetag.

Zwei Beispiele aus der Region zeigen, wie Gemeinden ihre Entwicklung aktiv steuern können und so neue Perspektiven schaffen. Die Gemeinde Bachhagel, Ortsteil der Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein im Landkreis Dillingen, hat die Revitalisierung ihrer Siedlungsgebiete in Angriff genommen. Zum ersten Mal wurde damit in Bayern ein solches Projekt in ein Dorferneuerungsverfahren aufgenommen. „Je älter die Siedlungsgebiete

sind, umso weniger Familien leben dort“, sagt Bürgermeisterin Ingrid Krämmel. „Hinzu kommt, dass Menschen heute ganz unterschiedliche Vorstellungen vom Wohnen haben.“

Um ältere Wohngebiete wieder attraktiver zu gestalten, wurde die Grundinfrastruktur des Ortes stark ausgebaut. Ein kommunales Immobilienportal unterstützt die Bürger beim Kauf und Verkauf ihrer Häuser – rund 15 Im-



Das Bild zeigt die Seminarteilnehmer der SDL-Fachtagung in Thierhaupten und die Seminarleiterin Beatrix Drago (Verwaltung für Ländliche Entwicklung). **□**

mobilien wechseln so jährlich den Besitzer, erklärte Regionalentwickler Andreas Raab. Damit verbunden ist auch ein Beratungsangebot der Kommune, das über die Umnutzung von Immobilien berät. Eine große Herausforderung stellt in den nächsten

oder dem „Energiesammtisch“ Bürger informieren, einbinden und zu Energiesparmaßnahmen motivieren.

Einen ähnlichen Weg beschreitet auch die oberbayerische Gemeinde Kirchanschöring im Kreis Traunstein: Sie hat sich auf einer „Bau-



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung mit dem Unimog Geräteträger.

Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren. Profitieren auch Sie von der Vielseitigkeit des Unimog und informieren Sie sich unter www.neuerunimog.com



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de
Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg-Lengfeld, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de
KLMV GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Ausgezeichnetes Sportprojekt

**Integrationspreise 2014
der Regierung von Unterfranken**

Mit dem Integrationspreis, der heuer zum siebten Mal ausgelobt wurde, würdigt die Regierung von Unterfranken ehrenamtliche Aktivitäten, die in vorbildlicher Weise die Integration von Mitbürgern mit ausländischer Herkunft unterstützen und kreative Ideen in der Praxis umsetzen. Von 33 eingereichten Projekten hat eine Jury in Würzburg unter Leitung von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer nunmehr vier ausgezeichnet.

Den mit 2.500 Euro dotierten Integrationspreis erhielt das Angebot „Fahrradkurse für Frauen“. Es ist Teil des Programms „Integration durch Sport“ im Bayerischen Landessportverband, das seit mehr als 20 Jahren in ganz Unterfranken Sportprojekte für Menschen mit Migrationshintergrund organisiert.

Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit Sportvereinen spielt eine besondere Rolle. In vielen muslimisch geprägten Ländern ist es nicht üblich, dass Mädchen Radfahren lernen. Viele Frauen und Mädchen beherrschen es nur schlecht oder gar nicht. Im Jahr 2012 wurde daher das Fahrradmobil eingerichtet. Dazu gehören sechs Räder, die besonders für erwachsene Fahrenfänger geeignet sind. Zur Sicherheit stehen auch Fahrradhelme zur Verfügung.

Eine auf den ersten Blick einfache und selbstverständliche Fähigkeit – das Radfahren – soll diese Frauen in die Lage versetzen, mobil zu sein und damit die Dinge des täglichen Lebens wie Einkaufen, Besuche oder die Freizeitgestaltung mit ihren Kindern und anderen selbst zu erledigen und zu gestalten. Bewegung und Mobilität werden damit zu wichtigen Integrationsfaktoren.

Mit dem 2. Preis (1.500 Euro) wurde der Integrationsbeirat der Stadt Kitzingen KuM –Hortas –integrative Gärten bedacht. Integrative Gärten leisten einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag für Integration. Hier kann der Kontakt- und Erfahrungsaustausch über alle Kulturen hinweg funktionieren. Der Umgang mit Pflanzen ist vielen vertraut oder kann leicht erlernt werden. Unterschiedliche Anbauweisen machen neugierig und fordern zum gegenseitigen Lernen auf. Hier kann man Integration wachsen sehen.

Neue Heimat

15 Frauen und Männer aus 12 verschiedenen Nationen haben in Kitzingen eine neue Heimat gefunden. Auch wenn sie nicht die gleiche Sprache sprechen, verbindet sie etwas: Die Liebe zum Gärtnern. Die Möglichkeit hierzu bietet ihnen das Projekt „Integrative Gärten“. Der integrative Garten soll ein Ort der Begegnung aller Nationen werden. Der Garten trägt dazu bei, das Miteinander von Deutschen und Ausländern in Kitzingen zu verbessern.

Im April 2014 erfolgte der Startschuss für das große Angärtnern. Dabei wurde die zu bewirtschaftende Fläche noch erweitert, da weitere Anfragen nach „Claims“ eingegangen waren. Auch wurde ein fränkischer Hausgarten neu dazu gestaltet, um auch den Zuwandererinnen und Zuwanderern zu zeigen, wie in der Region Gärten angebaut, gepflegt und geerntet werden.

Den 3. Preis (1.000 Euro) errang der Arbeitskreis Kleeblatt des Hanns-Seidel-Gymnasiums Hösbach. Der Arbeitskreis betreut seit dem Schuljahr 2011/2012 Grundschüler der Hösbacher Astrid-Lindgren-Schule und hat das Ziel, Grundschüler mit Migrationshintergrund sprachlich und interkulturell zu fördern. Die Kin-

der sollen die Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von Herkunft, Religion und Muttersprache individuell zu entwickeln und ihre Interessen und Fähigkeit zu erweitern. Das ehrenamtliche Engagement des Arbeitskreises Kleeblatt trägt im hohen Maße zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund bei.

Mit dem Sonderpreis des Regierungspräsidenten in Höhe von 300

Modell für Bayern:

Erste Hilfe ohne lange Wartezeiten

Ein Jahr „Emergency Room“ im Klinikum Bad Abbach

Bad Abbach (obx) - Überfüllte Wartezimmer in den Notaufnahmen vieler deutscher Krankenhäuser sind vor allem an Wochenenden die Regel. Die Medien berichten von bis zu 1,5 Stunden von der Einlieferung bis zum Erstkontakt mit einem Arzt. Es geht auch anders. Das hat jetzt das Orthopädische Klinikum der Universität Regensburg in Bad Abbach bewiesen und bei der schnellen Versorgung von Unfallverletzungen am Bewegungssystem Maßstäbe gesetzt: ohne Massenabfertigung, mit bestmöglicher Versorgung - von der Erstdiagnose bis hin zur sofortigen Operation - etwa bei komplizierten Knochenbrüchen vergehen oft nur noch wenige Minuten. Das könnte zum Vorbild für viele andere Kliniken in Deutschland und in Bayern werden.

Ein Jahr nach Inbetriebnahme des Bad Abbacher „Emergency Rooms“ zieht die Klinikleitung jetzt Bilanz: Die 365 Tage im Jahr besetzt Notaufnahme wird von Patienten aus der gesamten Region zwischen Regensburg und Kelheim gut angenommen. „Vor allem immer mehr Sportler und Sportvereine nutzen die professionelle Hilfe der Knochen-Spezialisten nach Sportunfällen“, sagt Klinikdirektor Professor Dr. Joachim Grifka.

Wochenende

Vor allem am Wochenende kommen die Opfer von Sport-, Verkehrs- oder sonstigen Alltagsunfällen mit Verletzungen an Knochen und Gelenken in die Bad Abbacher Notfallambulanz. Das Altersspektrum eines typischen Tages reicht von 7 bis 80 Jahren, zeigt die Aufnahmestatistik. „Wir sind schnell, können Patienten sehr individuell betreuen, von der Erstuntersuchung bis zu gezielten Eingriffen im Operationssaal“, sagt Professor Grifka. Bei Bedarf steht zur Behandlung von Unfallopfern etwa mit schwierigeren Verletzungen das gesamte Know-how und die Ausstattung der Universitätsklinik Bad Abbach zur Verfügung. Ein Leistungsspektrum, das kleine Allgemeinkrankenhäuser kaum bieten können.

Rufbereitschaft

Das Team dieser Notfallambulanz steht 24 Stunden, also rund um die Uhr, für die Versorgung von Verletzungen der Knochen und Gelenke zur Verfügung. Ärzteteams sind in Rufbereitschaft, um bei Bedarf sofort auch komplizierte Notfalloperationen im Bereich des Bewegungssystems durchzuführen.

Erkenntnisse

Überraschende Erkenntnis im Bad Abbacher Emergency Room nach einem Jahr: Vor al-

Euro wurde der Caritasverband Aschaffenburg – Stadt- und Landkreis e.V. für sein besonderes ehrenamtliches Engagement bei der Betreuung der Asylbewerber ausgezeichnet. Vor über 20 Jahren hat der Caritasverband Aschaffenburg begonnen, für Asylbewerber eine ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung zu organisieren. Das Angebot der Caritas geht inzwischen weit über die anfängliche Hausaufgabenbetreuung hinaus.

Berufswahlfragen

Die Ehrenamtlichen helfen z.B. bei Fragen zur Berufswahl oder machen die Schülerinnen und Schüler fit im Umgang mit den Medien. Es werden auch Ferienangebote und Ausflüge sowie Spiel- und Bastelnachmittage organisiert. Beeindruckend ist auch die inzwischen zur Tradition gewordene Nikolausfeier in der Gemeinschaftsunterkunft mit Liedern und Gedichten, die die Schüler vortragen. **DK**

Metropolregion Nürnberg präsentiert ihren Festekalender 2015:

Buntes Defilee der Feste

Die Feste der Metropolregion Nürnberg eroberten die Consumenta. Am „Tag der Metropolregion“ präsentierte die Metropolregion Nürnberg ihren Kalender „Unsere Feste 2015“. Am Gemeinschaftsstand von Original Regional in Halle 6 des Nürnberger Messezentrums erlebten geladene Gäste und Messebesucher ein buntes Defilee der Feste.

Heiße Rhythmen vom Coburger Samba-Festival, die historische Stadtwache vom Mittelalterfest in Herzogenaurach, Weinprinzessin und Gärtnerkönigin aus dem Landkreis Kitzingen oder die schwarz gewandete Kohlenhof-Prinzessin aus dem Landkreis Kulmbach – die Vielfalt der präsentierten Feste war beeindruckend.

Geheimtipps

Die Städte und Landkreise der Metropolregion konnten maximal fünf Feste für den Kalender melden. Der Ratsvorsitz-

zende Armin Kroder, als Landrat des Landkreises Nürnberger Land selbst mit der Blumenkönigin vom Röthenbacher Blumenfest dabei, zeigte sich begeistert: „Die Landräte und Oberbürgermeister haben für den Kalender auch eher weniger bekannte Feste ausgesucht. Das Ergebnis ist deshalb eine besondere Mischung aus Tradition und Geheimtipp!“

Orte der Begegnungen

Kirchweihen, Bürgerfeste, Märkte – das ganze Jahr über bieten sich unzählige Events als

das Klinikum zu den besten zehn Behandlungszentren für orthopädische Erkrankungen in Deutschland. Laut Focus Ärzteliste 2014 zählt Klinikchef Professor Dr. Joachim Grifka zu den deutschen Top-Medizinern im Bereich Hüftchirurgie und Gelenkersatz.

Patienten von Abu Dabi bis Zypern

Patienten aus der ganzen Welt kommen heute zum Austausch ihrer kaputten Hüften in den niederbayerischen Kurort. Deutschlandweit gilt die Klinik als eines der zehn großen Endoprothetik-Zentren der Bundesrepublik. „In den letzten Monaten hatten wir Patienten aus vielen Teilen Europas und darüber hinaus: von Abu Dabi bis Großbritannien, von Kasachstan bis aus den USA und Zypern“, sagte ein Kliniksprecher. □

Soziale Verantwortung bei „Mainfrankenbahn“ und „Main-Spessart-Express“:

Ballonverkauf zu Gunsten der Bahnhoßmission

DB Regio Franken engagiert sich seit Jahren in vielfältigen sozialen Projekten in der Region (u.a. bei Stadt für Kinder, KIWI und zahlreichen Kinderhorten), bundesweit ist die Bahn z.B. in der Stiftung „Offroad-Kids“ - einer Organisation, die sich für Straßenkinder in Deutschland einsetzt, aktiv.

In der Bahnhoßmission sind alle Menschen willkommen - unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion oder Herkunft; egal in welcher Notlage. Die Bahnhoßmission hilft jedem, sofort und gratis – häufig zu Uhrzeiten, zu denen andere Dienststellen nicht erreichbar sind. Die evangelische und katholische Bahnhoßmission gibt Auskünfte und unterstützt bei Verständigungsschwierigkeiten. Zum Beispiel, wenn man schwerhörig, blind, seh- oder sprachbehindert sind. Wenn man krank, verletzt oder gehbehindert, sehr alt oder sehr jung ist begleitet man beim Ein-, Aus- und Umsteigen.

Wenn die Fahrt nicht mehr weitergeht oder eine Pause benötigt wird, bietet man Aufenthaltsmöglichkeiten oder man vermittelt Übernachtungsgelegenheiten. Die Bahnhoßmission bietet für Eltern auch einen Raum zum Wickeln und Stillen. Manchmal gerät das Leben aus der Spur. Dann brauchen Menschen Hilfe. Die Bahnhoßmission hilft jedem - sofort.

Die Bahn schätzt das soziale Engagement der Einrichtung, weil es das Dienstleistungsangebot der Bahn hervorragend ergänzt. Das betonte auch Robert Feldner, Produktverantwortlicher der Mainfrankenbahn (DB Regio Franken) bei der Spendenübergabe von 500 Euro an die Schweinfurter Bahnhoßmission auf der Medienbühne bei der

zudem umweltfreundlich reist.

Aus allen Richtungen kommen Fahrgäste mindestens stündlich mit der Mainfrankenbahn zu ihrem Ziel.

„Main-Spessart-Express“ verbindet Franken mit Hessen

Einsteigen und Erholen: Weite Aussichten, naturnahe Wege und natürliche Stille prägen die Landschaft. Romantische Fachwerkstädtchen begleiten den Main am Übergang vom Fränkischen Weinland zum Spessart - Fahrgäste können die vielfältige Freizeitregion in den komfortablen Zügen des Main-Spessart-Express (Regional-Express-Linie „Würzburg – Karlstadt – Gemünden – Lohr – Aschaffenburg – Frankfurt“) entdecken. So starten die Fahrgäste entspannt ins Ausflugsvergnügen: Ohne Stress, ohne Stau oder Parkplatzorgen. Freunden oder Familie genießen die Fahrt durch abwechslungsreiche Landschaften.

DB Regio Franken mit den Standorten in Nürnberg und Würzburg ist einer von fünf Verkehrsbetrieben der DB Regio Bayern, die den Schienenpersonenverkehr im Auftrag der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) in Bayern betreiben. Mit den Teilnetzen Mittelfrankenbahn, Mainfrankenbahn, Main-Spessart-Express und der S-Bahn Nürnberg umfasst der Wirkungsbereich von Regio Franken ein Streckennetz von ca. 1.300 km mit 44,1 Mio Fahrgästen pro Jahr. Mehr Info unter: www.bahn.de/regio-franken □

Orte der Begegnung an. Über 150 davon werden im Kalender verzeichnet und beschrieben. Der Wirtschaftsvorsitzende Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst dazu: „Die Menschen in der Region feiern gerne, das macht dieser Kalender sichtbar. Und unsere Feste sind Quelle und Ausdruck der Lebensqualität in der Metropolregion Nürnberg.“

Kostenfrei

Der Kalender ist für die Bürger kostenfrei ab Mitte November in ihrem Rathaus erhältlich. Kleiner Tipp: Besucher der Consumenta erhalten den Kalender druckfrisch am Info-Stand der Metropolregion auf dem Gemeinschaftsstand von Original Regional in Halle 6.

Smartmap

Alle im Festekalender aufgeführten Veranstaltungen sind mit weiteren Informationen auch auf der Smartmap der Metropolregion zu finden: <http://www.metropolregionnuernberg.de/leben-arbeiten/leben.html> ➡ Erleben ➡ Lebendige Tradition. □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Laufwasserkraftwerk Lengfurt am Main:

Umfassende Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen

RMD AG investiert in eine neue Hightech-Rechenreinigungsanlage

Das Laufwasserkraftwerk Lengfurt im Landkreis Main-Spessart ist rechtzeitig zur kalten Jahreszeit technisch wieder fit, auf höchst effiziente Art regenerative Energie aus der Kraft des Mains rund um die Uhr, wetterunabhängig, in größerer Menge bereitzustellen.

Mitte Oktober wurden die Dammtafeln, die das Mainwasser aus dem Kraftwerk aussperren, gezogen und das Kraftwerk wieder angefahren. Knapp zwei Millionen Euro investierte die Rhein-Main-Donau AG (RMD) als Eigentümerin des Kraftwerks in den vergangenen vier Monaten in die umfassenden Inspektions-, Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten an den Turbinen, den Turbineneinlauf-Schutzrechen und der Kraftwerksanlage sowie in die Ausstattung mit einer vollautomatischen Hightech-Rechenreinigungsanlage zur Reinhaltung des Mains und den damit verbundenen Bauarbeiten.

Dazu RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich: „Unsere beiden ältesten Wasserkraftkraftwerke entstanden vor über 90 Jahren am Main in Würzburg (Untere Mainmühle, 1922) und an der Donau bei Passau (Kachlet 1922-1927). Seitdem erzeugen sie zuverlässig regenerativen Strom, der unverzichtbar zur Unterstützung der angestrebten Energiewende ist. Unserem Kraftwerk Lengfurt wünschen wir nach der Eröffnung einen mindestens ebenso langen und erfolgreichen Betrieb. Das ist zum einen unseren Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter, vor allem aber auch dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasserkraftflotte von E.ON zu danken, die für die Betriebsführung von 44 unserer Kraftwerke – darunter Lengfurt – verantwortlich sind. Darauf können alle mit Recht stolz sein“.

Intensive Prüfungen

Bis Ende Oktober erfolgten im Rahmen der Wiederinbetriebsetzung in Lengfurt noch intensive Prüfungen aller betroffenen Anlagen- und Turbinenteile durch die mit dem Betrieb betraute E.ON Kraftwerke GmbH. Diese hatte auch die Projektplanung und -leitung inne. In den kommenden Wochen wird noch der Kraftwerksvorplatz erneuert und das Kraftwerk mit einer modernen Einzäunung geschützt.

Die Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen in Lengfurt umfassten ein intensives Inspektionsprogramm für die beiden Kaplan- und Turbinenteile, die jeweils einen Laufraddurchmesser von rund 3,8 Meter haben und eine Ausbauleistung von jeweils 1.300 Kilowatt. Dabei wurden die jeweils vier Laufradflügeldichtungen sowie

die Pumpen- und Motoren-Lager erneuert. Die Turbinenwellenlagerungen wurden überprüft und Kavitationsschäden repariert. Auch die Bremsen, die Fettschmiereinrichtungen sowie die Lauf- und Leitradsteuerventile wurden überprüft. Erneuert wurden unter anderem auch der Druckluftkompressor zur Druckluftherstellung, da die Belüftungsventile für die Turbine auf Druckluftsteuerung modernisiert wurden, sowie der Turbinenregler. Schließlich erhielt die Wehranlage ein eigenes, neues Notstromaggregat und die Transformatoren, die den in Lengfurt erzeugten Wasserkraftstrom auf eine stromnetzgerechte Spannung umformen, wurden auf die Fluss abwärts liegende Kraftwerksseite verlegt. Zudem wurden im Zuge des Neubaus der Rechenreinigungsanlage die bisherigen ehemaligen Trafogebäude sowie mehrere Garagen abgebrochen.

Parallel zu den Turbineninspektionen erfolgte auch der Austausch der alten Rechenreinigungsanlage gegen ein hochmodernes vollautomatisch arbeitendes Gerät. In den vergangenen zwölf Monaten wurde sie im Detail vom Betriebsführer E.ON Kraftwerke GmbH und einer österreichischen Partnerfirma konzipiert, geplant und bei einer qualifizierten Fachfirma gebaut. Die alte Rechenreinigungsanlage stammte noch aus dem Jahr 1974. □

„Wenn ich Landrat wäre...“

Bamberg's Landrat Johann Kalb besuchte das Sonderpädagogische Förderzentrum Stappenbach

Dass der Landrat auch Ansprechpartner für die junge Landkreisbevölkerung ist, betonte Johann Kalb im Rahmen seines Besuches der Don Bosco Schule Stappenbach. Vor Ort setzte er sich mit den Jugendlichen verschiedener Klassenstufen zusammen und ließ sich mit Fragen löchern. Im Anschluss an die Jugendsprechstunde durfte der Landrat noch das Musical „Peterchens Mondfahrt“ bestaunen.

Die Schülerinnen und Schüler legten sich für den Besuch des Landrates Johann Kalb richtig ins Zeug. Auf drei Tafeln stellten sie die Vorzüge ihrer Schule, die Anliegen in ihren Wohnorten und die Antworten auf die Frage „Wenn ich Landrat wäre...“ vor. Der Wunsch nach mehr Jugendzentren lag den jungen Menschen genauso am Herzen wie die Sanierung der Fußballplätze und sichere Verkehrswege. Wenn sie den Posten den Landrats inne hätten, wüssten die 6.- bis 9.-Klässler auch ganz genau, was sie sofort in die Tat umsetzen würden: Neben größeren Bussen bekämen alle ein kostenloses Busticket nach Bamberg und eine Jugenddisco im Landkreis Bamberg würde zum Tanz einladen.

Wichtiges Thema ÖPNV

Landrat Johann Kalb nahm die Anliegen seiner jungen Gastgeberinnen und Gastgeber ernst und betonte: „Der ÖPNV ist ein wichtiges Thema im Landkreis Bamberg – es wird in Zukunft Verbesserungen im Busverkehr geben“. Der Frage nach dem geschlossenen Jugendzentrum in Burgebrach versprach er nachzugehen. Über die vielfältigen Angebote an der Don Bosco Schule – von Mountainbikes über ein Schülercafé bis hin zu Whiteboards in den Klassenzimmern – zeigte sich der Landrat begeistert: „Ich finde einfach stark, was es hier alles gibt!“.

Nach der anschließenden Führung durch die Schulräume, ließ sich Landrat Kalb die Aufführung des Musicals „Peterchens Mondfahrt“ nicht entgehen. Die

beiden Lehrkräfte Brigitte Thoma (Gesangsleitung / Regie) und Rainer Roscher (Musik/Texte/musi-

kalische Leitung) hatten zusammen mit den Schülerinnen und Schülern sowie weiteren Akteuren ganze Arbeit geleistet. Die Menge in der schuleigenen Turnhalle sang, klatschte und tobte, bis der letzte Ton verklungen war.

Auch künftig wird Landrat Johann Kalb regelmäßig mit Jugendlichen in Kontakt treten um

Hilfe für Menschen mit Suizid-Gedanken

Regensburg. „Die meisten Menschen, die in Suizidgefahr schweben, wollen nicht sterben. Aber sie wollen anders weiterleben als bisher. Um ihrer unerträglichen Situation zu entkommen, brauchen sie Unterstützung. Kontakt zu außenstehenden Helfern kann dazu beitragen, den eigenen, in der Krise verengten Horizont wieder zu erweitern.“ Diese Sätze stehen einleitend im erstmals aufgelegten Pocket-Flyer Suizid, den Mitglieder des Regionalen Steuerungsverbundes des Versorgungsgebietes Regensburg unter der Geschäftsführung von Christine Peinkofer-Menath (Gesundheitsamt) sowie Betroffene und Angehörige im Gesundheitsamt vorstellten. Landrätin Tanja Schweiger lobte in ihrem Grußwort das Engagement und die gelungene Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen bei der Verwirklichung dieses wichtigen Flyers.

Die Landrätin würdigte die „wertvolle Arbeit“, die diese Institutionen leisten, um Menschen mit Suizidgedanken beizustehen und Selbsttötungen damit zu verhindern. „Umso wichtiger ist es nun, den Pocket-Flyer an jene Menschen zu bringen, die diese Hilfestellung benötigen“, sagte sie. Der Flyer im handlichen Scheckkartenformat enthält prägnante Informationen zu Fakten und verbreiteten Irrtümern rund ums Thema Suizid wie „Wer damit droht, macht es eh nicht“ und vermittelt praktisches Basiswissen über dem Umgang mit einem suizidgefährdeten Menschen.

Beide Versionen – eine stimungsvoll gedeckte für Erwachsene und eine leuchtend gelbe für Jugendliche – sind kostenfrei erhältlich und beinhalten alle wichtigen regionalen Ansprechpartner. Neben den rund um die Uhr verfüg-

baren Anlaufstellen Telefonseelsorge und medbo Bezirksklinikum inklusive der ausgewiesenen Kinder- und Jugendpsychiatrie, sind das im Erwachsenenbereich insbesondere der Krisendienst Horizont, die Sozialpsychiatrischen Dienste der Diakonie wie der Bayerischen Gesellschaft für psychische Gesundheit und das Gesundheitsamt. Für die Jugendlichen stehen alle drei regionalen Jugendberatungsstellen (Stadt Regensburg, Diakonie und Katholische Jugendfürsorge) sowie das Jugendtelefon des Kinderschutzbundes zu den normalen Bürozeiten offen.

Frauke Riegelsberger-Ganglmeier (Deutscher Kinderschutzbund) und Lisa Eichermüller (Telefonseelsorge) stellten die zunehmende Wichtigkeit online verfügbarer Kontaktmöglichkeiten heraus. So würde die Telefonseelsorge seit über 10 Jahren Chats und

sich ihre Ideen, Wünsche und Nöte anzuhören. Er ist auch über Facebook im Internet ansprechbar: www.facebook.com/lkrs.bamberg □

Begleitungen per Email anbieten, die wegen der Anonymität und des selbstgewählten Zeitpunkts der Kontaktaufnahme immer größeren Zulauf fänden. Franz Braunmiller (KJF-Jugendberatung) betonte, dass im Rahmen dieser niederschweligen Kommunikationsform die persönlichen Gedanken freier und schneller geäußert werden würden als bei Vier-Augen-Kontakten.

Die Initiatoren des Pocket-Flyers Suizid, die Arbeitsgruppe Suizidprävention unter Leitung von Simona Maier-Market (Bayerische Gesellschaft für psychische Gesundheit), im Auftrag des Regionalen Steuerungsverbundes des Versorgungsgebietes Regensburg, bedankten sich beim Bezirk Oberpfalz und dessen Vertreter Dr. Benedikt Schreiner für die Übernahme der Druckkosten. Zugleich stehe damit eine Vorlage zur Verfügung, die nach Rücksprache oberpfälzweit eingesetzt werden könne. Die finanzielle Unterstützung der Jugendlichen-Version übernahm der Kinderschutzbund. Die Grafische Gestaltung spendete der Sozialpsychiatrische Dienst. Der Pocket-Flyer „Signale und Hilfe bei Suizid-Gedanken“ ist erhältlich bei Christine Peinkofer-Menath, Gesundheitsamt Regensburg, Tel. 0941/4009-749. □

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„So, der Kalender meint es dieses Jahr gut mit uns. Der 9. November ist ein Sonntag. Eine perfekte Gelegenheit, einmal über diesen Tag und unser Land nachzudenken.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich für das kommende Wochenende alle Termine aus dem Kalender streichen lassen, um einmal zwei ganze Tage am Stück zu lesen und sich mit den vielfältigen Facetten der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen zu können.

Tatsächlich ist ja der 9. November ein ganz wichtiger nationaler Gedenktag der Deutschen. Für unsere Generationen markiert er den glücklichsten Tag der bisher erlebten Geschichte: Das Datum, an dem die Berliner Mauer fiel. Aber nicht dieses einzelne, im Nachhinein fast zufällige Ereignis im Laufe vieler Umwälzungen vor einem Vierteljahrhundert macht den Tag so

Facettenreicher 9. November

besonders. Wie der Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789 für die französische Revolution steht, so sind die Bilder und Emotionen des Mauerfalls das starke Symbol für das Ende des Kalten Kriegs und den Zerfall der europäischen Diktaturen.

Der 9. November also als Tag der Freiheit und der Wiedervereinigung unseres Landes, ja ganz Mitteleuropas. Noch anderes Positives gäbe es zu feiern, so etwa die Ausrufung der ersten deutschen Republik im Jahr 1918. Aber hier scheint unser Verhältnis zu diesem etwas verschämt „Weimarer Republik“ genannten Staat doch zu ambivalent. Geboren aus dem Trauma der Niederlage im Ersten Weltkrieg führte diese Republik trotzdem wie zum Hohn weiterhin den martialischen Namen „Deutsches Reich“ und in kaum 15 Jahren der fragilen Existenz wurde sie im Wesentlichen von Krisen geschüttelt und zum Spielball ihrer inneren Feinde.

Diese Republik hatte nicht die Kraft, sich überzeugend auf die demokratischen Traditionen der Revolution von 1848/49 zu stützen, obwohl auch in diesem Zusammenhang der 9. November einen Anknüpfungspunkt des Gedenkens bietet. Wurde doch an diesem Tag 1848 einer der Führer der demokratischen Bewegung

der Frankfurter Nationalversammlung, Robert Blum, bei Wien standrechtlich erschossen. Ein Märtyrer für die Demokratie, der weder von der ersten noch von unserer zweiten Republik so recht gewürdigt wird.

Republik ohne Republikaner, so nannte man das Deutschland der zwanziger Jahre oftmals spöttisch. Und doch hatte sie Verteidiger, etwa bei der

Zerschlagung des Hitler-Aufstandes am 9. November 1923. Seinerzeit wollten es die Braunhemden den italienischen Schwarzhemden gleich tun, die mit ihrem „Marsch auf Rom“ Italien ins Unglück stürzten. Der „Marsch auf Berlin“ der Nationalsozialisten, begonnen in Haidhausen, wurde 1923 am Odeonsplatz gestoppt, erreichte aber zehn Jahre später dennoch fatalerweise sein Ziel.

Auch in der dunkelsten Epoche unserer Geschichte spielte ein 9. November eine symbolische Rolle. An diesem Abend 1938 brannten die Synagogen, wurden jüdische Menschen aus ihren Häusern gezerrt, geschlagen, erniedrigt und ausgeplündert. Das Novemberpogrom war beileibe nicht die erste Welle der Ausschreitung gegen jüdisches Leben im Deutschland der Nazi und wie jeder weiß, kam es dann noch schlimmer. Aber das Bild der ausgebrannten Synagogen in München oder Berlin, die hohl in den Himmel ragten (wie um das Inferno anzukündigen, das diesen Städten noch blühte), wurde zum Symbol des entfesselten Antisemitismus.

Mein Chef, der Bürgermeister, stellte einmal mehr fest, dass wir in einem nicht einfachen Land leben. Eine Geschichte, die so voller heller Momente und so voller dunkler Abgründe ist, stellt eine Herausforderung für die dar, die sich mit ihr auseinanderzusetzen wollen. Ich finde es jedenfalls gut und sehr inspirierend, dass sich der Chef jetzt ein ganzes Wochenende mit Texten zur deutschen Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart auseinandersetzen will. Ein echter intellektueller Boxenstopp in der Hektik des Alltags. Als weiteren Denkanstoß whatsapp ich ihm einen Satz des Philosophen Sören Kierkegaard: „Geschichte wird nach vorne gelebt und nach hinten verstanden.“

the
Sabrina



Wechsel an der Verwaltungsspitze des Bezirks Schwaben

Auf Alfred Schneid folgt Dr. Georg Bruckmeier

Die Nachfolge von Alfred Schneid, Direktor der Bezirksverwaltung des Bezirks Schwaben, der am 30. September in den Ruhestand ging, trat nun zum 1. November 2014 Dr. Georg Bruckmeier an. Der 41jährige Jurist absolvierte zunächst eine Ausbildung zum Landwirt und erwarb dann auf dem Zweiten Bildungsweg die Allgemeine Hochschulreife am Bayernkolleg Augsburg. 1994 nahm er das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Augsburg mit Schwerpunkt im Finanz- und Steuerrecht auf. Die Promotion legte Bruckmeier 2000 am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht bei Professor Dr. Wolfgang Jakob ab. Der Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung war zudem ab 1999 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Professor Dr. Franz Knöppfle, em. Ordinarius für Öffentliches Recht, tätig. Nach dem Staatsexamen trat Dr. Georg Bruckmeier im Jahr 2002 in den Staatsdienst ein. Am Landratsamt Aichach-Friedberg war er bis 2009 als Abteilungsleiter für den Umweltschutz eingesetzt. Von 2009 bis März 2013 arbeitete Dr. Bruckmeier als Referent im Sachgebiet Planfeststellung/Straßenrecht bei der Regierung von Schwaben und ist seither erneut am Landratsamt Aichach-Friedberg als Abteilungsleiter für Baurecht/Immissionsschutzrecht tätig.

Der Vater von zwei Söhnen lebt mit seiner Familie in Horgau. Dort widmet er sich seinem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, ist seit 1990 auch aktives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr und Schriftführer im CSU Ortsverband Horgau. Von 2002 bis 2014 war Dr. Bruckmeier zudem als Gemeinderat in Horgau engagiert. Im Bild Dr. Georg Bruckmeier (Mitte) mit Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert (rechts) und seinem Vorgänger im Amt, Alfred Schneid (links). Foto: Bezirk Schwaben

Preise der Oberfrankenstiftung 2014:

Wertvolle Multiplikatoren des Ehrenamts

Für besondere Leistungen in den Kategorien „Soziales“, „Kultur“ und „Denkmalpflege“ vergab die Oberfrankenstiftung auch heuer wieder Preise, die pro Kategorie mit 15.000 Euro dotiert waren. In Baunach laudierten der Vorsitzende des Stiftungsrats der Oberfrankenstiftung, Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler, Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold und Prof. Dr. Bernd Goldmann, ehemaliger Direktor des Internationalen Künstlerhauses Villa Concordia in Bamberg, die Preisträger in den verschiedenen Kategorien.

Nachdem Bürgermeister Ekkehard Hojer als „Hausherr“ in seinem Grußwort erklärt hatte, dass es ihm mit Stolz erfülle, dass die Stadt Baunach Gastgeber für die diesjährige Preisverleihung sein darf, hielt Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler zunächst die Laudatio auf die „Aktiven Bürger Lichtenfels“, ein Projekt der Bürgerstiftung für Jugend und Familie im Landkreis Lichtenfels und den Bayreuther „kids-Treff“ (offene kirchliche Sozialarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Nikodemuskirche im Stadtteil Neue Heimat, Bayreuth), die sich den mit 15.000 Euro dotierten Sozialpreis teilen.

Laut Denzler haben Ersterer „mit Hilfe einer breiten und engagierten Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen Jahren eine Anlaufstelle im Landkreis geschaffen für Menschen, die eine sinnvolle ehrenamtliche Tätigkeit suchen“. Der Bezirksstagspräsident lobte auch den hervorragenden Internetauftritt www.aktive-buerger-lichtenfels.de, mit dem Menschen ganz konkret, aber unverbindlich nach dem für sie geeigneten Ehrenamt suchen können, beispielsweise als Lesepaten in Schulen, Seniorenbetreuung, Behindertenarbeit, Unterstützung der Lichtenfelder „Tafel“ oder Betreuung von Flüchtlingen. Jeder könne dabei die Art seiner Aufgabe, Zeiteinsatz und

Dauer des Engagements selbst bestimmen. Aktuell engagierten sich 270 „Aktive Bürger“ im Landkreis Lichtenfels mit über 2.000 ehrenamtlichen Stunden im Monat.

„kids-Treff“ in Bayreuth

Der „kids-Treff“ wiederum habe sich zum Ziel gesetzt, Kinder von der Straße zu holen, ihnen sinnvolle Freizeitmöglichkeiten zu geben, soziale Defizite anzugehen und die Kinder in ihrem Selbstwertgefühl zu stärken. Hier fänden sie Ansprechpartner für ihre Sorgen und Nöte. „Der kids-Treff ist für viele Kinder im Stadtteil eine große Hilfestellung, der Bezug zum pädagogischen Personal ist eng und die Einrichtung fungiert oft genug als eine Art ‘Ersatzfamilie’. Für viele Kinder ist er die erste Anlaufstelle nach der Schule“, so Denzler. Mit seinen Angeboten erreicht der kids-Treff rund 250 Kinder und Jugendliche. Seine Arbeit wird fast ausschließlich durch Spenden und Eigenmittel der Kirchengemeinde finanziert.

Kulturpreis

Ebenfalls zu gleichen Teilen ging der Kulturpreis 2014 an die Filmautorin Annette Hopfenmüller und die Schriftstellerin Dr. Tanja Kinkel. Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold würdigte das filmkünstlerische Schaffen von Annette Hopfenmüller wie folgt: „... Rund 60 lange Dokumentar-



Alle stolzen Preisträger gemeinsam mit den Laudatoren des Abends.

filme zwischen 30 und 45 Minuten, dazu etliche kürzere, hat Annette Hopfenmüller in den beiden letzten Jahrzehnten als Autorin verantwortet. Im Mittelpunkt steht dabei seit zehn Jahren ihre oberfränkische Heimat... Was da entstanden ist, vom Itzgrund bis zum Staffenberg, sind keine marktschreierischen Werbefilme und gerade deshalb sind diese filmischen Spaziergänge die beste Werbung, die die Region sich wünschen kann. Weil Annette Hopfenmüller die Gegenden, die sie abbildet, so zeigt, wie sich dieses Oberfranken viel öfter präsentieren sollte: mit offenem Bekenntnis zu Schwächen, in selbstverständlicher Würde, in unaufgeregter, klarer Schönheit, in knorriger Eleganz.“

Leichtigkeit der Literatur

Prof. Dr. Bernd Goldmann erläuterte in seiner Laudatio das Werk der Preisträgerin Dr. Tanja Kinkel: „... Faszinierend, wie Tanja Kinkel dank sauberer Recherche in die durch sie sichtbar werdende Zeit eintaucht. Sie verwandelt eben gewissenhaft und fleißig ihre Idee mit einem konsequenten Studium in Bi-

bliotheken, Archiven und durch Ortsbesichtigung in einen literarischen Text, auf den ihre Leser warten... Besinnen wir uns der Leichtigkeit der Literatur. Ich kann nur feststellen, dass die Romane von Tanja Kinkel neugierig machen und amüsieren. Sie sind vorzüglich geschriebene Gesellschaftsromane. Und das wäre in England das höchste Lob, das ich gerne übertrage und dem ich mich in diesem Sinne gerne anschließe.“

Denkmalpflegepreis

Den Denkmalpflegepreis 2014 teilten sich in diesem Jahr Manuela und Roland Dorscht für das Fachwerkhaus Altenbach 27 in Scheßlitz sowie Krystina und Reinhard Stegert für die „Geyer-Villa“ in Marktredwitz. In seiner Laudatio erläuterte Regierungspräsident Wilhelm Wenning: „Das Anwesen Altenbach 27 in Scheßlitz entstand 1716 mit gemauertem Erdgeschoss und Sichtfachwerk im Obergeschoss... Viel alte Substanz im Innern war nicht erhalten, doch die vorhandenen Balken-Bohlen-Decken wurden sorgsam freigelegt. Alte Putze oder Farbfassungen waren nur vereinzelt auszumachen, aber ei-

ne entdeckte Bordüre bildete das Muster für eine neue Schablonenmalerei im alten Stil. Das zeichnet die Baumaßnahmen aus: dass sich Manuela und Roland Dorscht bemühten, historische Qualitäten, wenn sie nicht mehr vorhanden waren, modern nachzubilden.“

Verborgene Qualität

Stark beeindruckt hat den Stiftungsrat nach Wennings Angaben die Leistung von Krystina und Reinhard Stegert in Marktredwitz. „Sie haben nicht nur zur Verschönerung der Stadt beigetragen, sie haben ein Baudenkmal aus dem frühen 20. Jahrhundert vor dem scheinbar sicheren Untergang gerettet. Im Herbst 2010 kauften die Eheleute die Geyer-Villa mit einem 1,5 Hektar großen Park am Rand von Marktredwitz, in der Thölauer Straße. Als sie das Haus erwarben, bot es ein Bild des Jammers... Aber die Stegerts sahen nicht die Schäden, sondern die Substanz; sie erkannten die verborgene Qualität des Hauses – und vor allem: Sie verliebten sich (fast möchte man sagen: Hals über Kopf) in das verwunschene Anwesen.“

DK

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 20. November 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energieparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte
- Handwerkliche Dienstleistungen, Ausstattung kommunaler Gebäude
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Fremdenverkehr in Bayern

LIEFERANTEN -

GZ

NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgestattet

Beck GmbH & Co. KG · Telefon 07195/693-300
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauenbergstr. 72 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

Constanze von Hassel

Telefon 08171.9307-13

hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Theresa von Hassel

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Friedhofsausstattung

Friedhofsysteme

Telefon (021 61) 9 30 - 3
www.paul-wolff.com
PAUL WOLFF

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer
BAUTECHNIK

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

GSWT®-Technologie

Multifunktionale Wärme-/Kälterückgewinnung für alle Lüftungsanlagen

hocheffizient + auf Jahrzehnte rentabel

geeignet für:

- Neubauten
- Nachrüstungen
- Sanierungen im Bestand
- Direktbezug möglich

Fordern Sie unsere Werksberatung an:
Tel.: 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Präsente

www.bayern-laden.de

Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.

Tel.: 08766 - 93 98 66
Email: upenner@t-online.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

6. Nov. 2014

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Loisachhalle
Wolftratshausen

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünwiese · lichtschlauch · led

tahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/98 812 98
telefax: 09123/98 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell

www.facebook.com/GZaktuell